3

1967 · FRANKFURTER STUDENTENZEITUNG

17. JAHRG. APRIL/MAI

Preis 50 Pf, Studenten 20 Pf

D 2442 F

DISKUS

Werner Dobrinski

Stimmige Inkonsequenz

Nach unverständlich langem Zögern bemüht sich jetzt die Bundesregierung, wirtschaftspolitische Sofortmaßnahmen in die Wege zu leiten, um einen Ausweg aus der gegenwärtigen mißlichen Wirtschaftslage zu finden. Noch ist nicht völlig geklärt, wie sich Regierung und Mehrheitsfraktionen des Bundestages die Realisierung des angestrebten Programmes vorstellen. Nach all dem, was bisher bekannt geworden ist, wird man aber — um hier ein erstes Urteil vorwegzunehmen — die geplanten Vorhaben keinesfalls als unvernünftig abtun können. So ist daran gedacht, im Rahmen eines Eventualhaushaltes gezielte Ausgaben in Höhe von 2,5 Mrd. DM durch Bundesbahn und Bundespost bzw. auf dem Gebiet des Straßenbaues tätigen zu lassen; in diesem Zusammenhang stehen auch weitere Kreditverbilligungen, um die Investitionsneigung der privaten Unternehmungen anzureizen. Schließlich soll der gewerblichen Wirtschaft das Recht zu Sonderabschreibungen eingeräumt werden, um auch auf diese Weise die konjunkturelle Flaute besser bekämpfen zu können.

Nun, es wurde bereits gesagt, daß die ‚geplanten Maßnahmen' in ihrer Konsequenz richtigen wirtschaftspolitischen Grundsätzen folgen. Wenn man trotzdem keinesfalls begeistert zustimmen kann, so liegt es einmal am Zeitpunkt dieser ‚geplanten Maßnahmen' sowie an der Unvollständigkeit des Programmes. Ein Exempel hierzu bietet die Konfusion, die im Zusammenhang mit den geplanten Steuersenkungen eingetreten ist. Allem Anschein nach wollen SPD und CDU auf diesem Gebiet den Professor Karl Schiller desavouieren, indem sie der völlig antiquierten Forderung nach einem formalen Haushaltsausgleich den Vorzug geben vor ökonomisch-sinnvollen Ausgabenerhöhungen bzw. Einnahmesenkungen.

Doch ganz abgesehen davon: In erster Linie verdienen die strukturellen Mängel des Programmes kritisch betrachtet zu werden, wie etwa die Finanzierung des Eventualhaushaltes durch zusätzliche Kredite der Bundesbank; allerdings ist keine Gewähr für eine erfolgreiche Mitarbeit der Bundesbank in Zukunft gegeben. Schon jetzt zeigt sich — insbesondere im Hinblick auf geplante Diskontsenkungen — welche negativen Auswirkungen die formal-gesetzliche Unabhängigkeit der Bundesbank haben kann.

Offensichtlich verzichtet die Bundesregierung auch weiterhin auf die Aufstellung eines gesamtgesellschaftlichen Programmes. Es steht immer noch in Frage, auf welche Weise sie die Ausgaben und Einnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden koordinieren will. Eine langfristige Planung der Befriedigung des kollektiven Bedarfs (etwa im Sinne des ‚Großen Hessenplanes' ist für die gesamte westdeutsche Volkswirtschaft auch künftig ein Buch mit sieben Siegeln. Abgesehen von den Einwirkungen über die Kredit- und Abschreibungspolitik bietet das Kabinett kein Instrument dar, das geeignet wäre, die private Wirtschaft zu einem wachstums- und stabilitätskonformen Verhalten zu veranlassen.

Selbst wenn es opportun erscheint, die Grundgedanken der Schillerschen ‚Sofortmaßnahmen' zu begrüßen ‚so wird man doch ihren fragmentarischen Charakter kritisieren müssen. Schön-Wetter-Prognosen allein werden die deutsche Volkswirtschaft aus dem jetzigen Konjunkturtief kaum herausführen.

Die umgehende Beseitigung der sogenannten Unabhängigkeit der Bundesbank ergibt sich als Forderung — ganz abgesehen von den bereits erwähnten Tatsachen — daraus, daß die Bundesbank seit ihrem Bestehen ständig versucht hat, auf den Arbeitsmarkt in restriktiver Weise einzuwirken: Es gibt Direktoriumsmitglieder, die schon seit eh und je dafür plädieren, durch eine Arbeitslosenquote von etwa 4 % ‚Ordnung' in den Lohnsektor zu bringen.

Die Finanzwirtschaft aller drei Gebietskörperschaften — Bund, Länder und Gemeinden — muß aufeinander abgestimmt werden. Bestimmte Maßnahmen einer Ebene durch entgegenlaufende einer anderen zu neutralisieren, bestätigt nur die bekannte Konfusion. In diesem Zusammenhang ist auch die Bedeutung einer wachstumsorientierten Steuerpolitik hervorzuheben. Der große Block der Lohn-, Einkommen- und Körperschaftssteuer muß zur Realisierung der Vollbeschäftigung zumindest zur Verfügung stehen. Innerhalb bestimmter Ober- und Untergrenzen sollte es — nach vorheriger parlamentarischer Genehmigung — möglich sein, die Steuersätze beschäftigungspolitischen Gesichtspunkten gemäß zu variieren. Ein umfangreiches Programm öffentlicher Ausgaben ist schließlich für die Zukunft zu konzipieren.

Die öffentlichen Planungsvorstellungen haben auch die private Wirtschaft in ihre Betrachtung einzubeziehen. Durch Instrumente einer allumfassenden, wenn auch flexiblen Rahmenplanung muß das Verhalten der privaten Wirtschaft gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten gemäß gesteuert werden. Die Möglichkeit der Investitionskontrolle sollte den zuständigen Instanzen zur Verfügung stehen.

Jede effektive Beschäftigungspolitik wird in erheblichem Maße erschwert durch das Fehlen eines bedeutenden öffentlichen Sektors. Ein großer Teil der Erfolge der französischen Wirtschaftspolitik in den letzten Jahren ist wohl ohne Zweifel darauf zurückzuführen, daß die großen Depositenbanken und wichtige Industriezweige direkten staatlichen Anweisungen unterstehen. Auch aus konjunkturpolitischen Erwägungen ist jede weitere Privatisierung öffentlicher Unternehmungen abzulehnen. Im Gegenteil: Was not tut, ist vielmehr eine substanzielle Ausdehnung der öffentlichen Wirtschaft.

Allein die Tendenz, daß diese Not-Thesen ihren bloß spekulativen Charakter bewahren, ist tägliche Erfahrung.

Herbert Marcuse über die Great Society ■ DISKUS-Gespräch mit dem neuen Präsidenten der Westdeutschen Rektorenkonferenz Walter Rüegg ■ Frankfurter Proteste ■ H. L. Arnold über Hans Henny Jahnn ■ Texte von Chotjewitz, Bezzel, Domin ■ Peters/Hitchcock: Rattentiere ■ Paul Wunderlich: Frau mit Hochfrisur ■

DISKUS Frankfurter Studentenzeitung Erscheint zweimal vierteljährlich.
Herausgeber: Hartmut Holzapfel, Manfred Müller, Gerhard-Wolfgang Schellenberg, Hans Joachim Steffen, David H. Wittenberg.
Redaktion: Hanns-Helge Schneider (Politik), Rudolph Bauer (Kulturpolitik), Franz-Joachim Gaber (Lokales), Ulrich Luetjohann (Feuilleton), Gerhard Schulz, Hilde Vogel, David H. Wittenberg. S. 16 besorgte Karl Riha.
Redaktionsgeschäftsführer: Hans Joachim Steffen.
Verlagsleiter und Anzeigenredakteur: Werner Fritzsche.
Vertrieb: Gerhard-Wolfgang Schellenberg.
Anschrift der Zeitung: 6 Frankfurt 1, Mertonstraße 26–28, Telefon 7 70 64 31 88.
Konten der Zeitung: Deutsche Bank Nr. 240/9647, Dresdner Bank, 121 210, Postscheckkonto Ffm. 1875 88.
Artikel, die mit dem Namen des Verfassers oder seinen Initialen gezeichnet sind, geben die Meinung des Autors wieder, aber nicht unbedingt die der Redaktion. Alle abgedruckten Beiträge sind Eigentum des DISKUS.
Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Erlaubnis der Redaktion.
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 7 vom 1. Mai 1966.
Abonnementsbestellungen zum Preis von DM 6,– jährlich nimmt jedes Postamt entgegen.
Lieferungen in das Ausland sind bei der Redaktion zu bestellen.
Druck: Grawo-Druck, 605 Offenbach am Main, Schäferstraße 12, Telefon 81 15 18.

Demokratie ohne Reue

HERR K. BITTET UM EINLASS IN DAS GESETZ

Art. 4 Absatz 3 des Grundgesetzes:

Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden.

Sein Name ist Gerfried Kubetz, 23 Jahre alt, von Beruf Schlosser, Mitglied der Industriegewerkschaft Metall. Er führte das durchschnittliche Leben eines Jugendlichen in seinem Alter, gefärbt mit individuellen Erfahrungen.

Am 7. 7. 1966 „begehrt er seine Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer", nachdem er am 4. 7. 1966 zur Ableistung des Grundwehrdienstes einberufen worden war. Seit diesem Tag trennt ‚Kubetz' einiges von seinen Altersgenossen, er ist zu einem Fall, zu einem Aktenzeichen geworden – 24–11–01 KDV-Reg 25. L 14/43 –.

Der Fall schien zunächst kurz und harmlos:

7. 7. 1966 Antrag auf Kriegsdienstverweigerung
4. 8. 1966 Anerkennung durch den Prüfungsausschuß in Hanau

Die mündliche Verhandlung dauerte ausnahmsweise nur eine halbe Stunde (!). Die Personalien wurden aufgenommen, die Akten verlesen, und die Verhandlung konzentrierte sich ausschließlich auf einen Verkehrsunfall mit tödlichem Ausgang, den G. K. mit 18 Jahren, wenige Wochen nach Erhalt des Führerscheins, verursacht hatte. Andere Gründe waren nicht gefragt und kamen nicht zur Sprache. So heißt es dann im Anerkennungsbescheid vom 22. 8. 1966:

„Nach dem Prüfungsverfahren, insbesondere nach der mündlichen Verhandlung, ist der Prüfungsausschuß unter Würdigung der gesamten Persönlichkeit und des sittlichen Verhaltens des Antragstellers zu dem Ergebnis gekommen, daß die rechtlichen Voraussetzungen für die Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer bei ihm vorzuliegen scheinen. Nicht zuletzt durch den Schock des Verkehrsunfalles verursacht, scheinen sich bei ihm gewisse Bedenken gegenüber jeder Anwendung von Waffengewalt zwischen den Staaten so gefestigt zu haben, daß er unter ihrem Zwang zu dem Entschluß kam, jeden Dienst mit der Waffe ablehnen zu müssen. Es scheint in ausreichendem Maße wahrscheinlich, daß seine Erwägungen zu einer Gewissensentscheidung gegen den Kriegsdienst geführt haben."

Aber verfolgen wir den Gang der Dinge noch einmal genau:

G. Kubetz fuhr am 3. 7. 1966 in einem Abteil der Bundesbahn mit einigen, in Vorfreude angetrunkenen, Rekruten nach Treysa zur Bundeswehr. Schon auf dem Bahnhof wurde er und seine ‚Kumpanen' mit einem zackigen „Los, los ‚Ihr seid hier nicht zu Besuch'!" auf einen LKW verfrachtet und in die Kaserne transportiert. Beim Austeilen des Bettzeuges erhält er auch gleich den Hinweis „auf den guten Kompanie-Friseur". Vor dem Einkleiden erklärte er dem ‚Spieß' und dem Kompaniechef, er wäre Kriegsdienstverweigerer. Beide verwiesen auf den Dienstweg und empfahlen, den Antrag schriftlich zu stellen. K. nahm damals erst einmal voll am Dienst teil, um in den Genuß des Wochenendurlaubs zu kommen.

Schon in Zivil – in freudiger Erwartung der Heimfahrt – rief Kanonier Kubetz im Treppenhaus der Kaserne: „Freiheit"! Er wurde sofort zum Spieß bestellt, der ihm unverblümt sagte: „So frei sind Sie nun auch wieder nicht, sondern nur so frei wie ich will; wenn ich Ihren Urlaubsschein . . ." Der Vorgesetzte – nachdem K. ihm versprach, nie wieder Freiheit zu rufen – wollte dann doch nicht.

12. 7. 1966. Den Ruf zum morgendlichen Appell, d. h. dem gemeinsamen Marsch zum Frühstück, befolgte G. K. nicht, begab sich auf eine Stube, um auf den Oberleutnant, den Kompaniechef zu warten. Gefreiter RUA Hoffmann erschien in der Zwischenzeit, hörte von „dem Fall", fragte, „was denn das für Gammlermanieren sind" und äußerte: „Dir Kerl, würde ich am liebsten eine 7,65ger durch den Hals jagen!" Der Spieß trat ein, erfuhr davon und empfahl K. den Vorfall nicht tragisch zu nehmen, außerdem gäbe es keine 7,65ger mehr bei der Bundeswehr; „wir haben ganz andere Kaliber!" Dazu der Wehrbeauftragte in seinem Brief vom 14. 11. 1966 (II – 2251/66):

„Nach der Darstellung des RUA Hoffmann und der Aussage des als Zeuge vornommenen Gefreiten Adam ist die in Ihrer Eingabe aufgegriffene Äußerung des RUA Hoffmann als Reaktion auf Ihre eigene Bemerkung, Sie seien lieber rot als tot, lieber rot als Massenmörder, in der Weise gefallen, daß RUA Hoffmann erklärte, falls Sie im Ernstfalle zum Feind überlaufen und damit Ihre eigenen Kameraden gefährden sollten, werde er Ihnen eine 7,65ger in den Hals jagen. Zwar ist diese Äußerung des RUA Hoffmann auch in diesem Zusammenhang nicht zu billigen; da RUA Hoffmann im Zeitpunkt des Gespräches aber nicht Ihr Vorgesetzter gewesen ist, und es sich deshalb nur um eine Äußerung unter Kameraden gehandelt hat, habe ich zur Wahrung der Grundsätze der inneren Führung keine Veranlassung sein Verhalten zu beanstanden und auf irgendwelche Maßnahmen gegen ihn hinzuwirken."

Oberleutnant Wolf hielt K. vor dem Wochenendurlaub für einen ganz vernünftigen Menschen: „Was ist in Sie gefahren? Wo waren Sie denn das Wochenende? Mit wem haben Sie gesprochen?" Der Kanonier sollte sich die Sache nochmals überlegen und erhielt bis Mittag Bedenkzeit. Auch der Kasernenkommandeur, Major Hofmeister, verwies ihn auf die Verwerflichkeit seines Tuns und zeigte die rechtlichen Konsequenzen auf: „Im Grunde genommen bin ich der größte Pazifist. Ich habe aktiv am letzten Krieg teilgenommen und kenne die Schrekken. Ich sage mir, damit es nie wieder soweit kommt, deswegen bist du hier. . . . Sie kennen wahrscheinlich die Russen nicht! . . . Außerdem heißt es ja in der Bibel ‚Auge um Auge, Zahn um Zahn'". Als 24–11–01 trotzdem den Befehl am Dienst teilzunehmen verweigerte, wurde er mit angeschlagener Waffe abgeführt.

Nach einem Tag Haft sollte Gerfried Kubetz ein Einzelzimmer fegen, um es anschließend zu bewohnen, damit er nicht durch seine Reden die Kameraden verhetze. Neben dem Einzelzimmer bot man K. noch „ein Verfahren wegen Wehrkraftzersetzung" an, denn inzwischen hatte ein junger Mann aus der Nachbarstube auch einen Antrag auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer gestellt. Auf die erneute Befehlsverweigerung ließ man den ‚Rekruten' wieder abführen. In diesem Augenblick erschien seine Verlobte zu Besuch; sie erschrak und warf sich ihrem Verlobten um den Hals. Gewaltsam wurden die beiden getrennt. Die Verlobte wurde zu Oberleutnant Wolf bestellt, der sich eine halbe Stunde mit ihr unterhielt und versicherte, er wolle nur das Beste für den jungen Mann. Nach dieser Unterredung bedrängte sie ihren Freund, doch auf alle Fälle am Dienst teilzunehmen, was dieser dann auch versprach, um zusätzliche Angst und Konflikte zu vermeiden.

K. saß seine 5 Tage Arrest noch ab. Aus der Zelle schrieb er einige Briefe, unter anderem auch an den Wehrbeauftragten, was seinen Vorgesetzten so beunruhigte, daß er den Arrestanten vorführen ließ und ihn nach einer Rechtsmittelbehrung den besagten Brief öffnen und vorlesen ließ. Über die „nur negative Kritik" des Kriegsdienstverweigerers zeigte sich der Soldat erbost und empfahl, doch „auch das Positive zu schreiben, was ihm bei der Bundeswehr passiert sei".

Direkt aus der Zelle wanderte K. mit Fieber ins Krankenrevier. Dort empfing er einen Brief des Wehrbeauftragten in dem dieser mitteilte, er hätte sich telefonisch bei der Kompanie erkundigt und erfahren, daß K. bis zu seiner Anerkennung „im Sanitätsbereich beschäftigt" wäre und „vom Dienst mit der Waffe befreit" wäre. Diesen Brief las K. dem Oberleutnant Wolf vor, mit der Bemerkung, der Wehrbeauftragte wäre belogen worden. Wolf: „Lügen kommen bei uns nicht vor, das ist höchstens ein Irrtum." (Ein allerdings folgenschwerer Irrtum für den Kriegsdienstverweigerer.) K. kreidete dieses Verhalten nicht an, da Oberleutnant Wolf seiner Verlobten versichert hatte, er würde vor Gericht nichts Nachteiliges über den ‚Rekruten' verlauten lassen. Er hat dann aber K. – nach seinen eigenen Worten – „in die Pfanne gehauen", jedes Gespräch wiedergegeben und einen Bericht verfaßt, in dem er herausstrich, der Beschuldigte hätte die Befehlsverweigerung in lässiger Haltung begangen und außerdem durch seine Reden Kameraden schlecht beeinflußt („Wehrkraftzersetzung").

Fräulein Renate Sch. besuchte ihren Verlobten noch während der Arrestverbüßung und fotografierte dabei die Zelle vom Hof aus. Der Militärische Abschirmdienst (MAD) – so K. – erschien sofort, schöpfte Verdacht, weil sich herausstellte, daß die junge Dame in Leipzig geboren ist (Ostkontakte der Kriegsdienstverweigerer) und erstattete Anzeige. Noch am gleichen Tage wurde R. Sch. in Treysa von der Polizei vernommen, der Film wurde eingezogen.

Herr K. hatte – von der Bundeswehr entlassen und als Kriegsdienstverweigerer rechtskräftig anerkannt – dann in Treysa vor dem Schöffengericht die 1. Verhandlung wegen „Gehorsamsverweigerung". Im Verlaufe der Verhandlung kam die Sprache auf „die Verweigerung in äußerst lässiger Haltung". Als der Angeklagte das erklärt wissen wollte, fuhr ihn der Richter scharf an: Ja, man braucht Sie bloß eben anzusehen!" Der junge Staatsanwalt hatte durch seine Art den Richter schon vorher auf ‚Vordermann' gebracht und hieb nun in die gleiche Kerbe in seinem Plädoyer; wo die Bundeswehr hinkäme, wenn man jeden Kriegsdienstverweigerer mit Samthandschuhen anfassen würde, diesen Leuten alles erlauben würde, während ihre Kameraden die Härte des Dienstes zu spüren bekämen. Es wäre auf keinen Fall denkbar für den deutschen Staat, daß man Kriegsdienstverweigerer mit Samthandschuhen anfaßt. Die Selbstverteidigung K's war erfolglos. (Offensichtlich ist das Verhältnis zwischen Bundeswehr und Bevölkerung in Treysa besonders herzlich.) Der Angeklagte wurde zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Die Verfahrenskosten hatte er damit auch zu tragen.

Auch in der 2. Instanz in Marburg wurde G. K. wieder verurteilt, allerdings zu „vier Wochen Einschließung" und nur zu den halben Gerichtskosten. „Ein Teilerfolg", um so erstaunlicher, als doch derselbe Staatsanwalt wie in der 1. Instanz ein gleichlautendes Plädoyer hielt.

Der Wehrbeauftragte schrieb dazu in seinem Brief (II – 2251/66) vom 14. 11. 1966 (!?) u. A.): „Zu Ihrem Schreiben vom 12. 9. 1966 muß ich Ihnen mitteilen, daß ich im Rahmen meiner gesetzlichen Aufgabe keine Möglichkeit habe, in irgendeiner Weise in ein laufendes Strafverfahren einzugreifen. Es ist mir deshalb auch nicht möglich gewesen, Ihnen bezüglich der von Ihnen angezeigten bevorstehenden Hauptverhandlung wegen Gehorsamsverweigerung behilflich zu sein.

Ich habe mich aber inzwischen über den Ausgang des Strafverfahrens unterrichten lassen und erfahren, daß Sie auf Ihre Berufung hin in der Hauptverhandlung vom 15. 11. 1966 (?? kdk) zu einem Monat Einschließung verurteilt worden sind. Im Zusammenhang hiermit sehe ich mich gehalten, darauf hinzuweisen, daß in Literatur und Rechtsprechung die Ansicht vertreten wird, das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung wirke unmittelbar und ein Soldat, der zur Kriegsdienstverweigerung berechtigt sei und sich weigere einen Befehl zur Dienstleistung mit der Waffe auszuführen, könne nicht wegen Ungehorsams oder Befehlsverweigerung bestraft werden.

Im Hinblick auf das oben aufgezeigte Überprüfungsergebnis sowie die vorstehenden Ausführungen kann ich die Bearbeitung Ihrer Eingabe als abgeschlossen betrachten, wäre Ihnen aber im übrigen sehr verbunden, wenn Sie mich von dem endgültigen Abschluß des Strafverfahrens unterrichten würden."

In der 3. Instanz (Revision) am 5. April 1967 wurde die Möglichkeit eines Grundsatzurteils aufgezeigt, nach dem der Artikel 4 Abs. 3 des Grundgesetzes unmittelbar wirke und nicht durch Gesetz oder Erlaß nachträglich terminiert werden könne. Ein Antrag des Staatsanwalts auf Grund zweier Urteile des Oberlandesgerichts Celle, die der Auffassung des Frankfurter Senats widersprechen, bewirkte eine eingehende Prüfung dieser Urteile. Sollte das Frankfurter Gericht bei seiner Interpretation bleiben, so dürfte es zu einer endgültigen Entscheidung erst vor dem Bundesgerichtshof kommen.

Klaus-Dietmar Katarski

Ostermarsch im neuen Stil?

Das war jedenfalls der Slogan, mit dem die „Kampagne für Abrüstung" ihre diesjährigen Erfolgsmeldungen an die Presse brachte: 150 000 Teilnehmer, mehr als 800 Einzelveranstaltungen, noch mehr prominente Unterstützer. Der „neue Stil" war: weniger wandern, weniger Die-Bombe-muß-weg beten, mehr Straßentheater, politische Happenings, politische Revuen, permanente Straßendiskussionen. Wenn man mit den generellen Zielen der „Kampagne für Abrüstung" übereinstimmt, ist diese Tendenz zu begrüßen. Sie ist das Resultat des politischen Engagements vorwiegend jüngerer Sympathisanten, Marschierer, die oft nur darum am Ostermarsch mitmachen, weil es „keine bessere Bewegung" gibt, denen aber das Marschieren gegen die Bombe nicht genügt. Wenn jetzt der Ostermarsch etwas phantasievoller und attraktiver ist und nicht mehr ganz so sandalenmäßig daherkommt, so ist das zugleich auch ein Resultat der Politisierung der „Kampagne für Abrüstung", die heute nicht mehr beschränkt ist auf eine single-purpose-movement, sondern ihr Programm ausgedehnt hat auf die Agitation gegen den „Notstand der Demokratie" und gegen den Krieg der Amerikaner in Vietnam.

Damit kommt sie aber zur gleichen Zeit in eine neue Gefahr: In der Bundesrepublik gibt es bekanntlich keine sozialistische Partei, jedenfalls dann nicht, wenn man unter Partei etwas lebendiges versteht, etwas was sich selbst und andere vorwärts bewegt. Ganz ohne Zweifel werden jetzt der Kampagne in dem Maß, in dem sie politische Interessen und Überzeugungen der Opposition gegen die große Koalition zum Ausdruck bringt, Parteifunktionen angetragen. Es gibt bereits in der Kampagne selbst genug Stimmen, die die sozialistischen und die jüngeren konsequent oppositionellen Kräfte aus ihr herausziehen und als Anfangskapital für eine sozialistische Partei buchen wollen. Das ist sehr problematisch. Zum einen, man macht damit die einzige lebendige außerparlamentarische und neben der Anti-Notstandsbewegung noch halbwegs politische Bewegung kaputt, ohne genau zu wissen, was man an Stelle dieser gewiß äußerst heterogenen Bewegung gegen die große Koalition aufbauen kann. Zum anderen, man kann nicht die wenigen tragfähigen und durchdachten neuen politischen Einsichten und Methoden des Ostermarsches in die alten Schläuche einer Partei füllen, bloß weil einem der Ostermarsch zu lahm und zu verwaschen ist. In der letzten Zeit sind genug Sektierergrüppchen gegründet worden, die in ihrer Attraktivität weit hinter der „Kampagne für Abrüstung" herhinken.

Das sind, nicht ganz außen betrachtet, die Probleme des Ostermarsches in der augenblicklichen Lage. Mit kommunistischer Unterwanderung und Verfassungsfeindlichkeit und so, das ist die Naivität von Verfassungsschutz-Männern, die, selbst im Faschismus angelernt, sich eine „Staatszersetzung" nicht anders vorstellen können als von KP-Zellen ausgehend. Darum suchen sie auch immer an der falschen Stelle nach denen, die „unsere freiheitliche Grundordnung" unterwandern wollen. Die KPD und die SED-Infiltration kann das schon lange nicht mehr. Wenn hier jemand „unterwandert", dann ist es eine permanent entstehende und sich selbst oft genug äußerst unklare politische Opposition, die sich in den letzten Jahren in Parteikategorien nicht fassen läßt. **Helmut Spang**

Leserbriefe

Zu 2/1967, Seite 3 ff, „Drachensaat"
Sehr geehrte Herren!
Wenn der „kritische Denker im Spätbürgertum", der kritisch die Zeitung liest", sprich Ihr Autor von ‚Drachensaat', sich über China und das, was man summarisch als Kulturrevolution bezeichnet, äußert, so kann man bereits nach Lesen der ersten Abschnitte berechtigte Zweifel an einer wirklich kritischen Haltung des Schreibers hegen. Die angeführten Mao-Zitate verdienen keineswegs eine so hohe Bedeutung wie Herr Bärmann ihnen gerne unterstellen möchte, sie spiegeln lediglich einen recht doktrinären Marxismus wider, der aber keine Neuheit ist.

Mich würde interessieren, wie die „wissenschaftliche Analyse", die „gründliche Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse Chinas" aussieht, nach deren Ergebnis ein Urteil über antagonistische" und „nicht-antagonistische Widersprüche" zustande kommt, ganz abgesehen von der Fragwürdigkeit der entsprechenden „Methoden" zur Lösung der Widersprüche. In der Tat für besonders geistreich halte ich diese Sätze Maos nicht. Das muß ich sagen, obwohl mich nun das harte Urteil des Herrn Bärmann trifft: „So schützt er sich davor, die Primitivität des eigenen bürgerlichen Lebens dem historischen Anspruch des Sozialismus konfrontieren zu müssen."

Mao soll zwar ein „Tabu des dogmatischen Marxismus durchbrochen" haben, aber seine Zitate scheinen eher das Gegenteil zu beweisen. Da ist nämlich zu oft die Rede von „Gesetzen", von „allerfundamentalsten Gesetzen", von „Gesetzmäßigkeit der Außenwelt" der „objektiven Lage" etc. . . Bemerkenswert scheint allerdings, daß „das Denken der Menschen" nicht „mit der Entwicklung der objektiven Lage Schritt hält".

Hat der Leser sich nun die Ausführungen des „kritischen Denkers" zu Herzen genommen, wird er doch bald stutzig, denn nach zwei weiteren Zitaten Maos über „Widersprüche", glaubt er selbst bei Herrn Bärmann einen Widerspruch konstatieren zu müssen, der nun offenbart: „aber die Notwendigkeit der Kulturrevolution" erkläre sich dadurch, „daß ein regelrecht antagonistischer Widerspruch aufgetreten ist." Die Rezepte zur Lösung „nichtantagonistischer Widersprüche" (Kritik, Selbstkritik s. o.) können folglich hier keine Anwendung finden. Also: „Revolution": wie sie sich abspielt, darüber schweigt sich Herr Bärmann aus. Physischer Terror? – oh nein, ganz friedlich, wie Evolution oder so, denkt der Leser, aber letzteres wird doch immer in Zusammenhang gebracht mit ‚Reformismus', ‚Sozialdemokratismus', kurz ‚Revisionismus, und Herr Bärmann hat uns doch eben noch ins Gedächtnis zurückgerufen: „In welche Situation hat uns die Verlogenheit des europäischen Sozialdemokratismus gebracht . . .!"

Der Autor wird seine Gründe haben, wenn er uns nähere Einzelheiten und Hintergründe über die „Kulturrevolution" vorenthält. „Das theoretische Vorverständnis der Initiatoren dieser ‚Revolution neuen Typs'", welches uns im Vorwort verheißen wurde, wird keinesfalls mit Maos „Widersprüche"-Zitaten gegeben. Die beigefügten Erläuterungen, mit Agitprop-Stereotypen und Schlagworten versehen, würden in der „Peking Rundschau" nicht außergewöhnlich sein, einem „kritischen Denker" stehen sie jedenfalls schlecht zu Gesicht. Es sei denn, und das dürfen wir im Falle von Herrn Bärmann annehmen, daß man sich eins weiß mit einem „übermächtigen Geschichtsprozeß" und von vornherein den „richtigen politischen Standpunkt hat."

Frankfurt am Main **Karl Messer**

FRANKFURTER BÜCHERSTUBE
SCHUMANN U. COBET
FFM · BÖRSENSTR. 2-4 · TEL. 21494

Das Individuum in der Great Society

Wir geben hier eine Rede wieder, die am 12. November 1965 gehalten wurde auf dem Arthur F. Bentley-Seminar über die Great Society, veranstaltet von der Maxwell Graduate School of Citizenship and Public Affairs in der Syracuse University. Wir danken Herrn Professor H. Marcuse und der Zeitschrift Alternatives (herausgegeben von „The Students of the independent Left of the University of California, San Diego) für die Abdruckerlaubnis.
Professor Marcuse läßt mitteilen, er betrachte den Text der Rede, die vor immerhin zwei Jahren gehalten worden ist von der heutigen Situation aus als nicht kritisch genug, weil seither die Lage weit bedrohlicher geworden sei. Dem ist von der deutschen Situation aus nichts hinzuzufügen.
(Aus dem Amerikanischen von Angela Y. Davis und David H. Wittenberg)

Herbert Marcuse

Collage: Holtfreter

Bevor ich die vorgebliche Funktion des „Individuums" in der „Great Society" untersuche, ist eine kurze Bestimmung (oder eher Neubestimmung) dieser Ausdrücke erforderlich. Ich beabsichtige nämlich so vorzugehen, daß ich die offiziellen und halboffiziellen Ideen und Verlautbarungen über die Great Society in Zusammenhang setze mit ihrer voraussichtlichen Realisierung und mit den herrschenden (politischen, ökonomischen, geistigen) Bedingungen, die die Möglichkeiten ihrer Realisierung bestimmen. Wenn dieser Faktor nicht auf die Idee bezogen wird, bleibt sie bloße Rede, Werbung oder Propaganda — im besten Falle eine Feststellung von Absichten. Es gehört zur Verantwortung des Wissenschaftlers, sie ernstzunehmen, d. h. über die Worte hinauszugehen oder besser noch diesseits der Worte zu bleiben, in der vorgegebenen Welt von Mächten, Kapazitäten, Tendenzen, die ihren Inhalt bestimmen. Ich beginne mit dem Begriff der Great Society wie er von Präsident Johnson dargestellt wurde. Deren wesentliche Punkte können wie folgt zusammengefaßt werden; es ist eine Gesellschaft

- „ungezügelten Wachstums", die auf „Überfluß und Freiheit für alle" gegründet ist und die ein „Ende der Armut und rassischen Unrechts" fordert;
- in der Fortschritt „Diener unserer Bedürfnisse" ist;
- in der Freizeit eine „willkommene Gelegenheit zu gestalten und nachzudenken" ist, „nicht allein den Bedürfnissen des Körpers und den Forderungen des Handels, sondern auch dem Wunsch nach Schönheit und dem Verlangen nach Gemeinschaft" dient.

Diesem Bild geht die Feststellung voraus, daß unsere Gesellschaft ein Ort sein könne, an dem „wir unsere Familien frei vom dunklen Schatten des Krieges und vom Mißtrauen zwischen den Völkern gründen werden". Ihm folgt eine Aufzählung der Bereiche, in denen der Aufbau der Great Society beginnen könnte, namentlich

- Neubau unserer Städte und des Transportsystems zwischen ihnen, in Übereinstimmung mit den Bedürfnissen der ständig anwachsenden Bevölkerung,
- Wiederherstellung der verunreinigten und zerstörten Landschaften, um den „Kontakt mit der Natur" wiederzugewinnen und „America the beautiful" [1] zu beschützen,
- Verbesserung und Ausweitung der Erziehung und des Erziehungswesens.

Und wenn all das getan ist, werden wir nicht das Ende des Kampfes erreicht haben, denn „vor allem ist die Great Society kein sicherer Port, kein Ruheplatz, kein Endziel, keine beendete Arbeit. Sie ist eine ständig erneuerte Herausforderung, die uns aufruft zu einem Geschick, in dem der Sinn unseres Lebens den wunderbaren Produkten unserer Arbeit entspricht".

Lassen Sie mich hier unterbrechen und meinen ersten Einwand vorbringen.

Ich beginne absichtlich mit dem spekulativsten und utopischsten Aspekt, weil hier die grundlegende Richtung des Programms und seine innersten Begrenzungen am besten ersichtlich sind. Zuerst eine kleine stilistische Angelegenheit: den „Produkten unserer Arbeit" soll der Sinn unseres Lebens „entsprechen". Sollte es nicht andersherum sein? In einer freien Gesellschaft wird der Sinn des Lebens durch die freien Individuen bestimmt, die entsprechend die Produkte ihrer Arbeit bestimmen. Die Ausdrucksweise mag an sich diese Interpretation nicht ausschließen, aber im Zusammenhang des Ganzen gewinnt sie besondere Bedeutung. Warum sollte die Great and Free Society **kein** Ruheplatz, **kein** sicherer Port sein? Warum sollte sie eine ständig erneuerte Herausforderung sein? Die Dynamik endlos vorwärtstreibender Produktivität ist nicht die einer friedlichen menschlichen Gesellschaft, in der die Individuen zu sich gekommen sind und ihre eigene Menschlichkeit entfalten. Sie könnten gerade die Herausforderung des Beschützens und Bewahrens eines „sicheren Ports", eines „Ruheplatzes" annehmen, in dem Leben nicht länger mit dem Kampf ums Dasein verbracht wird. Eine solche Gesellschaft mag sehr wohl den Begriff und die Praxis des „ungezügelten Wachstums" ablehnen. Sie könnte sehr wohl ihre technische Kapazität da beschränken, wo sie die Abhängigkeit des Menschen von seinen Werkzeugen und Produkten zu verstärken droht.

Sogar heute, lange vor dem Start auf dem Wege zu einer freien Gesellschaft könnte der Krieg gegen die Armut (war on poverty) statt durch Vermehrung weit wirkungsvoller eher durch eine neue Richtung der Produktion geführt werden, durch die Ausschaltung von Produktivität aus den Bereichen sozial bedingter Verschwendung, geplanten Verschleißes, Rüstung, Werbung, Manipulation. Eine Gesellschaft, die Überfluß und Freiheit in der Dynamik ungezügelten Wachstums und dauernder Herausforderung kuppelt, ist das Ideal eines Systems, das auf der Fortdauer von Mangel gründet. Es fordert mehr und mehr künstlich geschaffenen Mangel, namentlich das Bedürfnis nach immer mehr und immer neuen Überflußgütern. In einem solchen System müssen die Individuen ihr Leben im Kampf ums Dasein, vom Wettbewerb bestimmt, verbringen, um das Bedürfnis nach vermehrten Arbeitsprodukten zu befriedigen und die Arbeitsprodukte müssen vermehrt werden, weil sie mit Profit verkauft werden müssen. Die Profitrate wiederum hängt von der wachsenden Arbeitsproduktivität ab. Das hieße in einer weniger ideologischen Sprache Gesetz der zunehmenden Akkumulation des Kapitals. Unter diesem Gesichtspunkt erscheint die Great Society als die stromlinienförmige und verbesserte Fortsetzung der bestehenden nicht so großen Gesellschaft — nachdem sie sich empfindlicher Stellen und Makel erfolgreich entledigt hat. Ihre Geschicklichkeit, das zu schaffen, wird vorausgesetzt. Aber der Wissenschaftler kann diese Voraussetzung nicht ohne genaue Untersuchung hinnehmen: wir verlassen die Spekulation über die Great Society und kehren zum Programm ihres Aufbaues, oder genauer ihrer Vorbereitung innerhalb der bestehenden Gesellschaft zurück.

An erster Stelle steht der Krieg gegen die Armut (war on poverty). Die kritische Literatur darüber ist bereits so umfangreich, daß ich nur kurze Hinweise zu geben brauche. Dieser Krieg wird angeblich von der „Gesellschaft im Überfluß" gegen Armut in der „Gesellschaft im Überfluß" geführt; es könnte sich herausstellen, daß es ein Krieg dieser Gesellschaft gegen sich selbst ist. Der tatsächliche Sieg über die Armut würde entweder Vollbeschäftigung als andauernder Normalzustand des Systems oder Arbeitslosigkeit mit einer für ein angenehmes Leben ausreichenden Unterstützung bedeuten — auch als andauernder Normalzustand des Systems. Beides ist erreichbar mit der technischen Kapazität der fortgeschrittenen Industriegesellschaft.

Der Begriff „fortgeschrittene Industriegesellschaft" muß nach seinen heutigen Hauptformen unterteilt werden: der kapitalistischen und der sozialistischen. Hier befassen wir uns nur mit jener. Der tatsächliche Sieg über die Armut wird in ihr vereitelt und „unterbunden" durch die herrschenden sozialen Institutionen. Vollbeschäftigung als andauernder Zustand schließt andauernd hohes (und mit der steigenden Produktivität andauernd steigendes) Niveau der Reallöhne ein, die nicht durch steigende Preise entwertet werden. Das käme einem Absinken der Profitrate unter die für Privatunternehmen tolerierbare Grenze gleich. Vielleicht ist es vorstellbar, daß Vollbeschäftigung erreichbar werde durch eine expandierende Kriegs- oder Verteidigungswirtschaft zusammen mit einer expandierenden Produktion von Schund, Status-Symbolen, mit geplantem Verschleiß und parasitären Dienstleistungen.

Selbst wenn man die offensichtliche und präsente Gefahr einer internationalen „Katastrophe" nicht berücksichtigte, würde ein solches System Menschen hervorbringen, von denen man selbst unter Aufbietung aller Phantasie nicht erwarten dürfte, eine freie und menschliche Gesellschaft bilden zu können. Denn der Aufbau einer Great Society hängt von einem „menschlichen" Faktor ab, der kaum im Programm erscheint; vor allem der Existenz von Individuen, die in ihren Haltungen, Zielen und Bedürfnissen qualitativ verschieden sind von denen, die heute erzogen, ausgebildet und entlohnt werden: die zur Erhaltung einer auf permanente Verteidigung mobilisierte und verdrängte Aggression wirkt dem Fortschritt zu höheren Formen von Freiheit und Rationalität entgegen. Freilich bleibt nicht-destruktive Vollbeschäftigung eine reale Möglichkeit: sie erfordert nicht mehr und nicht weniger als eben den im Programm des Präsidenten angedeuteten Aufbau, d. h. den Neubau der Städte, die Wiederherstellung der Landschaften und die Umstellung des Erziehungswesens. Aber eben dieses Programm erfordert die Ausschaltung der partikularen Interessen, die seiner Erfüllung im Wege stehen. Heute umfassen sie Kapital und Arbeit, Stadt- und Gemeindeinteressen, Republikaner und Demokraten. Auf diese mächtigen Interessen stützt sich die heutige Regierung weitgehend.

Die Binsenwahrheit muß wiederholt werden: nicht allein die Größe, sondern auch die ökonomische Basis des Programms ist unvereinbar mit diesen Interessen. Die Transformation der Städte in eine menschliche Umgebung bezieht weit mehr als **slum clearings** mit ein. Sie bezieht die tatsächliche Auflösung der Städte mit ein und den Neubau nach streng durchgesetzten Architekturplänen. Wenn dieser Neubau für die Bevölkerung als Ganzes unternommen würde und nicht nur für diejenigen, die zahlen können, würde er einfach unprofitabel und seine öffentliche Finanzierung würde die Abdankung einiger der mächtigsten Interessengruppen im Lande bedeuten. Es würde zum Beispiel die Einrichtung eines weitgespannten und leistungsfähigen Transportnetzes bedeuten, das private Kraftwagen als hauptsächliche Verkehrsmittel für Geschäft und Freizeit ersetzen würde — damit das Ende der Autoindustrie wie sie jetzt organisiert ist. Die „Verschönerung" der Landschaften würde die streng durchgesetzte Abschaffung aller Reklameflächen, Neonzeichen, die Reduzierung der zahllosen Tankstellen, Straßenbuden, Lärmquellen, etc. einbeziehen, die den verlangten „Kontakt mit der Natur" unmöglich gemacht haben. Generell würde Neubau (und das ist wahrscheinlich am wichtigsten) die Abschaffung allen geplanten Verschleißes erfordern, der zur wesentlichen Stütze des Systems geworden ist, soweit er den notwendigen Umsatz und die **rat race** des Wettbewerbs garantiert.

In allen diesen Punkten erscheint die Realisierung des Programms als unversöhnbar mit dem Geist der kapitalistischen Wirtschaft, und dieser Widerspruch wird am schlagendsten deutlich in dem Insistieren des Programms auf Schönheit. Hier nehmen die Wörter einen falschen Klang an, die Sprache wird die einer kommerziellen Poesie und es wirkt beinahe wie eine Erleichterung, wenn Mrs. Johnson, die ideologische Sprache fallenlassend, daran geht, die Schönheit als einen ökonomischen Aktivposten zu proklamieren: „Die Reize einer Stadt zu erhalten, ist ein grundlegender ökonomischer Aktivposten, eine Art, Arbeitsplätze zu schaffen. Die Stadt, die schön ist, erbringt einen hohen Umsatz" (laut Los Angeles Times, 8. 9. 1965).

Ich komme nun zum „menschlichen Faktor" und ich werde das Erziehungswesen behandeln, den dritten Bereich des Neubaues. Wer sind die menschlichen Individuen, die die Great Society bilden sollen?

Sie leben in einer Gesellschaft, in der sie — zum Guten oder Schlechten — einem Apparat unterworfen sind, der, soweit er Produktion, Verteilung und Verbrauch, materielle und geistige Arbeit, Freizeit, Politik und Unterhaltung (**fun**) umfaßt, ihr Alltagsleben, ihre Bedürfnisse und ihr Streben bestimmt. Dieses Leben — privates, soziales, rationales — ist eingeschlossen in einer sehr spezifischen historischen Welt. Die Individuen, die den Großteil der Bevölkerung in der „Gesellschaft im Überfluß" ausmachen, leben in einer Welt permanenter Verteidigung und Aggression. Sie manifestiert sich im Krieg gegen die Vietcong und im Kampf gegen die Neger, im riesigen Netzwerk der Industrien und Dienstleistungsbetriebe, die für das militärische Establishment und seine Zulieferer arbeiten. Sie manifestiert sich auch in der Gewalt, die von Wissenschaft und Technologie freigesetzt und entwickelt worden ist, in „entertainment of terror and fun", das einem gefesselten Publikum zugefügt wird.

(wird fortgesetzt)

Anm. 1: Patriotenlied

politische bücher

Das Recht der faulen Existenz

Theodor W. Adorno: Negative Dialektik, Suhrkamp Verlag, Frankfurt a. M., 1966, 406 Seiten, DM 28,—.

Die Logik ist nicht unabhängig vom Inhalt. Angesichts der Tatsache, daß in der Wirklichkeit dem bevorzugten Teil der Menschen billig ist, was dem anderen unerreichbar bleibt, wäre eine unparteiische Logik so parteilich wie das Gesetzbuch, das für alle das gleiche ist.
Heinrich Regius

„Die Formulierung Negative Dialektik verstößt gegen die Überlieferung. Dialektik will bereits bei Platon, daß durchs Denkmittel der Negation ein Positives sich herstelle; die Figur einer Negation der Negation benannte das später prägnant". Indem Hegel schematisch die negierte Negation mit Positivität gleichsetzte, fiel er in das von ihm selbst kritisierte mathematische Denken zurück, dem minus mal minus stets gleich plus gilt. Das Positive, das sich auf der neuen dialektischen Stufe herstellen soll, bleibt — mit Hegels eigenem Ausdruck — abstrakt, weil es nicht der Sache entwächst, sondern einer ihr subjektiv übergestülpten Methode: dem Schematismus der Triplizität. Es bleibt abstrakt, weil seine Unmittelbarkeit die Negativität, durch die sie vermittelt ist, aus sich ausschließt, weil es seine Vermittlung vergißt. Auf jener Negativität aber wäre gerade zu insistieren: erst das brächte die Sache wirklich in Bewegung. Denn sie indiziert den dialektischen Widerspruch, dies, daß die Gegenstände in ihrem Begriff nicht aufgehen, als konkrete, nichtidentische sich seinem Identitätsanspruch widersetzen. Soll dieser Widerspruch ausgetragen, d. h. zugleich: sollen die Gegenstände in ihrer Konkretheit erkannt werden, so wird es unumgänglich, über den Hegelschen Schematismus hinauszugehen, der den Widerspruch, kaum daß er, in der ersten Negation, aufgebrochen ist, durch die zweite sogleich schlichtet. Bei Hegel triumphiert Positivität, also das, was — wie fragwürdig auch immer — ist. *„Demgegenüber hat unbeirrte Negation ihren Ernst daran, daß sie sich nicht zur Sanktionierung des Seienden hergibt. Die Negation der Negation macht diese nicht rückgängig, sondern erweist, daß sie nicht negativ genug war; sonst* bleibt Dialektik . . . am Ende indifferent gegen *das zu Beginn Gesetzte".* Negative Dialektik wäre also allererst genuine, zugleich die bestimmte Negation der traditionellen.

Antitraditionell wie ihr Begriff ist auch ihr Thema: *„Philosophie hat, nach dem geschichtlichen Stande, ihr wahres Interesse dort, wo Hegel, einig mit der Tradition, sein Desinteressement bekundete: beim Begrifflosen, Einzelnen und Besonderen; bei dem, was seit Platon als vergänglich und unerheblich abgefertigt wurde und worauf Hegel das Etikett der faulen Existenz klebte. Ihr Thema wären die von ihr als kontingent zur quantité négligeable degradierten Qualitäten".* Diese Insistenz auf dem mit Adorno Vertrauten nichts Neues; er kennt sie aus manchen früheren Arbeiten. „Essay als Form" etwa heißt es, dieser revolutiere „zumal gegen die seit Platon eingewurzelte Doktrin, das Wechselnde, Ephemere sei der Philosophie unwürdig; gegen jenes alte Unrecht am Vergänglichen, wodurch es im Begriff nochmals verdammt wird". „Der Essay als Form" wird hier nicht ohne Grund angezogen: bedenkt man, daß der Essay Adornos wesentliches Ausdrucksmittel ist, so wird deutlich, wie sehr er dort in eigener Sache redet. Über seine vielzitierte „mikrologische" Verfahrensweise etwa heißt es, der Essay müsse „an einem ausgewählten oder getroffenen partiellen Zug die Totalität aufleuchten lassen, ohne daß diese als gegenwärtig behauptet würde", die Totalität somit „des nicht Totalen, eine, die auch als Form nicht die These der Indentität von Gedanken und Sache behauptet, die sie inhaltlich verwirft". Der Essay wäre danach die adaequate Form, dem „Begrifflosen, Einzelnen und Besonderen" zum Ausdruck zu verhelfen, und es bedarf kaum noch des Hinweises auf den Satz, der Essay sei „dialektischer als die Dialektik dort, wo sie sich selbst vorträgt", um im „Essay als Form" eine frühe Gestalt der „Negativen Dialektik" zu erkennen. Beider Intention ist es, nicht zuletzt, *„der Erklärung der konkreten Verfahrensweise des Autors"* zu dienen; ist diese essayistisch, so wird man auch dort, wo sie sich systematisch expliziert, kein System erwarten dürfen: Adorno spricht, in Analogie zu den aesthetischen Begriffen Antiheld und Antidrama, vom *„Antisystem".* Dies bedeutet konkret, daß die „Negative Dialektik" aus einer Anzahl von Essays besteht, die zwar — gleich anderen philosophischen Arbeiten Adornos — durch die Frontstellung gegen jegliche prima philosophia verbunden sind, im übrigen aber durchaus für sich genommen und beurteilt werden können. Die Disposition ist trichotomisch. Nach einer Einleitung, welche den Begriff der philosophischen Erfahrung exponiert, folgen die Teile I: „Verhältnis zur Ontologie", II: „Negative Dialektik. Begriff und Kategorien" und III: „Modelle" (mit Exkursen zu Kant, Hegel und zur Metaphysik). Schon diese Einteilung ist problematisch. Ich vermag nicht einzusehen, warum die Explikation des Begriffs einer „negativen Dialektik" mit einer Erörterung der Heideggerschen Ontologie beginnen muß. Gewiß wird diese mit negativ-dialektischen Mitteln kritisiert — aber gerade deshalb wäre der erste Teil als eines der „Modelle" zu betrachten und unter III abzuhandeln. Noch konsequenter erschiene es, wenn Adorno, da auch diese Heidegger-Arbeit Kritik an einer spezifisch deutschen Ideologie übt, sie mit dem „Jargon der Eigentlichkeit" zu einem selbständigen Heidegger-Buch zusammengefaßt hätte. Schließlich geht es im „Jargon" nicht nur um Sprachphysiognomie: sie wird bereits dort auf jenes „ontologische Bedürfnis" transparent, aus dem, zu Recht, in der „Negativen Dialektik" die Fundamentalontologie motiviert wird. Übrigens scheint gerade hier Adorno der Gefahr nicht immer zu entgehen, der er selbst den Gedanken ausgesetzt sieht, welcher sich rückhaltlos an seine Sache verliert: *„Gegens Risiko des Abgleitens ins Beliebige ist der offene Gedanke ungeschützt; nichts verbrieft ihm, ob er hinlänglich mit der Sache sich gesättigt hat, um jenes Risiko zu überstehen".* Vorab die Kritik zentraler Heideggerscher Begriffe wie der der „Seinsvergessenheit" und der „ontologischen Differenz" bewegt sich gelegentlich in erheblicher Distanz zu den Texten. Im Ausdruck „Seinsvergessenheit" — um nur ein Beispiel zu nennen — zittert bei Heidegger nicht die Trauer um etwas nach, das *„dem der Natur sich entringenden Bewußtsein" „zerrann";* er bezeichnet vielmehr konkret (cf. Holzwege 336) „die Vergessenheit des Unterschiedes des Seins zum Seienden", der „ontologischen Differenz" also, welche freilich — das wäre gegen Heidegger einzuwenden — von der traditionellen Philosophie so lange nicht reflektiert werden konnte, als sie an der Substantialität des Seins festhielt. — Solche partiellen Einwände können die prinzipielle Bedeutung dieser Heidegger-Essays freilich nicht schmälern: es finden sich in ihr brillante Passagen, etwa die vier Seiten über die Copula, welche — wiewohl in logischem Sinn nur Moment des Urteils — von Heidegger zum reinen Apriori des Geurteilten, also des Seienden, hypostasiert wird.

Was jedoch dem Buch seinen Rang verleiht, sind die beiden großen Essays „Negative Dialektik. Begriff und Kategorien" sowie „Freiheit. Zur Metakritik der praktischen Vernunft", hinter denen auch die Hegel-Arbeit „Weltgeist und Naturgeschichte" an Gewicht zurücktritt, nebst den meisten „Meditationen zur Metaphysik". Radikaler als je zuvor bei Adorno drängt die Sache zu materialistischen Konsequenzen, so daß es in Zukunft kaum mehr angeht zu sagen, seine Kritik suche „die versagten oder verstellten Bedürfnisbefriedigungen in der Sphäre der Kultur' eher . . . als bei den sogenannten basic needs" (Habermas. Theorie und Praxis 170 f.). Ausgangspunkt ist die Kritik am Idealismus: sein *„proton pseudos . . . seit Fichte war, in der Bewegung der Abstraktion werde man dessen ledig, wovon abstrahiert wird".* Ein Denken, das das zu Denkende aus sich ausschließt, das es mit nichts als sich selbst zu tun hat, widerspricht jedoch seinem eigenen Begriff. Wird das erkannt, *„wird der Anspruch des Subjekts kassiert, es sei das Erste, . . . so ist auch das nach dem Schema der traditionellen Philosophie Sekundäre nicht länger sekundär, im doppelten Sinn untergeordnet".* Freilich vermag Denken, welches, der Unwahrheit am eigenen Identitätsanspruch innegeworden, das Nichtidentische zu erkennen trachtet, dessen nicht in direktem Zugriff habhaft zu werden. Es geht nur durch den Begriff hindurch: *„Die Utopie der Erkenntnis wäre, das Begriffslose mit Begriffen aufzutun, ohne es ihnen gleichzumachen".* Dabei ist zu beachten, daß jenes nicht auf ein qualitätsloses faktisch Gegebenes reduzibel ist, als das es bei Kant erscheint: noch das ist eine aus Subjektivität geborene begriffliche Verstellung, durch die eben Subjektivität triumphiert, kann sie doch nunmehr als das allein Bestimmende, Konstitutive fungieren. *„Die Idee eines konkreten Objekts fällt der Kritik subjektiv-auswendiger Kategorisierung und ihres Korrelats, der Fiktion eines bestimmungslos Faktischen zu".* Das Objekt ist *„kritisch herzustellen"* — gegen seine theoretische Verzerrung durch Erkenntnistheorie wie gegen die reale durch den Warencharakter. Dabei erweist sich jedoch noch der Ausdruck „Objekt" als *„terminologische Maske",* weil er *„das Leibliche vergeistigt durch seine Übersetzung in Erkenntnistheorie".* Ebenso ist es mit der Kategorie „Nichtidentität": noch sie *„gehorcht dem Maß von Identität. Emanzipiert von solchem Maß zeigen die nichtidentischen Momente sich als materiell, oder untrennbar fusioniert mit Materiellem".* Die Empfindung, bei Kant eine Tatsache des Bewußtseins, ist in Wirklichkeit ein Somatisches; Hegels vielzitierter „Schmerz des Negativen", Motor der Dialektik, rührt von physischem Schmerz her. Das reale Leiden ist es gerade, welches die Erkenntnis in Unruhe verhält; *„unglückliches Bewußtsein ist keine verblendete Eitelkeit des Geistes sondern ihm inhärent, die einzige authentische Würde, die er in der Trennung vom Leib empfing".* Es heißt ihn ständig auf die Abschaffung des Leidens hinarbeiten: *„Darum konvergiert das spezifisch Materialistische mit dem Kritischen, mit gesellschaftlich verändernder Praxis".* Nachdrücklich hält Adorno an dem fest, was Horkheimer „kritische Theorie" nannte — worauf er freilich heute nicht mehr recht vertrauen zu können glaubt (cf. Brief an den S. Fischer Verlag vom 3. 6. 1965; Fischer-Almanach 79). Jene denunziere *„falsche Objektivität, den Fetischismus der Begriffe, durch die Reduktion aufs gesellschaftliche Subjekt; falsche Subjektivität, den zuweilen bis zur Unsichtbarkeit verhüllten Anspruch, was ist, sei Geist, durch den Nachweis des Betrugs, seines parasitären Unwesens ebenso wie seiner immanenten Geistfeindschaft".* — Parasitär in diesem Sinn ist — wie Adorno im Kant-Essay „Freiheit" zeigt — auch der Anspruch des Willens, rein autonom zu sein: nicht nur *„gehen in die mit Wille und Freiheit designierten Entscheidungen ungezählte Momente der auswendigen, zumal gesellschaftlichen Realität ein"* — auch das empirische Subjekt selbst, das jene Entscheidungen fällt, ist Moment dieser Realität, also der Heteronomie. Die Freiheit, die ihm vindiziert wird, ist ihr genaues Gegenteil: sie ist zutinnerst repressiv, wie schon die Begriffe beweisen, die im Zusammenhang mit dem kategorischen Imperativ, ihrem Instrument, gebraucht werden: Gesetz, Nötigung, Achtung, Pflicht. Reale Freiheit stellt sich gerade durch das her, was nach Kant unfrei macht. Humanität gebietet, der „Heteronomie" zur Herrschaft zu verhelfen, nicht sie zu unterdrücken. *„Nur im ungeschminkt materialistischen Motiv überlebt Moral".* Das zielt zugleich gegen die Objektivation des Geistes, die Kultur. *„Wem gelänge",* heißt es in der 2. Meditation zur Metaphysik, *„auf das sich zu besinnen, was ihm einmal aus den Worten Luderbach und Schweinstiege ansprang, wäre wohl näher am absoluten Wissen als das Hegelsche Kapitel, das es dem Leser verspricht, um es ihm überlegen zu versagen . . . Daß man nicht mehr versteht, was man einmal vorm Wagen des Hundefängers empfand, ist der Triumph der Kultur und deren Mißlingen. Sie kann das Gedächtnis jener Zone nicht dulden . . . Sie perhorresziert den Gestank, weil sie stinkt; weil ihr Palast, wie es an einer großartigen Stelle bei Brecht heißt, gebaut ist aus Hundsscheiße".*

Selten ist seit Marx der Herrschaftsanspruch des Geistes schneidender kritisiert worden.

Kurt Jürgen Huch

Nachbemerkung

Georg Lukács Festschrift, Luchterhand Verlag, Neuwied 1966, herausgegeben von Frank Benseler. 624 Seiten, Leinen DM 68,—, Studienausgabe DM 48,—.

Ich habe mich mitunter gewundert, warum gewisse Essays Georg Lukács' obwohl sie viel Wissenswertes enthalten, doch etwas Unbefriedigendes an sich haben (B.Brecht).

Die Unlust bereitete der Verdacht, Lukács gehe es „um den Genuß allein". Inzwischen hat sich weniger dieser Verdacht als die Diskussion über das politische und literarische Konzept des „kritischen Realismus" einer Streitschrift wert erwiesen, die von Parteiideologen des sozialistischen Realismus herausgebracht worden. Mehr Glückwünsche und weniger Orthodoxie enthielt eine erste Festschrift. Nunmehr zeigt sich aber auch in der neuesten Ehrung das Dilemma, meist kritische Einwände als Bannflüche abgetan zu haben — zum Teil mit Recht — und mit der Vermutung der bloßen „Verlegenheit" derer, die kritisch sein könnten aus der Not, eine tugendhafte Würdigung zusammengebracht zu haben.

Ihm zu Unrecht wurde dem Theoretiker nachposaunt, „Marx der Ästhetik" zu sein (auch Marx zu Unrecht). So stellt sich eine Sammelschrift heute auch als Versuch einer Ehrenrettung dar, die gerade wegen „Zurückweichen" (Brecht) in Klassizität und absolutes Klassenbewußtsein ihn zugleich als den einer Beförderung zur Klassizität nahelegt. Ein kritischer Aufzug hätte den, der sich als „bescheidenen Vorläufer" versteht, vielleicht mehr geehrt. Die Feierlichkeit hat einen Anlaß gegeben, über die Person hinaus, die abweichend von anderen Ehrungen hier stark im Mittelpunkt steht, fast Legende, zu verfolgen, was vom ästhetischen Index relevant geworden sein könnte, den Lukács noch zu fassen meinte, als er schrieb, daß die „Kunst unser geschichtliches Selbstbewußtsein weckt und wachhält".

An den bekannten Verdikten scheint wenig modifiziert worden zu sein. Oft wiederholt auch Lukács' Verurteilung des Expressionismus — sie blieb eminent politisch. Die Einwände Blochs, A. Seghers, B. Brechts zum Beispiel, die meinten, daß viele Momente ernst zu nehmen seien, mehr als Lukács dachte, hindern jetzt auch nicht die Beiträger, ebenfalls einen „erhobenen Zeigefinger" (Brecht) wie Lukács zu benutzen. Zum politischen Problem trifft sicher auch zu angesichts der literarisch gebliebenen expressionistischen anarchischen „Befreiungsakte", daß die Revolution lehren solle, wer den Putsch nicht wolle. Jetzt sieht sogar Lukács' Aktivität expressionistischer aus als die Theorie selbst je hätte erwarten können.

Die fünfziger Jahre hatten noch gezeigt, wie aktuell Lukács werden konnte. Eine mehr als mediokre Streitschrift ließ erkennen, wie das erstrebte Positive und Humane in den Positivismus der Macht entschwand, der es unter anderem zugedacht war. Neuerdings herrscht historisch anmutende Stille. Die politische Problematik einer Verbrüderung von Kunstphilosophie und Politik, bis hin zur Übernahme von Funktionärsposten, legte sich an mit lebensphilosophischen Neigungen zu klassischen Idealen von „Harmonie" und zu „prozeßhafter" Offenheit; diese war gerade auch im Politischen nicht frei von dezisionistischen Zügen — das Problem blieb, was denn nun in Literatur und Politik als humanistisch anzusprechen sei. Oder blieb nur die Frage, ob der Theoretiker als „humanistisch" zu gelten habe? Manch rühmendes Wort legt das nahe. Mittlerweile hat man dem Problem, wo denn das Zuhause zu suchen sei, abgeholfen, indem nicht das sozialistische Lager oder Budapest oder die südwestdeutsche „Philosophieschule, sondern der Luchterhand-Verlag diese Funktion scheints übernommen hat.

Erhellend zur Geschichte der Theorie wirken Beiträge in der Art G. Anders, der seine Notizen zu Döblins „Berlin Alexanderplatz" etwa 1932 schrieb. Dabei erörtert er Punkte, die Lukács meist umgangen hat zu seinen Ungunsten und zugunsten der „schöpferischen Methode", Weltanschauungskritik oft sprachlicher Analyse vorzog um über die „Gestaltung der fetischistisch-erstarrten Erscheinungsformen" sein Urteil zu fällen im Namen des Hegelschen Spruches „das Wahre ist das Ganze". Historisierung in Ästhetik und Gesellschaftskritik wurde Lukács immer mehr zur Sache der Unmittelbarkeit, die ganze Wahrheit der Darstellung des gesellschaftlichen Gesamtprozesses fordert und direktes Aufweisen politischer „Fehler" verlangt. Das Problem liegt weniger, wie viele meinen, die ihn Revisionisten heißen oder ihn davor zu verteidigen wähnen, im Richtig oder Falsch, sondern im Differenzieren der Zusammenhänge. In einzelnen Analysen sprang Lukács oft über den eigenen oder fremden Schatten und ließ die Alternative „weitestgehende Phantastik" und „Darstellung der wesentlichen bewegenden Kräfte" mitsamt der Grundthese, der „Spiegelung der Wirklichkeit" zurück. Die Festschrift bietet nun sehr wenig solcher Besonderheiten, gibt eher noch Faszination wieder; sie geht zweifellos von Schriften aus, die manches Stück Literatur und politische Philosophie heruntergeredet oder als Perspektive gelobt haben. Die Meinung, Nietzsche lenke von der Demokratie ab, haucht diesem einen gewaltigen Atem ein und animierte allzuviele, den poetischen Allotria abzusagen und politischen Biedersinn zu pflegen.

Aufsätze, zur Diskussion geschrieben, werfen zwiespältige Probleme auf. Ein sprachkritischer Ansatz verfängt sich in Ausweitung des Ideologiebegriffs auf „gesamte Praxis und Theorie zur Rechtfertigung des Dominanzanspruchs einer Klasse". Einer der merkwürdigsten Artikel ist der von R. Hochhuth, der seine dankbar aufgenommenen Mißverständnisse zu Äußerungen Adornos, besonders zur Kulturindustrie, meint wiederholen zu müssen. R. Baumgardt gab inzwischen sehr treffende Hinweise dazu, die offenbar ebenso wie andere Einwände in geradezu an Lukács erinnernder Manier noch einmal abgelehnt werden, was die verfehlte Aufregung nicht einleuchtender macht. Fatal wie solche dramatische Ehrengabe politisch noch neben sich selbst steht. Die Aufmerksamkeit, solchermaßen erregt, widerlegt eine alte Bemerkung Hans Mayers, der diesmal in Rhetorik und Propaganda einige Erscheinungen registriert, „Lukács ist seit Anbeginn seiner schriftstellerischen Laufbahn stets fleißiger gelesen als öffentlich gelobt worden". Abgesehen davon, daß mangelndes Lob auch Gründe haben kann, stimmt das Wort heute nicht mehr.

Es ist auch heute nicht damit getan, Lukács etwa zu loben als einen, der zwischen allen Stühlen und Fauteuils sitze, bloß weil er einen Standpunkt hat. Ein Gedanke an die Folgen für theoretische Arbeit, die nicht mehr Geist-Macht Alternativen akzeptiert, wäre nicht verschwendet beim Feiern des Unermüdlichen. Vielleicht stellt sich solche Scheidung und Vereinigung als konstitutiv für die Theorie heraus, die den „Abgrund" sieht, aber „objektive Typenhaftigkeit" sich manifestieren läßt; über diesen Abgrund sinnverlassener Subjekte soll sich eine „Pontonbrücke" spannen, ein Behelf; als einer ihrer Konstrukteure versteht sich Lukács heute auch. Dieser marxistischen Verkehrsregelung entspricht durchaus sein Begriff des „spontanen Materialismus" (in „Die Eigenart des Ästhetischen"), der kantianisch noch einmal Spontaneität beschwörend sich behavioristisch verkleidet. Der formal absolute Anspruch wird deutlich mit der gleichzeitigen Abwertung subjektiven Widerstands. Nur P. Ludz' Beitrag berührt diese Problematik in der Diskussion des Begriffes „demokratische Diktatur"; W. Hofmann kommt dem nahe in „Was ist Stalinismus?"

Wenige haben etwas wie die Unruhe Brechts über die Entwicklung Lukács' vermerkt, als der sagte „Ich kann im Grunde nicht glauben, daß Lukács tatsächlich für realistische Schreibweise nur ein einziges Muster . . . aufstellen will . . .". Brecht spürte den politischen Hemmschuh solchen *Realismus,* der von „von transzendentaler Struktur des gestaltenden Subjekts" vague relativiert in die des Klassenbewußtseins übergangen war.

D. H. Wittenberg

Die Buchhandlung für den Mediziner

JOHANNES ALT seit 1868

BUCHHANDLUNG UND ANTIQUARIAT FÜR MEDIZIN

In Kliniknähe, Haltestelle Hochhaus Süd (Hippodrom) der Linien 1, 11, 15, 21

Telefon 61 29 93

Frankfurt Süd 10 Gartenstraße 134

Einwände & Vorwände oder: Das Prinzip Hoffnung

DISKUS-Gespräch mit dem neuen Präsidenten der Westdeutschen Rektorenkonferenz Prof. Dr. Walter Rüegg

DISKUS: Magnifizenz, die Westdeutsche Rektorenkonferenz, deren LVII. Plenarversammlung Sie zu Ihrem neuen Präsidenten gewählt hat, stand in Frankfurt vor einer schwierigen Aufgabe. Wenn wir einmal pauschal resümieren dürfen, so galt es, in vier Arbeitsgruppen einen Teil der am 14. Mai 1966 vom Wissenschaftsrat verabschiedeten „Empfehlungen zur Neuordnung des Studiums an den wissenschaftlichen Hochschulen" mit koordinierender Absicht umzusetzen in eine Art Handlungsanweisungen für die in der WRK zusammengeschlossenen Universitäten und Hochschulen.

RÜEGG: Handlungsanweisungen kann die Rektorenkonferenz ihren Mitgliedhochschulen nicht erteilen. Sie kann Empfehlungen aussprechen, von denen sie allerdings hofft, daß die Hochschulen, die bei der Willensbildung mitgewirkt haben, diese Empfehlungen dann auch in Handlung umsetzen.

DISKUS: Nun, gemäß der vom Wissenschaftsrat vorgeschlagenen „Gliederung der Ausbildungsfunktion der wissenschaftlichen Hochschulen" in ein allgemeinverbindliches Grund-, ein Aufbau- und ein Kontaktstudium stand ersteres zur Debatte, also — mit den Worten des Wissenschaftsrates — „das Studium für alle Studenten, das mit einer die Berufsfähigkeit bestätigenden Prüfung abschließt". Diese abschließende Prüfung war Beratungsgegenstand des Arbeitskreises III. Die Arbeitsgruppen I und II erörterten Fragen der Organisation des Grundstudiums.

RÜEGG: Wir haben uns tatsächlich mit der Gestaltung des eigentlichen Studiums beschäftigt und in erster Linie die Anfangsphase, das heißt das Studium in den ersten vier bis fünf Semestern eingehend diskutiert, sowohl im Hinblick auf die organisatorische Gestaltung wie auch im Hinblick auf die finanziellen Konsequenzen, welche eine Neuordnung gerade in dieser Phase mit sich bringen würde.

DISKUS: Uns interessiert zunächst, was wohl auch Gegenstand der Auseinandersetzungen in dem mit von Ihnen geleiteten Arbeitskreis IV, „Personal- und Raumbedarf", war: die unterschiedliche Vorstellung des Wissenschaftsrates und der Kultusministerkonferenz einerseits, andererseits der Rektorenkonferenz und des Hochschulverbandes über die Neugliederung des Lehrkörpers an wissenschaftlichen Hochschulen.

RÜEGG: Die Arbeitsgruppe IV hat sich in keiner Weise mit den Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Gliederung des Lehrkörpers beschäftigt, sondern dieser Gegenstand bildete einen Punkt der Erörterungen in der Plenarversammlung.

DISKUS: Der Wissenschaftsrat und die Kultusministerkonferenz unterteilen dualistisch in Ordinarien und in Nichtordinarien, wobei unter den Nichtordinarien auch die Oberärzte, Oberassistenten, Oberingenieure berücksichtigt werden wie auch die Wissenschaftlichen Assistenten. Demgegenüber ignorieren die Überlegungen der WRK, die ausschließlich den monolithischen Block der Habilitierten ins Auge fassen, diese genannten Gruppen wie überhaupt den nichthabilitierten Mittelbau. Mit welcher Begründung?

RÜEGG: Die Diskussion über die Gliederung des Lehrkörpers, die in der LV. Plenarversammlung in Mannheim geführt worden war, dort aber nicht in Form einer Empfehlung verabschiedet wurde, sondern nur zu einem Arbeitspapier geführt hatte, ging darauf hinaus, daß wir nicht den scharfen Gegensatz zwischen Ordinarien und Extraordinarien neuen Stils einerseits und den Akademischen Räten und Assistenten andererseits haben wollten, sondern eine stärkere Stufung, in der auch die Dozenten die Möglichkeit haben sollten, entweder Akademische Räte zu werden oder die Sicherung des Lebenszeitbeamten zu erhalten, ohne in die Kategorie der Ordinarien oder Extraordinarien hineinzukommen. Diese schon in Mannheim besprochene, aber nicht beschlossene Differenzierung wurde hier in Frankfurt nochmals aufgegriffen und von der Plenarversammlung in einer Entschließung verabschiedet . . .

DISKUS: . . . die jedoch noch nicht veröffentlicht wurde. Der Beamtenstatus der Wissenschaftlichen Räte und Abteilungsleiter war doch schon einmal 1960, und zwar vom Wissenschaftsrat, gefordert worden, der inzwischen — wohl begründetermaßen — davon wieder abgekommen ist. Hat die Arbeitsgruppe IV in ihren internen Beratungen nicht berücksichtigt, daß bislang vorzugsweise der Einsatz von nichthabilitierten Kräften im Grundstudium Gegenstand der Bedarfsüberlegungen war, demgegenüber ein verstärkter Einsatz von Habilitierten nicht erwogen worden ist?

RÜEGG: Der Wissenschaftsrat kennt natürlich auch die Kategorie des nichthabilitierten beamteten Mittelbaus in Form der Akademischen Räte, aber er will die habilitierten Wissenschaftlichen Räte abschaffen.

DISKUS: Er will sie wieder zurückführen in außerplanmäßige Professuren?

RÜEGG: Nein, die außerplanmäßigen Professuren werden dann wahrscheinlich hinfällig werden. Nach seinen Vorstellungen soll es Ordinarien, Extraordinarien neuen Stils, das sind die bisherigen Wissenschaftlichen Räte und Professoren als Abteilungsleiter, geben, und dann soll es gleich zur Kategorie der nichthabilitierten Akademischen Räte gehen, während wir eine bessere Stufung anstreben, damit also auch die Dozenten, die natürlich auch nach wie vor beim Wissenschaftsrat Beamte auf Widerruf bleiben, aber nach einer gewissen Anzahl . . .

DISKUS: . . . nach acht Jahren . . .

RÜEGG: . . . ja, entweder werden sie dann Professoren, Extraordinarien neuen Stils, oder sie scheiden aus. Und da hat die WRK, dem Vorschlag des Hochschulverbandes folgend, beschlossen, sich dafür einzusetzen, daß die Kategorie der Wissenschaftlichen Räte erhalten bleibt. Jetzt haben wir eine ganze Reihe von habilitierten Akademischen Räten.

DISKUS: Die aber meist nicht den Titel „Professor" zu tragen berechtigt sind.

RÜEGG: Nein, das sind sie natürlich nicht. Und nicht nur das, sie haben auch sonst Nachteile. Sie sind nicht Hochschullehrer, sie sind weisungsgebunden und sie stehen damit eigentlich noch viel schärfer unter dem schlagwortartig immer als Ordinarienuniversität bezeichneten Autoritätsverhältnis, während wir auch hier genauso wie beim Kampf ums Hessische Hochschulgesetz den Versuch gemacht haben, diesen Gegensatz etwas aufzulockern.

DISKUS: Das trifft wohl auch zu für die Studienräte im Hochschuldienst, soweit sie nicht habilitiert sind beziehungsweise zu außerplanmäßigen Professoren ernannt wurden?

RÜEGG: Wir haben uns Gedanken gemacht, wie man das beheben kann. Einmal quantitativ, daß man die Zahl so klein wie möglich hält, und zweitens, daß man die Möglichkeit der Durchlässigkeit bei den Studienräten nicht nur schafft, sondern auch direkt mit gewissen Anreizen versieht. Ein Studienrat, der ganz an die Universität abgeordnet wird und sich nicht habilitiert, was er eigentlich tun sollte oder wenigstens tun können müßte, der sollte nach einer bestimmten Zeit an die Schule zurückkehren, aber nicht als abgebrochener Kirchenstuhl, sondern irgendwie befördert; so könnte die früher in Deutschland und jetzt noch immer in Frankreich und in der Schweiz so günstige Durchlässigkeit zwischen Höherer Schule und Universität vielleicht wieder eingeführt und damit der sehr bedauernswerte Gegensatz zwischen Universität und Gymnasien, insbesondere auch was die Statusfrage anbetrifft, etwas aufgelockert werden.

DISKUS: Man kann aber durchaus sagen, daß diese Positionen unterprivilegiert sind, da sie auf der einen Seite keine Rechte haben innerhalb der akademischen Gremien, das heißt keinen Sitz in Fakultäten und keine Stimme und so weiter . . .

RÜEGG: Ganz unterprivilegiert sind sie nicht. Sie haben ihre Vertretung auch in den verschiedenen akademischen Gremien, nach dem Hessischen Hochschulgesetz nämlich die gleiche Vertretung wie die Assistenten. Aber sie haben keine Hochschullehrerrechte, und vor allem haben sie nicht die den Habilitierten zustehende Freiheit der akademischen Lehre und Forschung.

DISKUS: Sie zeigten soeben die Nachteile dieser nichthabilitierten Gruppe in bezug auf die Lehrfreiheit und das Vertretungsrecht auf, ganz zu schweigen von finanziellen Benachteiligungen. Trotzdem scheint man doch gerade diese weniger attraktiven Positionen ausbauen zu wollen und dafür sogar eine Reduktion beim Einsatz von Habilitierten ins Auge gefaßt zu haben. Wie vereinbart sich im übrigen der verstärkte Einsatz von nichthabilitierten Kräften mit der Notwendigkeit, die Wissenschaftlichkeit der Lehrveranstaltungen anzuheben?

RÜEGG: Ich verstehe einen Teil der Frage nicht ganz. Wenn ich recht begriffen habe, so sagten Sie, man habe den Einsatz von habilitierten Kräften in der Anfangsstufe zurückgedämmt, oder?

DISKUS: Ja, man hat doch . . .

RÜEGG: Aber das ist es ja nicht, daß man ihn zurückgedämmt hat, sondern es ist der Mangel an habilitierten Kräften überhaupt, der . . .

DISKUS: Und worauf ist dieser Mangel zurückzuführen?

RÜEGG: Auf den Circulus vitiosus, daß zu wenig habilitierte Kräfte da sind. Infolgedessen müssen die Assistenten, statt die ihnen zustehende Zeit zur wissenschaftlichen Weiterarbeit für ihre eigene Habilitationsschrift auszunützen, sich über Gebühr mit Unterrichtsaufgaben beschäftigen und kommen damit nicht so rasch zur Habilitation, so daß wieder habilitierte Kräfte fehlen.

DISKUS: Den Mangel an Habilitierten führen Sie zurück auf besagten Circulus vitiosus. Wird dieser nicht noch mehr ausgeweitet oder wenigstens eben nur nach unten verlagert, indem Tutoren eingesetzt werden, das heißt, daß Studenten, die an ihrer Dissertation arbeiten, nebenher auch in den Lehrbetrieb eingeschaltet werden sollen? Wird dadurch nicht deren Promotion hinausgezögert?

RÜEGG: Das ist gewiß eine ernsthafte Frage. Sie kann nur befriedigend gelöst werden, wenn das Angebot der zur Verfügung stehenden Tutoren genügend groß ist . . .

DISKUS: Woher kommen die Tutoren des Aufbaustudiums, wenn zuerst das Grundstudium geordnet werden soll; zum Aufbaustudium hat sich die Rektorenkonferenz überhaupt noch nicht geäußert?

RÜEGG: . . . und wenn die Organisation so gut funktioniert, daß der Doktorand nur mit einer minimalen Belastung und mit einer möglichst sinnvollen Belastung in die Lehre eingesetzt wird. Eine gewisse Lehrtätigkeit kann ihm sicher nur nützen, gerade auch, wenn man Bedacht darauf nimmt, daß sie nicht ganz abseitig liegt zu dem, was er sonst betreibt. Dadurch können die Assistenten entlastet werden.

DISKUS: Die Assistenten hätten dann lediglich die Funktion, das Tutorenprogramm zu überwachen, während sie ihrerseits natürlich dem Ordinarius der betreffenden Disziplin oder einem Ordinarius der Fakultät weisungsgebunden sind.

RÜEGG: Ich habe ja die Auffassung, daß der Assistent überhaupt nicht weisungsgebunden sein sollte seinem Ordinarius gegenüber, sondern daß die Assistenten eigentlich im ganzen Seminarsystem Funktionen ausüben und insofern Weisungen unterliegen. Ich stelle mir vor, daß man pro Disziplin einen Habilitierten beauftragt, ein oder zwei Jahre das Tutorenprogramm zu beaufsichtigen.

DISKUS: Den Studiendekan . . .

RÜEGG: Ja, Sie können das Studiendekan nennen. Die Assistenten werden wahrscheinlich kaum die Lehrveranstaltungen tragen können, vielleicht je eine mit zwei Stunden pro Woche.

DISKUS: Die Entschließung des Arbeitskreises I hat es aber als notwendig erachtet, „daß die Assistenten in angemessener Weise an den Lehrveranstaltungen beteiligt werden": „Der Unterricht vor der Zwischenprüfung wird von den Akademischen Räten und Studienräten im Hochschuldienst mitgetragen." Ferner besagt die Entschließung des Arbeitskreises II: „. . . der Mittelbau sollte an der Zwischenprüfung mitwirken". Wenn eine Delegation von Lehr- und Prüfungsaufgaben während der ersten Phase des allgemeinen Grundstudiums erwogen wird, so bedeutet das doch wohl eine Rationalisierung des Universitätsbetriebs, oder nicht?

RÜEGG: Wenn Sie mit „Rationalisierung" Strukturierung meinen, dann bin ich durchaus einverstanden.

DISKUS: Eine solche Strukturierung bedarf natürlich einer rechtlichen Absicherung. Darauf deutet auch die Entschließung des Arbeitskreises I hin, in der es heißt: „Die Zusammenarbeit des am Anfangsstudium eines Faches lehrend beteiligten Personenkreises bedarf einer institutionellen Form. Auf diese Weise wird die verantwortliche Beteiligung des Assistenten und des nichthabilitierten Mittelbaues an der Aufstellung der Studienpläne und an der Durchführung der Prüfung ermöglicht." Wie soll nun diese „institutionelle Form" aussehen, und was bedeutet „verantwortliche Beteiligung"?

RÜEGG: Die verantwortliche Beteiligung wird in erster Linie durch institutionalisierte Assistentenversammlungen erfolgen. Ferner bedeutet Institutionalisierung, daß die Assistenten auch bei den Zwischenprüfungen nicht — wie das jetzt gelegentlich der Fall ist — informell die Zensuren erteilen und dann der Ordinarius die Verantwortung dafür trägt, sondern daß sie mindestens in einem bestimmten Stadium selbst die Verantwortung für die Zensuren tragen. Die Klausuren, die nicht kontrovers sind, bei denen keine ungenügende Zensur gegeben wird, werden vom Assistenten abschließend zensiert. Nur dort, wo das Schicksal des Studenten auf dem Spiel steht, also entweder das weitere Studium oder die Berechtigung, Honnef zu beziehen, soll dies der Ordinarius mit dem Assistenten zusammen verantworten.

DISKUS: Also beispielsweise auch, wenn der Student bei einer Zwischenprüfung durchfällt und nochmals geprüft werden muß, muß beim zweiten Prüfungstermin . . .

RÜEGG: Wenn der Student in der schriftlichen Prüfung durchkommt, dann ist die Sache erledigt. Nur wenn er in der Wiederholungsklausur durchfällt, wird er noch mündlich geprüft. Es soll niemand von der Universität beziehungsweise von seinem Fachstudium ausgeschlossen werden, ohne daß er die Möglichkeit einer mündlichen Prüfung und auch der in der Empfehlung vorgesehenen Beratung durch den Fachvertreter hat.

DISKUS: Es ist also nicht vorgesehen, daß im Rahmen einer Institutionalisierung Vertreter des Mittelbaues mit Sitz und Stimme im Senat, in der Fakultät und anderen relevanten Gremien vertreten sind, wie das in Konstanz beispielgebend der Fall ist?

RÜEGG: In Hessen ist es durchaus vorgesehen.

DISKUS: Bis zu welchem Zeitpunkt werden sich die Universitäten auf die notwendigen Voraussetzungen der Studienreform, die Erweiterung des Mittelbaues und seine rechtlich verankerte, institutionelle Mitbeteiligung eingestellt haben? Heißt es doch in der Entschließung der II. Arbeitsgruppe, „daß die mit der Einführung der Zwischenprüfung erforderliche Intensivierung des akademischen Unterrichts in den ersten vier Semestern einen weiteren personellen und sachlichen Ausbau der wissenschaftlichen Hochschulen voraussetzt".

RÜEGG: Man kann hier nicht von den Hochschulen sprechen, sondern nur von Fachdisziplinen, weil die Verhältnisse vollkommen unterschiedlich liegen. Wir haben in Hessen eine erste Konferenz mit dem Kultusminister gehabt und haben dabei festgestellt, daß die Einführung dieses neugeordneten Anfangsstudiums erstens voraussetzt, daß Zwischenprüfungsordnungen genehmigt werden, dort wo sie noch nicht existieren — zum Beispiel bei den Philosophischen Fakultäten —, daß zweitens bei manchen Fächern entsprechende Erhöhungen des Personalbestandes, sei es durch Einrichtung von Stellen oder mindestens durch Zurverfügungstellen von Sachmitteln zur Einstellung von Angestellten, notwendig sind. Wir können vielleicht mit dem einen oder anderen Programm im Wintersemester 67/68 beginnen, bei anderen wird es bis 1969 dauern.

DISKUS: Das ist die Perspektive für die Hochschulen in Hessen. Kommen wir zurück auf die bundesrepublikanischen Hochschulverhältnisse. Im Hinblick auf sie hat der Wissenschaftsrat — wie bereits erwähnt — die Überlegung angestellt, und die Rektorenkonferenz hat sie übernommen, daß „Studenten des Aufbaustudiums am Unterricht, zum Beispiel in kleinen Gruppen während der Anfangssemester zu beteiligen sind". In welchem Maße wurden hierbei die erheblichen qualitativen Unterschiede berücksichtigt, die bestehen zwischen den Abschlüssen verschiedener Schultypen und den Schulen verschiedener Regionen wie auch aufgrund der schichtspezifischen sozialpsychologischen Voraussetzungen der Studienanfänger. Unsere Frage lautet: Wie können die Divergenzen der Studienanfänger eingeebnet werden, wenn diese Aufgabe den selbst noch im Aufbaustudium stehenden Tutoren zumindest weitgehend überlassen wird, über deren didaktische Fähigkeiten doch starke Zweifel bestehen sollten?

RÜEGG: Gewiß handelt es sich hier um ein hochschuldidaktisches Problem, wie man Anfänger dazu bringen kann, daß sie, was ja der Zweck des Studiums ist, selbst wissenschaftlich zu arbeiten lernen. Eine Einebnung muß, glaube ich, in keinem Fall erfolgen; denn selbst bei gleichartigen Startbedingungen sind zweifellos auch Unterschiede vorhanden. Wir können und wollen doch nicht darauf hinausgehen, einen Einheitsakademiker auszubilden.

DISKUS: Uns will allerdings scheinen, daß die bisherige Praxis der Zwischenprüfungen etwa bei den Medizinern einen solchen „Einheitsakademiker" bezwecken. Die Straffung des Studienganges in der Anfangsphase des Studiums, so heißt es in der Entschließung der Arbeitsgruppe I, werfe die Frage auf, „in welchem Maße individuelle Studiengestaltung mehr und mehr fragwürdig wird". Setzen nicht die Bedingungen der Zwischenprüfung den „Einheitsakademiker" voraus?

RÜEGG: Wir wollen bei der Zwischenprüfung doch nur feststellen, ob der Student zum wissenschaftlichen Weiterstudium befähigt ist aufgrund der Leistungen der ersten vier Semester, und zu diesem Zeitpunkt werden auch selbstverständlich die verschiedenen Startbedingungen berücksichtigt. Das andere Problem ist, inwieweit die Tutoren, die selbst zwar eine Abschlußprüfung schon hinter sich haben sollten, imstande sind, den recht schwierigen Unterricht in den Anfangssemestern mitzutragen. Aber da muß man sicher einen Mittelweg finden zwischen einer reinen Schulausbildung, welche dann quasi durch Hilfslehrer getragen würde, und einem kombinierten Seminarsystem, in dem auch doktorierte Akademiker, also Assistenten oder Akademische Räte und auch gelegentlich — wir hoffen doch sehr bald — Habilitierte aktiv mitwirken.

DISKUS: Ein solcher „Mittelweg" wäre gewiß als Übergangsregelung zu rechtfertigen, würde er nicht die Gefahr in sich bergen, daß er die Verhältnisse verfestigt, deretwegen er beschritten werden muß, daß also eine langfristige Verbesserung der Habilitationsbedingungen hinausgeschoben wird, daß letztlich der Mangel an habilitierten und qualifizierten Lehrkräften nicht mit dem notwendigen Nachdruck behoben wird.

RÜEGG: Wir sind der Meinung, daß, wie aus Ihrer Frage ja hervorgeht, die Wissenschaftlichkeit auch des Anfängerstudiums nur gesichert werden kann, wenn Leute, die am wissenschaftlichen Forschungsprozeß aktiv teilnehmen, zugleich auch den entsprechenden Unterricht erteilen und die Studenten dazu anleiten, selbst wissenschaftlich zu arbeiten. Wir haben uns aus diesem Grunde einmal dagegen gewandt, daß das Anfängerstudium nur dem nichthabilitierten Mittelbau, das heißt einer Kategorie von Lebenszeitbeamten übertragen wird, die zwar in den ersten Jahren ihrer Tätigkeit noch recht nahe an der Wissenschaft sind, aber doch in der Gefahr stehen, daß, je älter sie werden, sie um so eher auf dem Wissens- und Forschungsstand ihrer Studienzeit zurückbleiben, was ja nicht zu verantworten wäre.

DISKUS: Das wird auch in der Entschließung I zum Ausdruck gebracht, wo es heißt: „Das Studium vor der Zwischenprüfung bedarf der Mitwirkung der Lehrstuhlinhaber in den verschiedenen Formen des Unterrichts." Praktisch soll das darauf hinauslaufen, daß die großen Anfängervorlesungen von den Ordinarien gehalten werden.

(Fortsetzung auf Seite 6)

Foto: Meisenburg

WRK-Präsident **Professor Dr. Walter Rüegg** im Frankfurter Rektorat: „Nicht mehr Briefträger"

DISKUS-GESPRÄCH

(Fortsetzung von Seite 5)

RÜEGG: Ja, wobei es mit der Zeit doch hoffentlich so weit kommt, daß die Vorlesung nicht mehr nur eine Rekapitulation von dem ist, was man im Buch lesen kann, sondern eine Problemvorlesung, die begleitet werden soll durch Diskussionen. Das sind aber hochschuldidaktische Probleme, die nicht so rasch gelöst werden können . . .

DISKUS: Und die bislang doch nur sehr vereinzelt in Angriff genommen wurden. Berücksichtigt werden müßten dabei besonders auch, wie schon gesagt, die abweichenden Sozialisierungsprozesse . . .

RÜEGG: Sie werden sich nie ganz ausgleichen lassen, das ist ganz klar. Man kann also nur versuchen, daß diese Verschiedenheiten keine negativen Auswirkungen haben. Ob es sich dann als zweckmäßig erweist, was ich didaktisch und pädagogisch für ganz falsch halte, daß man die Gruppen entsprechend den Unterschieden in der Vorbildung einteilt . . .

DISKUS: Also Aufbau- und Förderkurse wie in den Schulen eingerichtet werden.

RÜEGG: Wenn die Gruppen klein sind, wird auch der, der von einer anderen Schule herkommt, von sich aus alles tun, um mit den anderen, die vielleicht etwas weiter voran sind, möglichst mitzukommen. Und es werden sich dabei viel stärkere horizontale Verbindungen ergeben, so daß die Studenten sich gegenseitig fördern . . .

DISKUS: . . . notwendig ergänzt durch Einzelberatung, durch verstärkte Studentenberatung.

RÜEGG: Das kommt hinzu; freilich bleibt dies das allergrößte Problem, bis die zahlenmäßige Relation zwischen Studenten und Dozenten verbessert wird. Wie jeder Student regelmäßig durch ein Mitglied des Lehrkörpers beraten werden soll, ist bei der jetzigen Besetzung des Lehrkörpers nicht einzusehen. Deshalb hoffen wir, daß als erster Schritt, eben über diese Arbeitsgruppen eine vielleicht größere Freisetzung des Professors bewirkt wird — was zwar zunächst noch nicht so aussieht, denn die Zwischenprüfungen werden ja die meisten Professoren an den meisten Fakultäten stark beanspruchen, aber vielleicht doch auf lange Sicht gesehen Entlastung bringen. Dann ist auch die Möglichkeit einer stärkeren Kontaktnahme mit den Studenten gegeben.

DISKUS: Eine Freisetzung der Professoren würde auch erreicht werden, wenn, wie in der Entschließungsvorlage des Arbeitskreises I empfohlen worden ist, die Zwischenprüfung „bestimmte Fertigkeiten und Kenntnisse je nach den Bedingungen der Fächer abschließend feststellen" darf. Dieser Vorschlag des Arbeitskreises, die Zwischenprüfung nach dem Drop-out-System als Fakultätsprüfung zu funktionalisieren, wurde von der LVII. Plenarversammlung jedoch abgelehnt. Mit welchen Argumenten?

RÜEGG: Das ist von Fach zu Fach, von Fakultät zu Fakultät ganz verschieden. In einigen Fächern hat man diese abschließende Zwischenprüfung bereits eingeführt, allerdings damit schlechte Erfahrungen gemacht, sobald man gewisse schwierige Fächer vorher abgeprüft hat, weil sich nämlich die Studenten dann ganz ausschließlich auf diese Fächer — das sind ja meistens Nebenfächer — konzentriert und das eigentliche Hauptstudium von Anfang an vernachlässigt haben. Man muß daher vorsichtig dosieren zwischen solchen abzuwählenden Fächern und den Grundstudien.

DISKUS: Uns schien nun, daß nicht nur durch die Einsetzung didaktisch nicht hinreichend qualifizierter Lehrpersonen eine Verschärfung der Ungleichheit unter den Studenten der ersten vier Semester eintritt, sondern ebenso sind diejenigen Anfangsstudenten benachteiligt, die ihr Studium durch Werkarbeit finanzieren müssen, und diejenigen, die sich in den gewählten Organen der Studentenschaft politisch betätigen und dafür die notwendige Zeit aufbringen müssen. Wurden solche Einwände berücksichtigt oder wenigstens diskutiert?

RÜEGG: Die Frage der Anrechenfähigkeit von solchen Betätigungen in der studentischen Selbstverwaltung wurde tatsächlich für den ersten Abschnitt des Studiums nicht gestellt. Man ist der Auffassung, daß der Normalstudent, und ich meine, auf den zielte ja in erster Linie die Reform, sich in den ersten vier Semestern wirklich konzentrieren muß auf sein Studium. Wenn ein hochbegabter Student daneben noch akademische Selbstverwaltung macht, so wird er bestimmt imstande sein, diese Zwischenprüfung zu bestehen, die sich rein erfahrungsmäßig — wie man jetzt schon an den Zwischenprüfungen feststellen kann — nicht am oberen Niveau einpendelt, sondern recht tief.

DISKUS: Dem ist entgegenzuhalten, daß politische Betätigung nicht Privileg von hochbegabten Studenten sein kann und der „Normalstudent" in der zweiten Phase des allgemeinen Studiums vermutlich sehr viel stärker belastet ist, so daß politische Betätigung dann noch viel weniger möglich sein wird.

RÜEGG: Das würde ich ernsthaft bestreiten. Erstens aus meiner eigenen Erfahrung, zweitens sehe ich nicht, wieso die zweite Phase stärker belastet sein soll; denn wenn wir diese Straffung so durchführen wie geplant, wird der Student meines Erachtens, was das rein Examensmäßige betrifft, weniger Schwierigkeiten haben, weil er dieses besondere examensmäßige Prüfen und Überprüftwerden in der Zwischenprüfung geübt hat und einen Teil der Fächer, wenn auch nicht abgewählt, so doch vorgewählt hat, so daß da die Differenz zwischen Zwischenprüfung und Hauptprüfung kleiner sein wird. Ich bin also überzeugt, daß eine politische Betätigung möglich sein sollte, umso eher, weil man ja — und ich meine, das ist vielleicht etwas, was man betonen muß — mit diesem Studium nicht schon den Nachweis einer wissenschaftlich selbständigen Leistung erbringen soll, also keine Dissertation und auch keine dissertationsähnliche Diplomarbeit. Man soll an einer selbständigen Arbeit, die man dann Diplomarbeit nennen kann . . .

DISKUS: Das heißt also, es können gute Seminararbeiten oder Hausarbeiten als Diplomarbeit angerechnet werden.

RÜEGG: Ja ob sie nun wirklich angerechnet werden im Einzelfall, das wird jede Fakultät und jede Prüfungsordnung verschieden beurteilen. Aber ich würde meinen, qualitativ wird eine Diplomarbeit einer guten Seminararbeit, die ja meistens auch eine dreimonatige Vorbereitung erfordert, ungefähr gleich sein.

DISKUS: Würden Sie soweit gehen zu sagen, daß sich damit die Tendenz einer Diskrepanz zwischen Forschung und Lehre abzeichnet?

RÜEGG: Ob man von einer Diskrepanz sprechen kann, frage ich mich. Der Anstoß dieser ganzen Reformbemühungen, die die Westdeutsche Rektorenkonferenz schon seit langem in verschiedenen Plenarversammlungen immer wieder angepackt hat, war — und das wird ja auch explizit in den Empfehlungen des Wissenschaftsrates gesagt —, daß leider insofern keine Diskrepanz besteht, als weder die Lehre noch die Forschung in den meisten Fakultäten so gut betrieben werden können, wie sie eigentlich betrieben werden sollten.

DISKUS: Wir meinen, daß eine Diskrepanz entstanden sein oder entstehen könnte, weil die Abschlußprüfung vom Wissenschaftsrat eine die Berufsfähigkeit bestätigende Prüfung genannt wird, also das obligatorische Studium für alle Studenten fernab vom Prozeß der Forschung in einer Art Paukgang — vier Semester zur Zwischenprüfung, vier Semester zum Examen — absolviert werden soll.

RÜEGG: Es wird die Berufsfähigkeit durch die Prüfung bestätigt. Eine akademische Berufsfähigkeit schließt selbstverständlich die Fähigkeit zur wissenschaftlichen Behandlung von irgendwelchen Problemen in sich. Der bisherige Charakter der deutschen Universitäten würde nur dann geändert werden, wenn wir statt einer Abschlußprüfung für ein akademisches und das heißt auf der Wechselwirkung von Lehre und Forschung beruhendes Studium eine Eingangsprüfung zu ganz bestimmten Berufen einrichten wollten.

DISKUS: In der Beschlußvorlage der Arbeitsgruppe II war die „Mitwirkung von Prüfern aus praktischen Berufen in angemessenem Umfang" vorgesehen. Dieser Passus, der unsere eben geäußerten Bedenken stützt, erscheint nicht in der von der Plenarversammlung gebilligten und veröffentlichten Entschließung. Etwa aus Scheu, mit offenen Karten zu spielen?

RÜEGG: Die Beteiligung von Praktikern an akademischen Abschlußprüfungen ist in der Plenarversammlung nur deshalb diskutiert worden, weil es einzelne Prüfungen, nämlich Staatsprüfungen gibt, in denen die Praktiker beteiligt sind. Der erwähnte Passus wollte diese Beteiligung einschränken. Wir haben ihn herausgestrichen, weil der Wissenschaftsrat selbst empfiehlt, daß auch die Staatsprüfungen als akademische Prüfungen gehandhabt werden sollten und daß die Prüfungen von den Lehrstuhlinhabern, das heißt von den akademischen Fachvertretern abgenommen werden sollten.

DISKUS: In den Empfehlungen des Wissenschaftsrates ist zwar vom „freieren Studium in der zweiten Phase" die Rede, und es wird behauptet, „die straffere Ordnung des Studiums und die am Ausbildungsziel sich orientierende Begrenzung der Studieninhalte werden die Studenten in die Lage versetzen, an der Forschungsarbeit ihrer Lehrer teilzunehmen". Wie aber soll das realisiert werden?

RÜEGG: Die Realisierung erheischt, daß die Studenten, wie das eben in der traditionellen Humboldt-Universität noch möglich war, in kleinen Seminaren, deren Teilnehmerzahl beschränkt wird auf 20 bis 30 und die dementsprechend vermehrt werden müssen, an der Forschung des Lehrers teilnehmen. Die Seminare sollen auch zahlenmäßig noch erhöht werden, und in der Hinsicht hat der Wissenschaftsrat auch Personalüberlegungen angestellt, die wir uns dann auch selbst zu eigen gemacht beziehungsweise übertragen haben. Zugleich kann man sagen, daß diese Beteiligung der Studenten am Seminar doch eine viel größere Freiheit impliziert, denn da soll er ja weniger als in den Anfängerübungen ganz bestimmte Methoden erlernen, sondern er soll an irgendeinem Forschungsgegenstand des Professors selbständig mitwirken.

DISKUS: Die Bedarfsfeststellung der notwendigen habilitierten Lehrkräfte, die solche Seminare leiten können, hängt auch ab von dem für die einzelnen Disziplinen vorgesehenen Lehrstoff. Hat sich die WRK in einer Studie damit beschäftigt, welche inhaltlichen Implikationen einer zunächst formalen Umstrukturierung sich ergeben? Das heißt also, nach welchen Kriterien soll eine Neudefinition des jeweiligen Lehrstoffes, damit zusammenhängend natürlich auch der Forschungsprogramme erfolgen? Polemisch gefragt: etwa nach den Kriterien der in der Abschlußprüfung zu ermittelnden Berufsfähigkeit, das heißt, orientiert an den ungeprüft von außeruniversitären Gruppen übernommenen Bedarfsvorstellungen?

RÜEGG: Die Fragestellung zeigt eigentlich schon, daß dieses Problem gar nicht von der Westdeutschen Rektorenkonferenz behandelt werden kann. Die WRK hat gemeinsam mit der Kultusministerkonferenz eine Kommission eingesetzt, die zur Aufgabe hat, Rahmenprüfungsordnungen auszuarbeiten, die nicht nur der Freizügigkeit des Studiums innerhalb von Deutschland oder der Bundesrepublik dienen sollen, sondern gleichzeitig auch die Reformbestrebungen in institutionelle Formen hineingießen sollen. Und dort wird nun schon seit einiger Zeit daran gearbeitet, nicht nur die Zwischenprüfungen oder Vordiplome, sondern auch die Schlußprüfungen derart in den Anforderungen zu konzentrieren und zu begrenzen, daß ein wissenschaftliches Studium ermöglicht wird, das von vornherein nicht auf besondere Berufseignungen hinzielt.

DISKUS: Entscheidend ist aber doch die Frage: Nach welchen Kriterien wird „entrümpelt"?

RÜEGG: Diese Prüfungsordnungen gehen zunächst darauf aus, die Prüfungsfächerzahl zu verkleinern. Es wird darüber hinaus versucht, das, was der Wissenschaftsrat „Exemplarische Prüfung" nennt, mindestens zu ermöglichen.

DISKUS: Nun sind den Plänen des Wissenschaftsrates zur Straffung des Studienablaufs solche von studentischer Seite vorausgegangen, die eine Sicherung der Studienfreiheit und der Chancengleichheit gewahrt wissen wollten. In jüngster Zeit ist es daher zu heftigen Protesten und hochschulpolitischen Aktionen gekommen, weil der Eindruck entstanden ist, daß der erhöhte, auf die Universität ausgeübte Leistungsdruck auf die Studentenschaft abgewälzt werden soll. Wurde bei der WRK-Plenarversammlung über diese Protestaktionen der Studentenschaft gesprochen, und wie sollen beziehungsweise werden die Universitäten ihnen begegnen?

RÜEGG: Wir haben seit längerer Zeit den Ministerien gegenüber klarzumachen versucht, daß eine pädagogische Einrichtung auch gewisse Größenverhältnisse respektieren muß. In diesem Sinne hatte ja bereits der Wissenschaftsrat 1960 neue Richtzahlen festgelegt, um das Verhältnis zwischen Lehrkräften und Studenten zu verbessern. Die Schwierigkeiten sind dadurch entstanden, daß sich gleichzeitig mit der Erhöhung des Lehrkörpers auch die Studentenzahlen so stark erhöht haben, daß das numerische Verhältnis sich erstens nicht verbessert hat; und zweitens konnten, weil das alles recht stürmisch ging, auch die notwendigen Strukturverbesserungen nicht erreicht werden. Ich zweifle nicht daran, daß der Leistungsdruck, der ja jetzt auch schon da ist, aber nicht durch Strukturen aufgefangen wird, sondern mit dem ganzen Gewicht auf eine atomisierte Studentenschaft fällt, in Zukunft — wie es ja die Aufgabe von Strukturen ist — durch diese aufgefangen werden wird.

DISKUS: Worin sehen nun Sie als neugewählter Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz die vordringlichen Aufgaben während der kommenden Amtsperiode? Wie beurteilen Sie die Chancen, den hochschulpolitischen Intentionen und den Entschließungen der WRK als — wie es in der WRK-Informationsschrift heißt — dem „Dolmetsch zwischen Universität und Gesellschaft" mehr Geltung und Gewicht in der Öffentlichkeit zu verschaffen? Und sehen Sie eine Möglichkeit, den Entschließungen der Plenarversammlung künftig zu einer größeren Verbindlichkeit bei den Mitgliedshochschulen zu verhelfen, oder wo sehen Sie Schwierigkeiten rechtlich-institutioneller Art?

RÜEGG: Was Sie zum Schluß erwähnt haben, schneidet das Problem der direkten oder repräsentativen Demokratie an: die WRK funktioniert, wenn man so will, wie eine mittelalterliche Landgemeinde; jede Empfehlung kommt so zustande, daß sämtliche Mitglieder der Fakultäten sich dazu äußern, und dann, wenn sie endlich auf der Bundesebene angelangt ist, geht sie wieder zurück und wird erneut diskutiert. Dieses Verfahren kann in einer modernen Gesellschaft überhaupt nicht mehr funktionieren. Wieweit man bereit ist, Kompetenzen zu delegieren auf gewählte Vertreter, das ist sicher auch die Schicksalsfrage — ich meine, nicht nur der Politik, wo man ja entsprechende Mechanismen gefunden hat, sondern auch bei solchen Selbstverwaltungsgremien wie der WRK. In den letzten zwei, drei Plenarversammlungen ist da eine ganz entschiedene Änderung erfolgt: die Rektoren betrachten sich nicht einfach als Briefträger und als Sprecher einer vorher eingeholten Meinung, sondern sie wagen es, aufgrund ihrer Einschätzung der Situation, auch in ihren Hochschulen gewisse Entscheidungen zu fällen, und riskieren es eben, sich vor ihren Senaten verantworten und unter Umständen die Konsequenzen ziehen zu müssen. Die größte Aufgabe besteht darin, daß neben den immer stärker werdenden Verwaltungsgremien, vor allem von staatlicher Seite, wozu ja auch der Wissenschaftsrat sehr stark mitzählt, die Selbstverwaltungskörperschaft, das ist die WRK, auch ein politisches Gewicht bekommt. Das bedarf einer inneren Reform schon in der Exekutive. Wir haben sie bereits eingeleitet durch die Erweiterung des Präsidialausschusses mit Referatsystem. Es bedarf auch eines Ausbaus von Zwischengremien wie der Landesrektorenkonferenzen. Das ist sicher kein einfacher Weg. Aber wenn die Hochschulen überhaupt noch eine gewisse korporative Verantwortung behalten und sich nicht einfach den staatlichen Zwängen ausliefern wollen, dann muß das geschehen.

DISKUS: Hängen die Schwierigkeiten nicht auch mit der Fluktuation zusammen, daß also, solange die Rektoren jeweils nur für eine kurze Zeit gewählt werden, dementsprechend die Zusammensetzung der WRK ständig wechselt und die Zusammenarbeit sich sehr viel schwieriger gestaltet.

RÜEGG: Eine gewisse Kontinuität, vor allem wenn es gute Leute sind, ist sehr erwünscht. An inhaltlichen Problemen gibt es leider sehr viele. Hier muß man nach Prioritäten vorgehen. Das dringlichste ist die Studienreform, also die schrittweise Neuordnung der Hochschule von unten nach oben, wobei die Förderung des akademischen Nachwuchses und die Demokratisierung des Verhältnisses von Lehrenden und Lernenden die eigentlichen Bedingungen dieser Reform darstellen. Als zweites müssen wir uns auseinandersetzen mit den Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Errichtung von Schwerpunkten. Damit könnte sich eine völlige Umstrukturierung des Hochschulaufbaus von oben her ergeben. Wenn nämlich die einen Hochschulen ausgestattet werden mit ganz großen wissenschaftlichen Schwerpunkten, und die anderen müssen auf die entsprechenden Fächer ganz verzichten, dann werden sich die einen Hochschulen zu bedeutenden wissenschaftlichen Zentren entwickeln, während die anderen langsam zu Colleges herabsinken. Hier stellt sich die Frage, ob gewisse Kooperationsformen möglich sind, so daß nicht nur das Niveau der verschiedenen Hochschulen einigermaßen gleichbleibt, sondern — und das ist noch viel entscheidender — daß das Reservoir von wissenschaftlichen Nachwuchskräften, das ja wegen der politischen und sozialen Struktur der Bundesrepublik sehr stark lokal bedingt ist, voll ausgeschöpft werden kann. Es ist eine noch fast wichtigere Aufgabe als die Studienreform, die Anforderungen der für die moderne Forschung notwendigen Schwerpunktplanung mit denjenigen einer demokratischen Wissenschafts- und Bildungspolitik zu vereinigen.

DISKUS: Wir danken Ihnen für das Gespräch.

Interview: Hilde Vogel und Rudolph Bauer

KOMMENTAR

Rationalisiert

Gründung und Ausbau neuer Universitäten brachte die Diskussion um Hochschulreformkonzeptionen erneut in Gang. Wissenschaftsrat und Kultusministerkonferenz legten weitere Gutachten vor zur Umstrukturierung des Lehrkörpers und zu einer Neudefinition des Lehrstoffes. Aber weder der Wissenschaftsrat, die Kultusministerkonferenz noch auch die Westdeutsche Rektorenkonferenz oder der Hochschulverband sind über eine rein formale Bedarfsanalyse hinausgekommen, deren marktwirtschaftlicher Charakter deutlich wird an Vokabeln wie: Bildungsökonomie, Rationalisierung des Wissenschaftsbetriebes, Umstrukturierung, Anpassung des Lehrangebots an die Anforderungen der modernen Industriegesellschaft.

Dergestalt empirische Untersuchungen sind ohne Zweifel eine wichtige Voraussetzung für realistische Reformbestrebungen, sie bleiben aber solange fragwürdig, wie die Untersuchungsmethoden, das heißt, Bestimmung des Untersuchungsfeldes und Auswertung der Ergebnisse, positivistisch sich orientieren an den bestehenden Verhältnissen.

Bislang fehlt jegliches kritisches Modell einer Universität, welches reformerischen Überlegungen als Korrektiv dienen könnte. Stattdessen holt man sich dort, wo der tradierte Anspruch der Universität auf universale herrschaftsfreie Forschung allzu deutlich gefährdet scheint durch die unkontrolliert von außerakademischen Gremien übernommenen Bedarfsvorstellungen, seine Legitimation bei Humboldt oder sonst aus dem 19. Jahrhundert. Daß allerdings die Freiheit von Lehre und Forschung dort, wo sie durch keinerlei inhaltliche Vorstellungen abgesichert ist, zum bloßen Aushängeschild wird, scheint man geflissentlich zu übersehen.

Dieser Widerspruch läßt sich beispielsweise ablesen an dem Programm, durch Abbau der Ordinariate und weitgehende Verlagerung von Forschungs- und Lehraufträgen auf den akademischen Mittelbau optimale Arbeitsbedingungen an den Hochschulen zu schaffen. Auf den ersten Blick scheint es sich hier um eine progressive Konzeption zu handeln, auf den zweiten wird die angestrebte Freiheit zur Rationalisierung eines zementierten bürokratischen Apparats: Der Konflikt zwischen Ordinarien und Nichtordinarien ist lediglich verlagert auf den Mittelbau, welcher den Ordinarien zwar die Arbeit abnehmen darf, aber nach wie vor seinen Weisungen unterstellt ist.

Die Reform wäre demnach keine qualitative sondern eine rein quantitative. Alles bleibt beim alten, nur besser verschleiert als bisher.

Hilde Vogel

LSD/RCDS/SHB

Märzenbecher

Die studentischen Politverbände der drei im Bonner Parlament vertretenen Parteien hatten im März auf Bundesebene ihre jährlichen ordentlichen Delegiertenversammlungen (DV) einberufen: der Sozialdemokratische Hochschulbund (SHB) seine 8. DV nach Bochum, der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) nach Heidelberg seine 17. DV und die 21. der Liberale Studentenbund Deutschlands (LSD) nach Marbach.

Wie berichtet, hatte sich Ende Januar der SHB auf einer außerordentlichen Konferenz in Duisburg eine gesamtgesellschaftliche Analyse und konkrete theoretische Arbeit vorgenommen (DISKUS 2/67 S. 6: . . . links fallenlassen). Vom LSD wurden in Marbach mit dem Deutschland-Memorandum 1967 und dem Aktionsprogramm zur Wirtschafts- und Sozialpolitik ernstzunehmende Ansätze der wissenschaftlichen Diskussion politischer Fragen vorgelegt. Und für den RCDS forderte Schönbohm in Heidelberg: „Wenn wir mit wissenschaftlicher Methode politische Phänomene untersuchen und so zu Ergebnissen kommen wollen, dann dürfen diese nicht vorher präjudiziert werden."

Nun wird sich zeigen müssen, wie deklamatorisch oder aber wichtig der RCDS sein bildungspolitisches Programm nimmt: die Forderungen nach der kulturpolitischen Rahmenkompetenz des Bundes, nach der Volksschulreform („Gemeinschaftsschule als Regelschule"), zum Schulfernsehen und Telekolleg, nach dynamischer Honnef-Förderung und paritätischen (!) Studienreform-Kommissionen, nach Studiengeldfreiheit; schließlich die Erarbeitung einer kritischen Studie zum Wissenschaftsrat-Gutachten vom 14. 5. 1966.

In den Beziehungen zwischen BRD und DDR befürwortet der RCDS Gespräche auf Ministerebene, er fordert die KPD-Zulassung (desgleichen der SHB) und spricht sich für Kontakte zur FDJ aus. Aber er schweigt zur Notstandsgesetzgebung (erwähnt allerdings „Sicherungen gegen innere und äußere Notstände", wozu die Große Koalition in der Lage sei, als Grund, weshalb er die CDU/SPD-Regierung billigt), schweigt zu Vietnam, schweigt zur Oder/Neiße-Frage (befürwortet die Ostpolitik der Bundesregierung), schweigt zum Alleinvertretungsanspruch, schweigt zur Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Nicht so SHB und LSD, die Notstandsgesetze und den Alleinvertretungsanspruch, die Staat/Kirche-Liaison und den Vietnamkrieg ablehnen, für die Anerkennung der Oder/Neiße-Grenze, für innerparteiliche Demokratie und Mitbestimmung plädieren.

b-ert

VDS-VERSAMMLUNG

Beschluß - Sachen

Zunächst waren 33 Hochschulen dafür, 30 dagegen. Dann obsiegte die Fronde der 33 mit 222 gegen 78 Stimmen bei 16 Enthaltungen nach einer langen, heißen Debatte. Die 19. ordentliche Mitgliederversammlung des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS) hatte einen Beschluß gefaßt, dessen Kernsatz lautet: „Die Studentenschaft ist über den hochschul- und bildungspolitischen Bereich hinaus zu verantwortlichem politischem Handeln verpflichtet."

Da aber politisch verantwortliches Handeln unter westdeutschen Studenten eine Beschluß-Sache und nicht selbstverständlich ist, wird trotz des herbeigeführten Konsensus von rund Zweidrittel der studentischen Hochschulvertreter der Meinungsstreit über die politische Verantwortung der Studentenschaften weitergehen. Schon hat der RCDS auf seiner Heidelberger Delegiertenversammlung Einspruch erhoben und das politische Mandat abgelehnt: „Die Ausübung solcher Funktionen ist Sache jedes einzelnen Studenten und privatrechtlicher Studentenvereinigungen."

Gerade weil derart Einwände mit Sicherheit zu erwarten waren und sind, ist das hohe Abstimmungsergebnis für das Politmandat Zeichen des wachsenden Unmuts der Studentenschaftsvertreter über die ihnen mit Gönnergeste zugemutete Rolle von selbstverwalterischen Hagestolzen mit SMV-Erfahrung. Obendrein haben sich die Studentenschaftsvertreter bei ihren Mandanten den zweifelhaften Ruf zugezogen, eine wenig effektive Nebenbürokratie des altehrwürdigen Uni-Apparates geworden zu sein; seiner erwehrt man sich durch Ignorieren, siehe: Beteiligung an Parlamentswahlen.

Eine Befürchtung hemmt derweil weiterhin das politische Engagement: Der unpolitische Student könnte sich noch mehr (geht das?) von den Organen der Studentenschaft distanzieren, und die Vorstellung könnte sich ausbreiten, eine Clique mandatloser Funktionäre ergehe sich im politischen Sandkastenspiel. Im kommenden Semester muß es sich erweisen, ob die VDS-Mitgliederversammlung ein sich alljährlich weiderholendes Springturnier von in der Selbstverwaltung versierten Dressur-Reitern ist.

Vom 26. Juni bis 1. Juli veranstaltet der VDS an allen Universitätsstädten Seminare und Großkundgebungen, in denen die Position der Studentenschaft zur Notstandsgesetzgebung erarbeitet werden soll. Ebenfalls will die gesamte Studentenschaft eine neue „Aktion 1. Juli" starten, wobei die Bundesregierung aufgefordert werden soll, entscheidende Schritte zu einer bundeseinheitlichen Bildungs- und Ausbildungsförderung zu unternehmen.

Die Kritik an der Bundesregierung („Die Behauptung, Bildungspolitik genieße in der Bundesrepublik politische Priorität, ist eine bewußte Täuschung") wurde auf der Mitgliederversammlung des VDS ergänzt durch massive Stellungnahmen an die Adresse des Wissenschaftsrates und der Westdeutschen Rektorenkonferenz.

Zu dem Gutachten des Wissenschaftsrates zur „Neugliederung des Studiums" verabschiedete die Versammlung eine Resolution, wonach die Studenten die Empfehlungen wegen der in ihnen enthaltenen Widersprüche und Inkonsequenzen nicht als Grundlage für eine Studienreform akzeptieren. Die Widersprüche zeigten sich am deutlichsten in dem Bruch zwischen der allgemeinen Bestimmung des Ausbildungsziels und den Begründungen der Einzelmaßnahmen.

Indem der Wissenschaftsrat die isolierten pragmatischen Maßnahmen, die gegenwärtig in der Reformpraxis der Hochschulen dominieren, aufgreife und zu einem System bündele, werde eine wissenschaftspolitische Konzeption entwickelt, die mit den Prinzipien zur Bestimmung der Studienziele unvereinbar sei. Eine Neuordnung des Studiums könne nicht dekretiert, sondern müsse als kontinuierlicher Prozeß gesehen werden, den die öffentliche Diskussion zwischen Lehrenden und Lernenden zu tragen habe.

Die Rektorenkonferenz, die sich im März auf ihrer 57. Plenarversammlung zu den Vorschlägen des Wissenschaftsrates geäußert hatte (siehe Kommentar und DISKUS-Gespräch S. 5), machten die Studentenschaftsvertreter dafür verantwortlich, wenn die weitere Einführung des Numerus clausus nicht verhindert wird. Ein Hindernis für eine schlagkräftige Interessenvertretung der Studenten bilde vielfach auch das Eigenleben der Fachschaften, deren Vertreter zumeist von einer erschreckenden Unkenntnis über die derzeitigen Probleme der studentischen Politik sind.

Die Göttinger VDS-Mitgliederversammlung hatte während ihrer diesjährigen Sitzungen über 100 Beschlüsse verabschiedet. Neuer Vorsitzender des VDS wurde der 25jährige Theologiestudent Hans Joachim Haubold von der Bochumer Ruhr-Universität. Stellvertreter wurden: Gerhard-Wolfgang Schellenberg (Frankfurt/M.), zuständig für Sozialfragen, Otto Herz (Hamburg) für Hochschul- und Studentenfragen, Uwe Spanger (Saarbrücken) für internationale Beziehungen. Kurt Nevermann (Berlin) sitzt dem politischen Ausschuß vor. H. G. B.

●

Ein Wartburgfest auf westdeutschem Boden wollen der Verband Deutscher Studentenschaften und die Deutsche Burschenschaft zur 150. Wiederkehr dieses studentischen Tages in Göttingen vorsehen. (FAZ)

Foto: dpa

LSE - Sit-in: Aufsehen in Fleet Street

LONDON SCHOOL OF ECONOMICS

Blumen für Bloom

Die Chiffre „LSE" steht für einen neuen Herd der Studentenunruhen in einem hochindustrialisierten Land des Westens: die London School of Economics and Political Science. Der Slogan eines Transparents der streikenden Londoner Studenten: „Berkely – 1966, LSE 1967" überschreibt die Tendenz: die Auseinandersetzungen zwischen den Studenten und der Universitätsbürokratie und ein neuer Proteststil greifen von Amerika auf Europa über. Godula und Stephen Castles, Studenten an der Londoner Wirtschaftsuniversität und mit den dortigen Verhältnissen vertraut, berichten aus London.

Zehn Tage lang wurde die London School of Economics durch ihre Studenten besetzt. Anlaß dieser spontanen Demonstration, die schließlich in einen Kampf um die grundlegenden Rechte der Studenten auslief, waren die willkürlich gegen zwei Studentenvertreter verhängten Sanktionen im Anschluß an eine Auseinandersetzung zwischen den Studenten und der LSE-Direktion. Die Aktionen weiteten sich schnell aus, und alle möglichen Methoden wurden angewendet, um die Öffentlichkeit aufmerksam zu machen: Sit-in, Boykott, Hungerstreik und Lobbying.

Englands prominenteste Wirtschaftsuniversität wurde im 19. Jahrhundert als linksliberaler Gegenpol zu der damals in der Lehre herrschenden bürgerlichen Manchester School gegründet und hat heute noch den Ruf, auf beispiellose Weise die freie Lehre in Wirtschaftswissenschaft und Politik zu bewahren. Das LSE-Gebäude liegt außerdem in unmittelbarer Nähe der Fleet Street, dem Zentrum der englischen Tageszeitungen und des Fernsehens. Dieses und weil man in den Unruhen eine Fortsetzung sah zu der Reihe von Konflikten, wie sie an verschiedenen Universitäten in Frankreich, Spanien, den USA und an der FU Berlin schon früher Aufsehen erregt hatten, halfen das Interesse der Öffentlichkeit zu beanspruchen.

Begonnen hat der Kampf an der LSE mit der Ernennung Dr. Walter Adams' als künftigen Rektor der Anstalt. Dr. Adams ist gegenwärtig Rektor an der Universität von Salisbury in Rhodesien und hat nach Informationen der LSE-Studenten die Apartheidspolitik des Smith-Regimes unterstützt. In einem Pamphlet, das am 17. Oktober 1966, einem Montag, erschienen ist und nach 30 Minuten bereits vergriffen war, machten die Studenten die Öffentlichkeit mit der Tätigkeit Dr. Adams' in Rhodesien bekannt. Am darauffolgenden Freitag billigte die Students Union (sie entspricht etwa dem AStA) mit überwiegender Mehrheit einen Antrag, der die Berufung Dr. Adams' ernstlich in Frage stellte; die Students Union hatte sich zur aktiven Opposition verpflichtet, falls Dr. Adams nicht innerhalb von 18 Tagen zufriedenstellend auf die gegen ihn erhobene Kritik antworten würde.

Die Forderung der Students Union quittierte der Court of Govenors (Aufsichtsrat) und der Rektor mit einem Tadel. Es sei nicht Sache der Studenten, zu personellen Fragen der Universität Stellung zu nehmen. Dr. Adams gegenüber wurde versichert, daß er seine politische Haltung auf keinen Fall vor den Studenten zu verteidigen habe und sich damit die Beantwortung des von den Studenten verfaßten Schreibens erübrige. Von diesem Zeitpunkt an hatten die Unruhen an der LSE nicht mehr allein die Berufung von Dr. Adams zum Gegenstand. Für die Studenten ging der Kampf jetzt um die Frage nach der Autorität der Direktion und nach dem Recht der Studenten auf Mitbestimmung in ihren eigenen Angelegenheiten.

Die Studenten hatten sich für ihre Mitbestimmungsrechte entschieden, als sie sich auf dem Wege der direkten Demokratie gegen die Berufung von Dr. Adams ausgesprochen hatten. Die Direktion der LSE versuchte dagegen ihre Machtposition mit allen Mitteln zu verteidigen. Lord Bridges, Vorsitzender des Court of Govenors, griff die Studenten in einem Brief an die „Times" an und betonte, daß eine Antwort von Dr. Adams weder nötig noch wünschenswert sei. Dagegen wurde dem Vorsitzenden der Students Union, David Adelstein, durch Rektor Sir Sidney Caine verboten, ebenfalls in der „Times" Stellung zu nehmen; die Verfassung der LSE stellt dies durchaus in den Kompetenzbereich des Rektors. David Adelstein widersetzte sich dem Verbot. Ein Verweis durch den Disziplinarausschuß (Board of Disciplin) war die Folge. Diese Art Privatgericht der Anstalt steht im krassen Gegensatz zum englischen Rechtssystem, das jedem Verurteilten das Revisionsrecht zuerkennt. Obwohl auch ein institutionalisiertes Schlichtungsverfahren fehlt, war es früher zu keiner ernsthaften Auseinandersetzung über die autoritäre Struktur der LSE gekommen. Die Anstalt zeichnete sich vielmehr durch gute Studienbedingungen und ein hohes akademisches Niveau aus. Beides hat sich inzwischen verändert.

Die Dozenten sind schlecht bezahlt, und gerade weil sie noch zu den besten Wissenschaftlern gehören, nehmen sie außerhalb der Universität als Wirtschaftsberater, in der Forschung oder im Rundfunk Aufgaben wahr und vernachlässigen ihre Lehrtätigkeit. Auch die engen Gebäude der Schule im Geschäftszentrum Londons fassen nicht mehr die wachsende Zahl der Studenten – und so wurde die Forderung nach Mitverwaltung der Studenten nicht zufällig gerade jetzt gestellt.

Die Forderung nach studentischer Mitbestimmung, die von den Londoner Studenten wie von denen in Berkeley und Berlin proklamiert wird, formulierte David Adelstein programmatisch. Das Studium sei nicht mehr ein Privileg der kleinen Minderheit, die Universität kein weltfremder Elfenbeinturm. Zum Studium sei ein zunehmender Teil der Bevölkerung nicht nur berechtigt, sondern es stelle eine gesellschaftliche Notwendigkeit dar. Wie in jeder anderen Sphäre des sozialen Lebens bestehe auch an der Universität das Recht und die Notwendigkeit auf Selbstbestimmung und Mitentscheidung in den eigenen Angelegenheiten. Für die Studenten der LSE heiße das, mitzuentscheiden über die Gestalt der Universität, über die Form der Verwaltung und über die Zusammensetzung des Lehrkörpers, denn sie seien in erster Linie die davon Betroffenen.

Angesichts der Forderung der Studenten nach Mitbestimmung trieb die Auseinandersetzung zwischen der Studentenschaft und der Direktion ihrem Höhepunkt zu. Für den 31. Januar 1967 hatten die Studenten eine Versammlung einberufen, in der sie die Aktionen gegen die Berufung Dr. Adams' beraten wollten. Anderthalb Stunden vor ihrem Beginn verbot Rektor Caine die Versammlung mit der Begründung, sie könne zu Gewalttätigkeiten führen. Damit verletzte der Rektor selbst das liberale Prinzip der Rede- und Versammlungsfreiheit und lieferte den Studenten den eigentlichen Grund ihres Kampfes.

Die fünfhundert Studenten, die sich nichtsahnend vor den Türen des von den Portiers verbarrikadierten Hörsaals eingefunden hatten, waren nicht gewillt, sich der autoritären Maßnahme des Rektors zu beugen, und bahnten sich durch die Reihe der Türhüter den Weg in den Hörsaal. Bei Kerzenschein, da die Direktion die Generalsicherung des Hauses hatte ausschalten lassen, diskutierten sie. Dann traf die Nachricht ein, daß einer der Portiers – der Rektor hatte ihm zuvor angeraten, aufgrund seines Herzleidens nicht an den Aktionen teilzunehmen – einen Herzanfall erlitten hatte und verstorben war. Die Versammlung wurden betreten aufgelöst.

Den Zeitungen, die mit der Autorität sympathisierten, diente dieser Vorfall als willkommener Anlaß, gegen „die unverantwortlichen und gewalttätigen Studenten" zu wettern. Rektor Caine kostete seinen scheinbaren Sieg aus und ließ am Tage des Begräbnisses „des ersten Opfers" das Gebäude der LSE schließen. Die Studenten glaubte er nunmehr endgültig mundtot machen zu können, indem er zu dem Zeitpunkt, da sich die öffentliche Meinung gegen sie richtete, zum Gegenangriff überging.

Vor dem Disziplinarausschuß, dem er selbst angehört, beschuldigte er Marshall Bloom, den Präsidenten der Graduate Students Association, David Adelstein, den Präsidenten der Students Union, und vier andere Studenten wegen Ungehorsams und Anstiftung zum Ungehorsam. Die Studenten, die auf die Nachricht vom Tode des Portiers anfangs mit Bestürzung reagiert hatten, erkannten bald, daß für die Ereignisse vom 31. Januar nicht sie verantwortlich zu machen waren. Sie wollten es nicht zulassen, daß ihre Vertreter für etwas bestraft würden, was sie gemeinsam in spontaner Aktion beschlossen und ausgeführt hatten.

Die Entscheidung fiel am 13. März, einem Montag. Marshall Bloom und David Adelstein wurde es verboten, bis zum Ende des Sommersemesters die Universität zu betreten. Für Bloom hätte das bedeutet, daß er sein während dieser Zeit vorgesehenes Examen nicht würde ablegen können. Die Students Union berief sogleich am Montag eine Sitzung ein und beschloß, die Vorlesungen zu boykottieren und ein Tag-und-Nacht-Sit-in zu veranstalten.

Die Nacht von Montag auf Dienstag verbrachten bereits mehr als zweihundert Studenten bei Bier und Folkmusic auf den Gängen des Universitätsgebäudes. Weder die Aufforderung von Rektor Caine, „vernünftig" zu sein und nach Hause zu gehen, noch seine Drohungen, die Polizei zu Hilfe zu rufen, schüchterten die streikenden Studenten ein. Die Studenten der zweiten Nacht im LSE-Gebäude versuchten, den Kampf zu eskalieren. Am Mittwochmorgen besetzten sie das Connaught House, den Sitz der LSE-Verwaltung, wo die Polizei sie einzeln aus dem Gebäude tragen mußte.

Caine und sein Disziplinarausschuß beantworteten die Aktion mit einer pauschalen Suspendierung aller Teilnehmer. Mehr als hundert Studenten mußten damit rechnen, daß man sie aufgrund von Photos identifizieren und ihnen das Betreten der Universität verbieten würde. Caine's Maßnahme erhöhte jedoch die Solidarität der Studenten, und auch diejenigen, die bislang auf den beinahe ununterbrochen tagenden Sitzungen für Kompromißlösungen plädiert hatten, sahen ein, daß von der anderen Seite kaum ein Entgegenkommen zu erwarten war. Allen Beteiligten wurde es deutlich, daß der Kampf nicht mehr einfach durch eine schnelle Entscheidung des Disziplinarausschusses beendet werden konnte, auch wenn dieser jetzt plötzlich den anfänglich gestellten Forderungen entsprochen hätte.

Die Aktionen hatten es sich inzwischen zum Ziel gemacht, eine neue Verfassung durchzusetzen, um es einer kleinen Clique von autoritären Bürokraten nicht noch in Zukunft möglich zu machen, nach Belieben Studenten von ihrem Studium abzuhalten: „Erst wenn die Studenten selbst über ihre Angelegenheiten entscheiden dürfen, wird der Konflikt gelöst sein." Die LSE-Studenten begannen sich für eine längere Periode im Universitätsgebäude zu etablieren; sie bildeten einen Organisationsausschuß zur Lebensmittelbeschaffung.

Gleichzeitig erkannten auch die Studenten anderer Universitäten, daß an der LSE eine prinzipielle Frage entschieden wurde. Zahlreiche Lodoner Colleges schickten Vertreter, die ihre Solidarität persönlich erklärten, und aus allen Teilen des Landes trafen Grußbotschaften ein. Großes Echo fand die Nachricht, daß der Verband Deutscher Studentenschaften aus der Bundesrepublik und die Studentenschaft der FU Berlin sich hinter die boykottierenden Studenten der LSE stellten. Am 17. März fand in Londons Straßen eine Solidaritätsdemonstration statt, bei der fast 3 000 Studenten aus allen Teilen Englands teilnahmen. Zum Zeichen der Solidarität trugen die Protestmarschierer blühende Osterglocken. Motto: „Blooms for Bloom".

Die Haltung der Öffentlichkeit den Studenten gegenüber war geteilt. Zahlreiche Dozenten forderten die suspendierten Studenten persönlich auf, an ihren Vorlesungen und Seminaren teilzunehmen. Prominente englische Wissenschaftler spornten die Studenten durch Grußbotschaften zum Weiterkämpfen an. Bertrand Russell und die Witwe des Politologen und früheren Leiters der LSE, Harold J. Laski, unter dem die Schule in den dreißiger Jahren ihre größte Epoche erlebt hatte, solidarisierten sich. Auf der anderen Seite wurde erklärt, daß die Steuerzahler es müde seien zu sehen, wie ihr Geld für Faulenzer und Müßiggänger hinausgeworfen werde, zumal diese – wie als Gerücht verbreitet wurde – nur von ein paar amerikanischen und anderen ausländischen Störenfrieden angeführt werden. (Tatsächlich ist Bloom Amerikaner, und Adelstein war erst vor sechs Jahren aus Südafrika eingewandert.) Angesichts der Vorfälle an der LSE, so argumentierte flugs der stellvertretende Erziehungsminister Howell, sei die Maßnahme der englischen Regierung gerechtfertigt, die Jahresgebühren für ausländische Studenten von 70 Pfund (ca. 800 DM) auf 250 Pfund (ca. 3000 DM) zu erhöhen.

Aber ebenso ungerechtfertigt wie der Vorwurf, die Studenten seien nur von Ausländern angestiftet worden, waren die Versuche der Zeitungen, die Studentenunruhen als linksradikale Umtriebe abzutun. Das Vorgehen der Studenten wurde in direkter demokratischer Aktion beschlossen und mit beispielloser Spontaneität ausgeführt. Es ist auch unwahrscheinlich, daß von dem konservativen Vorsitzenden der Students Union, der David Adelstein abgelöst hatte, eine linke Infiltration hätte ausgehen sollen.

Am Ende des Semesters, knapp zwei Wochen nach Beginn des permanenten Sit-in, war die Direktion wegen der unerbittlichen Haltung der Studenten zu einem Kompromiß bereit. Die beiden Studentenvertreter erhielten die Zusicherung, daß sie, sollten sie sich weiter nichts zuschulden kommen lassen, ab Ende Mai ihr Studium wieder aufnehmen dürfen. Die Suspendierung der anderen Studenten wurde auf eine Buße von 5 Pfund ausgesetzt. Man versprach den Studenten ferner die Bildung eines neuen Disziplinarausschusses, der – so lauten die offiziellen Vorschläge – aus je zwei Vertretern der Verwaltung, des Lehrkörpers und der Studentenschaft bestehen soll und gegen dessen Entscheidungen Berufung eingelegt werden kann.

Trotz der erheblichen Zugeständnisse sind die Studenten noch nicht zufriedengestellt. Ihrer anfänglichen Forderung, die ungerechtfertigte Bestrafung ihrer Vertreter *aufzuheben*, ist der Rektor nicht nachgekommen.

Das Sit-in mußte am Semesterende unterbrochen werden. In den Ferien wurden neue Methoden ausgearbeitet, die zu einem kompromißlosen Sieg führen sollen. Man hat die Errichtung einer „freien Universität" erwogen, in der die Studenten nicht nur ihre Angelegenheiten selbst verwalten, sondern auch eine Reform des Lehrprogramms durchführen können, die nach Ansicht der meisten infolge der jahrzehntelangen Stagnation der Universität notwendig geworden ist. Eine große Anzahl der Dozenten hat sich schon bereitgefunden, an einem solchen Experiment mitzuarbeiten.

Ob die „freie Universität" die einzige Lösung bleibt und das Programm durchführbar ist, hängt sowohl von der Haltung ab, die die LSE-Direktion in Zukunft einnehmen wird, als auch von der Kampfesbereitschaft der Studenten zu Beginn des neuen Semesters. Spontaneität läßt sich nicht planen, man kann nur abwarten.

Godula und Stephen Castels

news
NACHRICHTEN KOMMENTARE

Der IX. IUS-Kongreß findet im April in Ulan Bator, der Hauptstadt der Mongolei, statt. Der Kongreß der International Union of Students (Prag) war ursprünglich für November vergangenen Jahres geplant. (NSPCI News Features)

Die International Student Conference (ISC) entsendet keine Delegation zu dem im April stattfindenden Kongreß der International Union of Students (IUS). Ihre Haltung begründet die ISC unter Hinweis auf eine von der IUS publizierte Erklärung, in der die Integrität und Politik der in der ISC zusammengeschlossenen nationalen Studentenverbände angegriffen würden. (ESPB-Bulletin)

Der Burschen- und Altherrentag 1967 der Deutschen Burschenschaft und der Vereinigung alter Burschenschafter findet vom 16. – 20. Mai in Landau/Isar statt. (Burschenschaftl. Blätter)

Mehr als 2000 Studienbewerber der Medizin und Zahnmedizin erhalten zu Semesterbeginn einen ablehnenden Bescheid von den Universitäten und Hochschulen, an denen sie sich beworben hatten. (Die Welt)

Affären

007 als Student

Die National Student Association (NSA), mit 1 300 000 Mitgliedern der größte amerikanische Studentenverband von liberalem Image, ist entlarvt. Das Außenministerium in Washington mußte zugeben, daß seit 1952 bis zum Jahre 1966 die Auslandsarbeit des Nationalen Studentenverbandes zum größten Teil aus Regierungsmitteln durch die amerikanische Zentrale Abwehrorganisation (CIA) unter dem Deckmantel privater Organisationen finanziert worden ist. Die Subventionen sollen in einigen Jahren bis zu 400 000 Dollar betragen haben, insgesamt etwa 3 Millionen, erklärte der NSA-Vizepräsident Sterns.
Das in San Francisco erscheinende Nachrichtenmagazin der Neuen Linken, „Ramparts", hat berichtet, daß die amerikanische Abwehr Einfluß auf amerikanische Studentenführer ausgeübt und Studenten zur Spionagetätigkeit im Ausland mißbraucht hat. Die Beziehungen zwischen CIA und NSA waren soweit gediehen, daß der CIA den Studentenverband als „verlängerten Arm der amerikanischen Außenpolitik" behandeln konnte. Verschiedentlich sind ehemalige Funktionäre des Verbandes in Regierungsämtern untergekommen und bekleiden zum Teil wichtige diplomatische Auslandsposten.
Auch ausländische Studenten wurden während ihres Studiums in den USA erpreßt und für Spionagedienste gegen ihr Heimatland mit bis zu 10 000 Dollar im Jahr bezahlt. Der Geheimdienst hat für dieses Programm sechs vollbeschäftigte Agenten abgestellt. Sie arbeiten über Tarnorganisationen und Universitätsprofessoren, die mögliche Kadidaten unter den ausländischen Studenten vorschlagen. Die Querverbindungen zwischen dem CIA und der NSA lassen auch einige noble US-Stiftungen zwielichtig erscheinen.
Bekannt wurde, daß eine Reihe von wissenschaftlichen Arbeiten, die amerikanische Professoren im Ausland vornehmen, zumindest teilweise eher den Sonderinteressen des US-Geheimdienstes dienen. Einer Meldung der „Washington Post" zufolge hat auch die amerikanische Zeitungsgewerkschaft der Journalisten seit 1961 etwa eine Million Dollar vom CIA erhalten. Finanziert wurde auch der Internationale Bund der Freien Gewerkschaften, dem der Deutsche Gewerkschaftsbund angeschlossen ist. Bei dessen Bundesvorstand arbeiteten jahrelang im Auftrag der US-Gewerkschaft AFL sogenannte „Berater".
Insgesamt sind bisher mehr als 40 amerikanische, ausländische und internationale Gewerkschaften, Stiftungen, Flüchtlings-, Rundfunk- und Verlagsorganisationen genannt worden, die vom CIA finanziert und infiltriert worden sind. Inzwischen soll Präsident Johnson den CIA angewiesen haben, alle Zuwendungen an Studentengruppen zu stoppen, doch berichtete unlängst ein Sprecher des Studentenverbandes, der CIA werde die Zahlungen nicht einstellen und habe Mitglieder der NSA, die möglicherweise auf die Verbindung zu ihrem Geldgeber verzichten wollten, unter Druck gesetzt und mit persönlichen Drohungen eingeschüchtert. Allen früheren und gegenwärtigen Funktionären des Verbandes seien Schweigeeide abverlangt worden.
Der ehemalige FU-Student und Journalist Leslie R. Colitt berichtete in der „New York Times" über seine Erfahrungen mit dem CIA in West-Berlin. Das Studentendorf Schlachtensee hätten die amerikanischen Geheimdienstleute als Rekrutierungsfeld für Freizeit-Agenten mißbraucht, vorzüglich zur Anwerbung von Studenten aus den USA und den Entwicklungsländern. Dazu habe der CIA einen engen Kontakt mit der Polizei und Universitätsstellen unterhalten. Der Verband Deutscher Studentenschaften hat inzwischen bei der International Student Conference (ISC) in Leyden/Holland die Suspendierung der NSA als Mitglied dieser Organisation verlangt. Nachdem nunmehr bekannt wurde, daß auch die ISC vom CIA Gelder erhalten hat, will der VDS die Organisation verlassen, sobald geklärt ist, ob deren Politik vom amerikanischen Geheimdienst beeinflußt wurde.

Scharfe Sachen

BONN. 10 000 Mark einer steuerbegünstigten Industriespende in Höhe von insgesamt 25 000 Mark „für Forschungsaufgaben" disponierte der Rektor einer nordrhein-westfälischen Universität für Sekt, Wein, Spirituosen, alkoholfreie Getränke, Tabak und Lebensmittel. Das kritisierte der nordrhein-westfälische Landesrechnungshof in seinem Prüfungsbericht für das Haushaltsjahr1964, den er jetzt veröffentlichte. Der Rechnungshof nannte diese Art von Disposition „bestimmungswidrig". Wie aus dem Prüfungsbericht ferner hervorgeht, bewilligte das Kultusministerium einem Universitätsprofessor zum Bau eines Einfamilienhauses für 110 000 Mark eine Hypothek von 100 000 Mark, die mit einem Zins von vier Prozent und einer Tilgungsrate von 1,5 Prozent belastet ist.
(Frankfurter Rundschau vom 28. 1. 1967) – Die im Prüfungsbericht getadelte, aber ungenannte Universität wurde nicht von den einheimischen Blättern, sondern von auswärtigen Zeitungen bald ausfindig gemacht. Die Hochschule bekannte sich zu den Sünden der Vergangenheit, indem sie mit einer öffentlichen Rechtfertigung ihr Prestigeschild blankzuwischen suchte: Die Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn. Der Name des Rektors, unter dessen Ägide finanzielle Mittel zweckentfremdet wurden, steht nicht zum erstenmal im Zielfeuer öffentlicher Kritik: Es ist der Germanist Professor Hugo Moser. (Die Zeit vom 10. 3. 1967)

Blindgänger

BERLIN. Berliner Polizei: Verschwörer planten Bombenanschlag auf US-Vizepräsidenten / Elf Personen in Gewahrsam genommen / „Beweismaterial sichergestellt". – Studenten bestreiten Attentatsplan / Nur Rauchkerzen für Humphrey in Berlin? / Drei Festgenommene frei. – Alle „Verschwörer" freigelassen / Richter: Keine Haftgründe / „Studenten wollten nur Schlagsahne werfen". (Überschriftenfolge der Frankfurter Rundschau vom 6., 7., 8. 4. 1967)

Reformen

Fakultätsstühle besetzt

HAMBURG. Einen Teilerfolg erfocht die Studentenschaft der Hamburger Universität nach siebenjährigem Tauziehen in der Frage der Erweiterung ihrer Mitverwaltungsbefugnisse auf Fakultätsebene. In Anträgen an den akademischen Senat hatte der AStA im Namen der Studentenschaft gefordert: 1. die Beteiligung zweier delegierter Studenten „mit Sitz und Stimme in studentischen Angelegenheiten" an den Fakultätssitzungen, sowie 2. die Einrichtung paritätisch (mit je drei Professoren und Studenten) besetzter Arbeitsgemeinschaften auf Fakultätsebene zur Erörterung grundlegender Fragen der Studienreform. Neben der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät hat auch die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät beschlossen, zwei delegierten Studenten Sitz und Stimme bei den Fakultätssitzungen zu gewähren. Die Medizinische und die Theologische Fakultät haben den Studenten nur eine beratende Stimme einschließlich Antragsrecht zugestanden. Die Juristische Fakultät gewährt den Studenten ebenfalls nur beratende Stimme, verweigert darüber hinaus sogar das Antragsrecht. Die Philosophische Fakultät stellt es schließlich in das Ermessen des Dekans, Studenten überhaupt zu beteiligen, ohne die Frage des Stimmrechts oder auch nur die Übertragung von Einzelrechten zu klären. Paritätisch besetzte Arbeitsgemeinschaften zwischen Professoren und Studenten sind lediglich in der Mathematisch-naturwissenschaftlichen und der Medizinischen Fakultät beschlossen worden. So dürftig dies Ergebnis anmutet, wird es doch als ein augenfälliger Erfolg für die Studentenschaft in der vorläufig letzten Runde eines siebenjährigen Kampfes gewertet. (VDS-info)

Proteste

Lücke: Hispania felix!

BERLIN. Der AStA der Freien Universität Berlin hat Bundesaußenminister Brandt in einem Schreiben aufgefordert, zu Bemerkungen über Spanien Stellung zu nehmen, die Bundesinnenminister Lücke in einem Rias-Schulfunkgespräch äußerte. Lücke hatte unter anderem erklärt, daß es keine Demokratie gebe, die auf die Dauer ohne Zwei-Parteien-System stabil sei. „Spanien hat bei ganz anderen Verhältnissen das Glück gehabt", zitiert der AStA Lücke, „einer ruhigen demokratischen Entwicklung entgegengeführt zu werden." Diese vor Berliner Schülern vertretene Meinung eines Mitglieds der Bundesregierung, heißt es in dem Schreiben an Brandt, befremde den AStA der Freien Universität um so mehr, als gerade in den letzten Wochen die polizeistaatlichen Verhältnisse in Spanien erneut sichtbar geworden seien. Der AStA sei über die Äußerungen Lükkes deswegen bestürzt, weil dieser wesentlichen Einfluß auf die Notstandsgesetzgebung habe. (Frankfurter Rundschau v. 18. 3. 1967)

Reinigung des Tempels

BERLIN. Im Wilhelm-Weskamp-Haus, dem einzigen katholischen Studentenwohnheim Berlins, forderten die Heimbewohner ein angemessenes Mitspracherecht und die satzungsmäßige Festlegung einer studentischen Mit- und Selbstverwaltung, nachdem der Heimträger, ein im Auftrag des Bischöflichen Ordinariats stehender Verein, „autoritär" „administrative Maßnahmen" dekretiert hatte. Der Vorstand des Wohnheim-Vereins wies die Forderungen der Heimstudenten zurück und teilte daraufhin 26 Bewohnern – darunter sechs mit der Verhandlungsführung beauftragten studentischen Vertretern – mit, daß ihre Mietverträge mit dem 31. März 1967 auslaufen und sie nicht mit einer Verlängerung rechnen können. Noch am Tag der „blauen Briefe" forderten die Heimbewohner in einer Protestversammlung die Aufhebung dieser Anordnung, eine Neuregelung des Aufnahmeverfahrens unter gleichberechtigter Mitbeteiligung der studentischen Vertreter und Tutoren sowie eine paritätische Kommission zur Ausarbeitung einer Satzung. Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, beteiligten sich 70 Studenten an einem sechsstündigen Sitzstreik im Bischöflichen Ordinariat. Dem Protest schlossen sich 27 amtierende und ehemalige Sprecher der Studentengemeinde mit der Erklärung an, daß durch die Maßnahmen des Vorstandes „im Widerspruch zur konziliaren Forderung nach Mündigkeit und Laienverantwortung ein aktives Engagement verantwortungslos verhindert wird". Erzbischof Bensch fand sich zu einem Gespräch bereit. Ergebnis: den gekündigten Heimbewohnern wird es erlaubt, an der Abfassung der Satzung teilzunehmen; ihre Mietverträge werden nicht verlängert, denn sie hätten sich „in den Sog der ‚Sport-Streiker' hineinreißen lassen" und bewegten sich „im antikirchlichen Klima" der „Berliner Protestierer". (KDSE-pid/rb)

Samstagspaziergang

BONN. Mit einem nicht anmeldepflichtigen „Samstagspaziergang", zum dem der AStA Bonn aufgerufen hatte, demonstrierten am 11. Februar rund 100 Studenten vor der lybischen Botschaft gegen das Einschreiten der Bonner Polizei und das Verhalten der libyschen Regierung. Libyen verweigert seinen Studenten die Gründung eines Studentenverbandes. Nachdem der Vorstand und einige Mitglieder des illegal gegründeten Verbandes inhaftiert worden sind, protestierten libysche Studenten in London, Brüssel, Kairo und Bonn mit einem Sitzstreik in ihren Botschaften. Die britische und die belgische Polizei machten dem Streik ein Ende, und auch das Bonner Auswärtige Amt gab einem Amtshilfeersuchen der libyschen Regierung statt. In der Nacht auf den 11. Februar drangen 60 Polizisten in die Botschaft ein und nahmen die 40 demonstrierenden Studenten, die keinen Widerstand leisteten, fest. Der AStA Bonn erklärte sich mit den Forderungen der libyschen Kommilitonen solidarisch. V.

Streik auf italienisch

ITALIEN. An allen italienischen Universitäten war am 1. Februar der Vorlesungsbetrieb eingestellt worden. 10 000 Professoren, Dozenten und Assistenten sowie die 400 000 Studenten hatten einen Generalstreik beschlossen, um ihrer Forderung nach der 1962 geplanten Studienreform, die vor zwei Jahren dem Parlament vorgelegt und über die immer noch nicht entschieden worden ist, Nachdruck zu verleihen. Der Reformentwurf sieht die Bildung von interfakultativen Abteilungen, eine neue Einteilung des Studiengangs und eine Demokratisierung der Universität vor. Unter den Professoren, die bis 4. Februar streikten, sind die Meinungen geteilt: die einen befürworten zwar grundsätzlich eine Reform, nicht jedoch die vorgesehene, die anderen haben sich mit den Studenten solidarisiert, die zusammen mit den Dozenten und Assistenten bis zum 11. Februar dem Vorlesungsbetrieb ferngeblieben sind. (Le Monde/rb)

Aufforderung zur Hexenjagd

GÖTTINGEN. In einem Brief an die indonesische Botschaft in der Bundesrepublik hat der Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) Protest gegen den politischen Zwang, dem die rund 1 200 indonesischen Studenten in der Bundesrepublik unterworfen werden, eingelegt. In Schreiben der Botschaft an die Studenten werden die Indonesier aufgefordert, ihre Haltung zum Kommunismus bekanntzugeben und Kommilitonen zu denunzieren.
(Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 21. 3. 1967)

Schergengerichtsbarkeit

SPANIEN. Alle spanischen Universitäten, mit Ausnahme von La Laguna, Oviedo und Saragossa, haben im Februar einen von ihren Studentenvertretern gemeinsam beschlossenen Aufruf zum Generalstreik befolgt. Vorausgegangen waren zahlreiche Unruhen und Demonstrationen (DISKUS 2/67 S. 8), die von der Polizei des Franco-Regimes mit Terrormaßnahmen, Durchsuchungsaktionen und Verhaftungen beantwortet wurden; der Student Raffael Guinarro wurde durch den Terror der Polizeischergen zum Freitod gezwungen. Neben der Schließung der Universität durch die Behörden werden auch von den Rektoren Zwangsmaßnahmen verhängt: der Rektor der Universität Barcelona hat verfügt, daß alle an einem 48stündigem Streik beteiligten Studenten die Immatrikulationsgebühr nochmals zu bezahlen hätten, falls sie nicht „die studentische Disziplinlosigkeit mißbilligen" und „ausdrücklich versprechen", an Studentenstreiks nicht mehr teilzunehmen. Nach dem allgemeinen Generalstreik der Studenten, die sich in ihren Aktionen auch mit den unterdrückten Arbeitern solidarisieren, sind in Madrid, Barcelona und Bilbao weitere Studenten verhaftet worden. Das Madrider Innenministerium hat mitgeteilt, daß die bisher und künftig an Studentendemonstrationen beteiligten Jungakademiker von Militärgerichten abgeurteilt werden. (Le Monde/FAZ/rb)

Beschlüsse

Werkarbeit

Ende März trafen sich in Braunschweig die Mitglieder des Deutschen Studentenwerks e. V. (DSW) zur 18. ordentlichen Versammlung. Dieses Treffen war von der letzten Mitgliederversammlung des DSW in Freiburg eigens beschlossen worden, um die Satzung des Vereins, die seit rund sechs Jahren heftig umstritten ist, endlich zu ändern. Wie in vergangenen Jahren hatte zwischenzeitlich ein von der Mitgliederversammlung eingesetzter Satzungsausschuß getagt.
Obwohl mehrere Studentenwerke unmißverständlich erklärt hatten, sie könnten eine Mitgliedschaft im DSW nicht länger verantworten, falls sie nicht durch das Organ der Mitgliederversammlung stärkere Rechte im Verein erhielten, kam es in Braunschweig nicht zu der erwarteten Satzungsänderung. Daraufhin erklärte der Vorsitzende des Satzungsausschusses, Professor Nerdel, für das Studentenwerk der TU Berlin den Austritt, wozu er vom Senat der Technischen Universität ausdrücklich ermächtigt war. Die meisten Anträge zur Änderung der Satzung kamen durch eine Sperrminorität von Studentenwerken, die durch Geschäftsführer vertreten waren, zu Fall. Aus Protest gegen dieses Verfahren nahmen die Vertreter der Studentenwerke Köln und Marburg schließlich nicht mehr an den Abstimmungen teil.
Das im DSW besonders heikle Problem der Beteiligung von Westdeutscher Rektorenkonferenz (WRK) und des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS) an der Willensbildung im DSW wurde gegen den ausdrücklichen Wunsch der Mitgliederversammlung und des Satzungsausschusses wie auch der Spitzen der betroffenen Institutionen selbst durch Vorstand und Geschäftsführung des Deutschen Studentenwerkes elegant gelöst: Der Präsident der WRK und der Vorsitzende des VDS wurden – entsprechend der Übung vergangener Jahre – zu der Mitgliederversammlung überhaupt nicht eingeladen. -Sb-

Frankfurt a. M., Goethestraße 1 (am Goetheplatz), Telefon: 23633 und 25246
Fachbücher aus allen Gebieten: Jura, Wirtschaftswissenschaft, Technik, Medizin, Naturwissenschaften
Universitätsbuchhandlung
Blazek & Bergmann

Das FERN-REPETITORIUM (FOTH) für Juristen ist seit mehr als 35 Jahren das anerkannte Mittel der erfolgreichen Examensvorbereitung. Probeheft B kostenfrei.
MÖLLER - ALBRECHTS - VERLAG, 4 Düsseldorf-Wittlaer

Frankfurt . . . Diskus in Frankfurt . . . Diskus in Frankfurt

kleine chronik

Schmutzige Art

An der Universität Frankfurt gibt es ein „Soziologen Informationsbulletin", herausgegeben von den Soziologen der WiSo-Fakultät. Die Pointe: man gibt Geld aus, um mit dem DISKUS Händel zu suchen, weil er Geld kostet. Dieses Geld nun werde „in besonders schmutziger Art und Weise" ausgegeben. Zum Beispiel für Illustrationen, die „unwillkürlich Assoziationen" aufdrängen. Daß die Herausgeber nicht eine Nummer „sich leisteten", sondern das, was die Redaktion macht, verantworten, daß die Studentenschaft nur zu einem Teil den DISKUS finanziert, daß einer „demokratischen Spielregel folgend" „Grundsatzinteressen — wenn vielleicht auch nur eines Teiles — der Studentenschaft" respektiert werden sollen, und damit die „Freiheit der Meinungsäußerung" — was hier gar nicht vorlag — als Aufruf zu einer schäbigen Zensur mißbraucht wird, könnte nur die dümmste Form des Unbehagens an einer kritischen Zeitung sein. Welche Freude solche „Verteidiger" des Christentums an „besonders schmutziger Art und Weise" haben, so daß kritische Darstellung sie treffen muß, zeigen zwei Seiten ihres „Bulletin" (Nr. 2), auf denen man sich ausbreitet in kindisch analer Begeisterung über einen Exkrement-Fund auf dem Universitäts-Fasching; noch weiter gehen diese Helden, wenn sie eine *Zensur* annehmen und gegen die Emanzipation der Frau einen dummen Witz reißen. Diese Anal-Christen sind erreichbar über das Seminar für Gesellschaftslehre.

Bildungsforschung

Das Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Berlin hat den Studiengang von 2000 Studenten der Universitäten Berlin, Bonn und Frankfurt untersucht.

Das Ergebnis erschien als Nr. 6 der Schriftenreihe des Institutes unter dem Titel „Studienweg und Studienerfolg", bearbeitet von Gerhard Kath, Christoph Oehler und Roland Reichwein. Die Zahlen geben ein eindrucksvolles Bild von der Effektivität eines heutigen Studiums.

Nach 16 Semestern hatten ¾ der Theologen, Mediziner und Juristen ihre Abschlußprüfung abgelegt, unter den Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlern waren es rund 60 %, von den phil. Fächern nur etwas mehr als ⅓. Die verschiedenen Einflüsse auf das Studium wie die Herkunft der Studenten, der Studienwechsel, Heirat, Werkarbeit, wurden eingehend dargestellt. Die Autoren bemerken, daß eine künftige Hochschulreform sich nicht auf äußere Symptome beschränken darf, sondern eine eingehende Beratung der Studierenden sowie eine ausgedehnte Hochschuldidaktik notwendig sind.

Goethe-Tourismus

Abschreckend für Wissenschaftler ist die Lage des Freien Deutschen Hochstift in Frankfurt/M. Die Stadt kürzte den Zuschuß um etwa ein Fünftel; der U-Bahnbau verstellt den Weg zum Goethehaus, in dem ein Eldorado von 100 000 Bänden, 20 000 Handschriften, 14 000 graphischen Blättern und 400 Gemälden der Goethe-Zeit geschaffen worden ist. Die Touristen, einzige Hoffnung der darbenden Forscher, werden vermehrt ihren Goethe suchen müssen und werden ihn nicht finden. Da man bisher konsequent in den touristischen 'Ausbau investiert hat und ein geräumiges Museum der „Goethe-Zeit" eingerichtet hat, könnte vielleicht Tourismus und Wissenschaft neuartig verbunden werden, indem die Touristen durch die wissenschaftliche Abteilung umgeleitet werden. Die Bücher werden farbenfreudig angestrichen, die Handschriften können von Hand zu Hand gehen und eine akademische Cocktailparty löst die andere ab. Goethe ist am 22. März 1832 gestorben. Tatsächlich. Lebt die Wisssenschaft davon?

Gewähltes

Am 23. 2. trat das neugewählte Studentenparlament zusammen. Es wurde bald deutlich, daß sich durch die Fachschaftsvertreter die Stimmgewichte der Listen etwas verschoben haben. Die AS verstärkte ihre Position von acht auf zehn Sitze; den stärksten Gewinn jedoch hatte die AGH (GEW-HSU), die drei der sechs Fachschaftssitze erringen konnte. Da seit der Parlamentswahl eine Kandidatin der LUM dem SDS beigetreten ist, haben sich folgende Gruppen ergeben: von 28 Sitzen erhielten die AS 10, AGH 5, SDS 4, die übrigen Gruppen (AdM, AHP, LSD, LUM, SFP, SHB, USL) je ein oder zwei Sitze. Da zu den diversen Wahlen (AStA, Parlamentspräsidium etc.) 15 Stimmen erforderlich sind, konnte eine Koalition nur entweder mit der AS oder dem SDS gebildet werden. Hierdurch waren AdM und AHP von vornherein durch ihr Wahlprogramm festgelegt. Zünglein an der Waage spielte die USL. Die Koalition AS, AdM, AHP, USL wählte folgendermaßen: AStA: S. Peters (Vorsitzender), R. Heller (Finanzreferent), M. H. Wolf (stv. Vorsitzender), Ältestenrat: H. Wolf (AStA-Vors. 1961/62), D. Thelen (Parlamentspräsident 1964) und C.-M. Ringel (Parlamentspräsident 1966); Parlamentspräsident wurde V. Arneth, sein Vertreter W. Schöneberger. Bei der Wahl zum Haushaltsausschuß gab es eine Kontroverse zwischen dem AStA-Chef Peters und SDS-Fraktionsführer Heik. Daß Heik eine Kandidatur ablehnte, bezeichnete Peters als Schikane. Bei der Abstimmung, ob über diese Äußerung diskutiert werden solle, machten sich einige als Öffentlichkeit anwesende SDS-Mitglieder so lautstark bemerkbar, daß der neugewählte Parlamentspräsident einen Grund zum Abbruch der Sitzung fand. Das Erfreuliche an dieser Sitzung war zweifelsohne, daß seit Jahren wieder einmal alle Parlamentarier anwesend waren, und daß die Öffentlichkeit wieder ein großes Interesse zeigte. Ob von diesem Parlament andere erfreuliche Dinge als Äußerlichkeiten zu berichten sein werden, bleibt abzuwarten. ar

kurz notiert

Grad gemessen

Das Theater sei kultureller Gradmesser einer Stadt, hat Oberbürgermeister Brundert gesagt. Was im DISKUS wohl zuerst gesagt worden war, ist nun wohl auch ohne seine Randbemerkungen durchgedrungen; das Theater ist seit geraumer Zeit alles andere als ein kultureller Gradmesser (was immer das sein mag). Im Oktober letzten Jahres hat Buckwitz in einer Rede, bestätigend geradezu, „schließlich das Bild eines immer nur sich anpassenden Intendanten entworfen" (FR 20. 10. 1966). Neuerdings wird das Theater wieder unterhaltsam, da die Stadt auf der Suche nach einem Intendanten ist.

Programmatisch

Filme kann man nicht nur sehen, sondern in Ruhe anschauen bei den Vorführungen der Filmwissenschaftlichen Gesellschaft e.V. Frankfurt/M. Der Name sollte nicht abschrecken, denn es geht weder „akademisch" noch gemütvoll zu. Solch eine Vereinigung ist eine Ergänzung zum Filmstudio, das jedenfalls diese Filme (z. B. I Basilischi, De minder gelukkige Terugkeer . . .) nicht zeigt; auch wohl sein Programm anders zusammenstellt. Es handelt sich um eine Art Filmclub, dem man beitreten kann. Da Frankfurt quasi kein Theater hat, sei der Besuch der Filmveranstaltungen angelegentlich empfohlen.

Germanistischer Charme

Ein Vortrag, der allein dadurch, daß er gehalten wird, Bedeutung gewinnt, wird nicht alle Tage gehalten. Madame Marthe Robert sprach im Institut für Sozialforschung über Kafka in Frankreich. Eine so charmante und kluge Vertreterin französischer Germanistik (und gute Übersetzerin zugleich) zu hören, ist nicht oft möglich. Ihr Vortrag, der in einem Heft der Literaturzeitschrift „Akzente" in den wichtigsten Zügen abgedruckt worden war, überraschte zwar auch durch nochmalige Wiedergabe, doch ebenso durch das, was er enthielt. Je nun, solche Vorträge zeichnen sich eben durch Haltung aus und Rede. Was keine Vorhaltung zu sein braucht.

Wenig anziehend

Kunst in Frankfurt wird so behandelt, als ob man kein Geld hätte. Das stimmt. Aber muß man die Kunst, die da ist, so behandeln, als ob sie keine wäre? Das Städelsche Kunstinstitut, das durch kurze Öffnungszeiten, seine Statuten und eine Ausstellung einiger Erwerbungen des Kupferstichkabinett darauf hinweist, wieviel in diesem (kaum zu Besichtigendem) gehortet worden ist, bemüht sich, die gezeigten graphischen Arbeiten durch besonders häßliche Katalogisierung und Rahmen wenig anziehend zu machen. Geldmangel als Kunstmangel macht sich speziell in den ausgestellten Erwerbungen aus neuerer Zeit bemerkbar. Die Ausstellung sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß diese und andere Arbeiten auch gesondert zu sehen sind. Da das Städel wohl nichts mehr in nächster Zeit wird anschaffen können, besteht Gelegenheit, einmal das Vorhandene anzuschauen.

Seelentat

Gemälde entlarvte Sonntagsmaler als **Mörder.** Das Opfer verdorrte im Ofen — Ein Aquarell hat den Sonntagsmaler K. H. (30) aus Göttingen in der Schweiz als Mörder überführt. Der Mann hatte sich die grauenhafte Tat „von der Seele gemalt". (Bild-Zeitung, Frankfurter Ausgabe 29. 3. 1967) Das kommt von so was. Mit Kultur ist nicht zu spaßen.

personalien

Hansjürgen Rosenbauer, Mitbegründer und Texter des Frankfurter Studentenkabaretts „Die Freimauler", der ab Heft 4/1967 im DISKUS als Lokalmitarbeiter fungieren wird, überraschte seine Freunde und Bekannten mit Heiratsanzeigen aus Amerikas Metropole New York. ‚Rosi', der im Sommer-Semester das letzte Programm der „Freimauler" mitauflegen wird, möchte beim DISKUS seine vor Jahren begonnene publizistische Laufbahn weiterführen.

G. W. Schellenberg, frisch gekürter VDS-Vize, verleitete seine neuen Mitarbeiter zu ungesetzlichem Tun. Gemeinsam stibitzten sie Frankfurts AStA-Maskottchen, das Nilpferd Wolfgang. Dummerweise ließ Schellenberg das edle Tier bei einer Kurzvisite in Prag stehen. So besteht die Hoffnung, daß „Wolfgang" beim nächsten CSSR-Austausch des AStA „heim ins Reich" kommt.

Reinhold Heller, neuer AStA-Finanzer, der auf der 19. o. MV des VDS spontan zum Vorsitzenden des Fachverbandes Frohsinn gewählt wurde, holt sich alle 14 Tage Rat und Beistand bei Hartmut Rotter, AStA-Chef 1960/61. Zu dieser Gehirnwäsche durch seinen Verbindungsbruder fährt er extra von Frankfurt nach Köln.

Karin Rausch, Ex-AStA-Innenbossin, wurde vor den Kassenbeirat zitiert, um sich wegen der an sie bezahlten Aufwandsentschädigung zu Beginn ihrer Amtszeit und der Q. L.-AE zu rechtfertigen. Gegen K. Rausch lagen diesbezügliche Anträge aus der Studentenschaft vor. Nachdem K. Rausch zu einer Rückzahlung von DM 400,— aufgefordert worden war (Begründung: die volle AE scheint nicht gerechtfertigt zu sein) — mit 14tägiger Bedenkzeit — und sie sich einverstanden erklärt hatte, beantragte sie drei Wochen später in aller Eile ihre Exmatrikulation, um nach Lausanne — studienhalber — weiterzuziehen, allerdings nicht ohne sich vorher noch schnell von Exfinanzer Ingo Mees ihre AE für Februar (DM 220,—) anweisen zu lassen. Die DM 400,— fragen sie? Die wird die Studentenschaft wohl bei „Werbeunkosten" buchen müssen!

Reinhard Buhlert, Alt-Pkw-Referent und angeblicher Kfz-Sachverständiger des AStA brauchte bei einem AStA-Betriebsausflug mehrere Stunden und verlor dabei mehrere Wetten, bis er bemerkte, daß die Zündung des VW-Busses unterbrochen war.
Nicht genug damit: die Prüfer kürzten dazu auch noch seine Aufwandsentschädigung — sie monierten auch die überaus zahlreichen Kilometer, die Buhlert auf Kosten des AStA abgefahren hat. Aufmerksamkeit erregte unter anderem eine Strecke von 61 km, die Buhlert zwecks Überprüfung der Kupplung eines Volkswagenbusses auf der Autobahn verbracht zu haben vorgab. Nach der obligatorischen Rüge erwartet Buhlert die gestrengen Honoratioren wütend im Vorzimmer: die beanstandete Strecke resultiere in Wirklichkeit aus einer Vergnügungsfahrt zum Bowling, an der auch Mitglieder des Kassenbeirats teilgenommen hatten. Forderungen Buhlerts auf Kostenbeteiligung wurden von den Herren trotzdem abgelehnt. Man hat sich inzwischen — selbstverständlich — wieder arangiert.

Klaus Michael Ringel, Krawattenmuffel und Parlamentspräsident entpuppte sich anläßlich der Rückfahrt von Prag als grandioser Schlepper, als er vergeblich versuchte, den wie üblich streikenden 2 CV von Bubu (AStA Pkw-Referent) abzuschleppen. Nachdem er beim Anfahren schon das Abschleppseil ruiniert hatte, war er beim 2. Versuch nach dem Anspringen partout nicht zu bewegen, wieder anzuhalten. Bubu mußte heftig hupend und blinkend mit quietschenden Bremsen durch mehrere Dörfer hinter ihm herfahren.

JUBILAR

Helmut Georg Isele, Professor Dr., Ordinarius für Arbeitsrecht und Bürgerliches Recht an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt a. M. vollendete am 2. März sein 65. Lebensjahr Er ist vor kurzem auf vier Jahre zum Präsidenten der Akademie der Wissenschaften und der Literatur in Mainz gewählt worden.

BERUFUNG

Martin Stern, — zuletzt Visiting Lecturer an der Harvard University/USA — wurde zum ordentlichen Professor ernannt und auf den Lehrstuhl für Deutsche Philologie IV in der Philosophischen Fakultät der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt a. M. berufen. Stern beschäftigt sich vor allem mit den Schriften Hofmannsthals.

VERSTORBEN

Franz-Günther Ritter von Stockert, Prof. Dr. med., der persönliche Ordinarius für Kinderpsychiatrie, verstarb am 25. 2. 1967 im 68. Lebensjahr. Ritter von Stockert leitete seit 1964 die Kinderpsychiatrische Abteilung der Universitätsklinik Frankfurt. Mit dem Wiener Ritter von Stockert hat die Universität Frankfurt eine Persönlichkeit verloren, die noch als typischer Vertreter der älteren Gelehrtengeneration galt.

happenings

Zeitungskollegen

In Meldungen über einen aufgeklärten Anschlag auf das amerikanische Generalkonsulat in Frankfurt (eingeworfenen Fensterscheiben) wurde auch der SDS ins Gespräch gebracht (der Verband hat in einer Presseerklärung das zurückweisen können). Nun tauchte aber am 11. März in der Meldung über die Verhaftung der Steinwerfer in der FAZ der SDS auf, was vermuten ließ, die Polizei habe die Information gegeben, während in der Frankfurter Rundschau die Studentenorganisation nicht genannt worden war. Hat nun die Polizei der einen Zeitung nur mehr gesagt oder hat sie von sich aus mehr hinzugetan oder hat die andere von sich aus mehr weggetan? Auf jeden Fall entsprechen solche Erscheinungen der Neigung, dramatischen Rapport zu geben, um sachlich nicht differenzieren zu müssen.

Mittel

Die „Welt" brachte am 18. 3. 1967 in ihrem Teil die geistige Welt, dazu zählen Studentenangelegenheiten bei Zeitungen manchmal noch, ein übles Machwerk von Verleumdungsartikel über nordamerikanische Studenten. Höhepunkt ist die Mitteilung, einer der Anführer der Studentenunruhen — seligen Angedenkens — in Kalifornien sei nun „nach der zwangsweisen Unterbrechung seines ‚Studiums' im Alkoholausschank werktätig". Nun, das wäre keine Schande nach solchen Erfolgen. Wer aber noch im Gedächtnis hat, Zeitungsleser vergessen schnell, daß dieser „Anführer" selbst von Reaktionären seinerzeit zur „Elite" gerechnet worden war, wundert sich. Der Wunschtraum des Artikelschmierers, er heißt H. Joachim Maitre, scheint wahrhaftig Rausschmiß aller Opponenten zu sein; aber der „Anführer" studiert inzwischen im Zweitstudium Physik. Daß er sich auch mal wie andere gegen „Elite"-Gedanken überhaupt wandte, wird total vergessen.

Kultur

Eine der bemerkenswertesten Äußerungen in Frankfurt wurde im März von Stadtkämmerer Grünewald getan. In einer Antwort an Präsident Dietz meinte er „ES GIBT WICHTIGERES ALS DIE OPER". In Frankfurt haben Galerien und Museen, Bibliotheken und Institute kein Geld, aber Häuser für Kultur, die dann niemand bezahlt, werden propagiert oder zahlen hier Bürger, die sich ihren eigenen Bürgersinn beweisen wollen. Man wünschte sich eine unbürgerliche Kultur.

Bündler

Unzweifelhaft hat die Schopenhauer-Gesellschaft zu Frankfurt am Main ihre Verdienste. Ihre Tagungen und Vortragsveranstaltungen ziehen stets noch viele Interessierte an. Welche Interessen allerdings Mitglieder der Schopenhauer-Gesellschaft von philosophischem Ressentiment und Lokalpatriotismus einmal abgesehen, verbindet, ist, nach der Mitgliederliste zu urteilen, schwer einzusehen. In einem Prospekt zu einem Buch des unermüdlichen Arthur Hübscher ist die Rede von der „Lehre des wirklichkeitsnächsten aller Philosophen". Was mag der Bund der Danziger e. V. aus Lübeck, was mag solch Kriegerverein wie Deutscher Soldatenbund Kyffhäuser e. V. — gleich dreimal vertreten — für Interessen suchen oder finden? Was mögen solche Restaurateure sagen zur gleichzeitigen Mitgliedschaft von Generalstaatsanwalt Fritz Bauer, Professor M. Horkheimer und Erich Kästner? In ihrem dunklen Drange zur Gewalt und Todesmystik könnte den Kriegervereinen Schopenhauer vorgeschwebt haben, vielleicht auch die reaktionäre Verteidigung seines Privatinteresses, aber es muß ihnen ein höchst unzuverlässiger Geist erschienen sein. Ein höchst philosophisches Unbehagen möchte einen ankommen, bei dem Gedanken, mit Danzigbündlern und Kyffhäusern vergesellschaftet zu sein; in der Tat höchst wirklichkeitsnah.

Ganztags

Ein Schauspiel einmaliger Art bietet der Frankfurter Bund für Volksbildung: „Wir nagen am Hungertuch". Besichtigung ganztags.

Nichts

Und als der Hahn zum dritten Mal krähte, leugnete Kuntz sein Tun abermals, versuchte sich zu rechtfertigen und die Zeugnisse seines Tuns zu vernichten; darauf verließ er seine Freunde, um seinen Strick zu suchen. Die 30 Silberlinge aber . . .

Noch weniger

Haben sie schon gewußt, daß es in Frankfurt keine überfüllten Straßenbahnen mehr geben kann? — Einem Gerücht zufolge, muß allen Straßenbahnbenutzern abgeraten werden, mehr als 15 cm² Standfläche zu haben. Auf soviel ‚Platz' nämlich **soll** eine jede beförderungswürdige Person versichert sein. Vorsicht also bei zu großen Füßen, ihr Nachbar darf sie ihnen abtreten!

Demonstration und Ordnung

Die Büger der Bundesrepublik sind müde. Demonstrationen, Demonstrationen. Die Presse gibt dieser Stimmung Ausdruck. So liest man aus Berlin: „Studentendemonstrationen verunzierten gestern das Berliner Stadtbild." (Telegraf)

Bienenfleißige Journalisten bemühen sich aufzuklären. Sie greifen tief in ihren Farbkasten. In Hannover sah man „die rosa dunkelroten Demonstranten" (Deutsche Wochenzeitung Hannover) und man spricht von „Meuterei enttäuschter Jugend".

Jugendliche, rote Studenten. Der Feind ist als Narr entlarvt. Er stört die Ruhe und Ordnung, lärmt in den Städten, trampelt auf den gepflegten Rasenflächen herum. Schon fragt man in Bonn: „Dürfen Studenten demonstrieren?" (Rhein-Zeitung)

Sorgenbeladen plagen sich Rektoren mit ihren aufsässigen Untertanen und in Frankfurt z. B. liest man: „Rüegg bedauert" und zitiert wird der Satz des Rektors: „Ich kann nur bedauern, wenn die Studentenschaft und auch die Universität durch solche Sachen generalisierend diskreditiert wird."

Frankfurt zum Beispiel

Schön scheint die Sonne. Vorfrühling, 11. 2., Frankfurter Wochenendidylle. Doch auf dem Opernplatz laufen Studenten herum, wenige Studenten, mit vielen Flugblättern. Provos, Bürgerschreck Frankfurts, die am Vorsamstag mit 14 Leuten unkonventionell gegen den Vietnamkrieg demonstrierten, stehen vor dem Cafe Opernplatz, auch Flugblätter verteilend, nichts ahnend, daß diese Tat sie zur Frankfurter Terrorgruppe Nr. II (hinter Kaiserstraßenschlägern, vgl. FR 15. 2.) avancieren ließ.

Eine Kundgebung findet statt. SDS, SHB, LSD, Naturfreundejugend und Solidaritätsjugend als Veranstalter. Es sprechen: Harrer (SDS) und Dutschke (vom Berliner SDS, den die Springerpresse schon zum „roten Rädelsführer" machte; denn sie braucht ja ihre Helden). Später konnte man in der FR lesen, Dutschke habe aufgefordert, in die Illegalität zu gehen. Dem SDS ist zwar vieles zuzutrauen; aber daß er auf offener Straße erklärt, er wolle illegal agieren, das doch wohl nicht?!

Illegal, illegal, illegal zog man durch die Bockenheimer Landstraße zum Konsulat. Allerdings, der SDS hatte nach den Reden die Kundgebung aufgelöst, ohne zur anschließenden Demonstration aufzurufen. Aber von der inneren Logik der Sache ergriffen, marschierte man zum Konsulat.

Auch die POlizei kann denken. Blitzartig, geistesgegenwärtig hatte sich vor dem Konsulat eine Postenkette für die Freiheit formiert. Von der schon erwähnten inneren Logik der Sache ebenfalls ergriffen, hatte die POlizei ihre besten Schützer mitgebracht, die Faust- und Gummiknüppel später auch nicht in Tasche resp. Sack ließen.

Eine Klingel ist nicht zum Klingeln da, wenn sie politisch ist, wie die des amerikanischen Konsulats. Das erfuhr ein Demonstrant, als er zu klingeln versuchte; man stieß ihn in die Menge zurück, die sich auf die Straße vor dem Konsulat gesetzt hatte, um — wie die Polizei schnell begriff und was man in der FR am Montag noch erfahren konnte — das Konsulat besser stürmen zu können. Die Polizei hatte sich Gedanken gemacht:

Reiterspiele, Demonstrantenjagden, veranstaltet vom Frankfurter Freund und Helfer. Eine Demonstrantin wurde vor die Hufe der Pferde geschleudert, als sie versuchte, vor den Pferden auszuweichen; denn von der anderen Seite kamen schon die pedestren Ordner. Die Polizei wollte die Straßen säubern, nicht nur für heute, sondern für längere Zeit. Deshalb hatte man sich entschlossen, die Demonstranten einzukesseln, dann sie aufzufordern, die Straßen zu verlassen; da die Demonstranten bösartigerweise nicht Folge leisteten, mußte man den Demonstranten die Straßenverkehrsordnung handfest einpauken und man mußte manifest demonstrieren, wie weit die Freiheit geht.

Die Freiheit geht weit, sie hat nicht nur ein weißes Gewand, sondern auch eine klobige Faust und gute Reiter. Einige Demonstrantinnen(!) wurden von reitenden Polizisten in Parforceritttmanier verletzt, „Rädelsführer" wurden photographiert, wenn nötig, mit Gewalt dazu gezwungen, ein Erinnerungsbild machen zu lassen.

Die Demonstranten konnten noch einmal entwischen. 80 waren zum „Terror" entschlossen, wie man in der FR später nachlesen konnte. Man war so unverschämt, für politische Fragen auf die Straße zu gehen. Da muß man doch einfach für Ordnung sorgen. Der Verkehr wurde freigeprügelt, Demonstranten verhaftet und gefilzt. Um 18 Uhr war der „Terror einer kleinen Minderheit", wie es von offizieller Seite hieß, beendet. Bilanz: eine schlagkräftige Frankfurter Polizei, 8 Verhaftete, mehrere Verletzte. Außerdem hatte sich kein Polizist soweit erniedrigt, einem Demonstranten seine Dienstnummer zu verraten.

Der Polizeibericht war noch nicht fertig, schon hatte die Rundschau einen gemacht (12. 2.). Sie erzählte vom Terror der Demonstranten, von schlechtem Benehmen, von der Belästigung der Passanten, von der Lähmung des Verkehrs. Und am Montag war alles klar: die Provos — die Eingeweihte oder Fachleute entdeckt hatten — seien an allem schuld. Flugblätter hatte man: systematisch wollten die Provos den Samstag zum „Tag der Anarchie" machen. Klar, die „Provos sind an allem schuld"; die Polizei wie die Rundschau hatte erkannt: „Man wollte die POlizei um jeden Preis provozieren" (Oberrat Jordan in der FR 14. 2. 1967), Provokateure waren am Werk. Ostkameramänner waren erkannt worden. Der Buhmann hieß Provos, von denen unglücklicherweise keiner verhaftet worden war. Man hatte alles bis an die „Grenze des Möglichen" geduldet (OB Brundert in der FR 14. 2. 1967)

Ungeheuerliche Untaten sollen Demonstranten begangen haben, die man leider nicht alle sah. *Die POlizei hat Beweise.* (Sowjetzonales Fernsehen, Flugblatt, das zur Störung der öffentlichen Ordnung aufruft, Rädelsführer seien entdeckt. Vgl. FAZ 13. 2. 1967) Nun, Rädelsführer braucht man ja immer. Es scheint in ein deutsches Beamtengehirn nicht hineinzugehen, daß die Ursachen von Unruhen nicht immer einzelne Personen sein können (die natürlich vom Osten gekauft sein müssen).

In der folgenden Woche wurde diskutiert. Höhepunkt: die FR spricht mit dem Münchner POlizeipsychologen. Parallelen wie Schwabing wurden gebracht. Die Falschheit einer solchen Argumentation wird deutlich, wenn man ein Gedächtnis hat.

Erinnerung: Dezember 1966. Wilde Demonstration gegen die Große Koalition. Verkehr blokkiert, Aufregung in der Stadt. Was tat die POlizei? Sie duldete; warum? Weil einige Herren — wie man hören konnte — selbst gegen die Große Koalition gewesen seien. Es dann aber auf die als asozial und unpolitisch deklarierten Provos abzuschieben.

Die geordnete Freiheit zu verkünden, hatten Ordnungshüter wie Oberbürgermeister sich nicht enthalten können. Noch am 25. 2. wagte Herr Brundert zu sagen, daß „in Frankfurt jeder Bürger die Freiheit seiner Meinung zur Geltung bringen könne" (nach FR 25. 2. 1967). Nun, POlizisten hatten vorher schon demonstriert, wie wahr das sei. Sie hatten am 13. 2. (vgl. FR 14. 2. 1967) versucht eine SDS-Wandzeitung abzureißen. Als sie über ihre Rechte, bzw. über ihr Unrecht belehrt wurden, verschwanden sie schnellstens. Zwei Tage später hatten die Inhaber des Bauzauns, an denen die Plakate klebten, sicherlich aus technischen Gründen die Bauzäune abkratzen lassen und mit Aufschriften „Plakate ankleben verboten" versehen.

Der Tag der Anarchie. Seine Kundgebung am 18. 2. 1967 sagte der SDS ab. So blieb den Provos der Sonnabend, den die FR zum „Tag der Anarchie" (qua Veröffentlichung eines Provo-Flugblattes) erklärt hatte. (FR 14. 2. 1967). Der Terror blieb nicht aus. Zehn POlizisten in Zivil beobachteten das Vorgehen der Demonstranten, die sich vorm Cafe Opernplatz den Photographen stellten, unter denen auch ein POlizist war. Die Provos hatten ihre Verteufelung mit Spaß beantwortet. Just for fun, aber das entpolitisierte leider. Der politische Wert der Forderungen: „Dienstnummern für die POlizei" ging verloren, da sich die POlizei beim Spiel spielend zurückziehen konnte und in der Anonymität (Zivilbeamte) ihre notwendigen Aktionen machte. Die uniformierten Beamten hielten sich als uniformierte Kollektivität zurück. Die POlizei spielte humorvoll und holte sich damit das Mitleid der FAZ: „das war also der Tag der Anarchie, für den Dutzende POlizeibeamte den freien Samstag opfern mußten". (FAZ 20. 2. 1967)

Einmal ist auch Schluß, das hatte die FAZ begriffen. Und der SDS erfuhr es bei seiner picketing-line gegen POlizeiterror und Vietnamkrieg. 100 Studenten hatten sich zusammengefunden, zogen mit Plakaten durch die Stadt, verursachten „jedoch zum Teil erhebliche Verkehrsbehinderungen" (FR 23. 2. 1967)

Am 23. 2. und 24. 2. vereinigen sich FAZ und Rundschau. Die Straßenverkehrsordnung muß verteidigt werden. FAZ veröffentlicht mit einem Bravo in der Schreibe eine Erklärung des ADAC, der sich gegen das sanfte Verhalten der POlizei den Demonstranten gegenüber wendet. Die POlizei solle „hart durchgreifen", wenn der Verkehr behindert wird.

Freude bei den Demonstranten. Die Wirkung ist da, die FAZ wagt wie die FR zu scheinen, was sie ist. Demokratische Spielregeln enthält die StVO; wer nicht mitspielt (sondern: politisch handelt), muß verhauen werden.

Bastian, der Freund der Freunde, liebenswürdiger FR-Kommentator, versucht nun auch zu vermitteln. POlizeipsychologen sollen die pathologischen Schläger und Demonstranten an einen Tisch bringen. Die Form soll nicht nur gewahrt, sondern gleich gerettet werden. Die „gemeinsame Verantwortung" (FR 23. 2. 1967) ruht nun nach altbewährtem Muster auf allen Schultern. Der Frieden, die Demokratie wären gerettet, wenn die Demonstranten sich darauf einlassen würden, in friedlich schöner Harmonie eine Ordnung zu bestätigen, gegen die sie selbst eintreten wollen.

Man fordert „Toleranz (im Rahmen der Gesetze)", wie es der schon erwähnte Münchner POlizeipsychologe am 4. August 1966 (!) der Süddeutschen Zeitung erklärte. Geschickt tolerant, taktisch muß vorgegangen werden, damit die Repression einer langarmigen Ordnung nicht so deutlich wird. Herbert Marcuse schrieb 1965 „. . . was heute als Toleranz verkündet und praktiziert wird, (dient) in vielen seiner wirksamsten Manifestationen den Interessen der Unterdrückung."

Aber Faschisten sind die schwarzen Magier, die so (un)gerne rot sehen, eben nicht. Sie sind unfähig, konsequent liberale Politik zu machen. Es geht doch manchmal mit einem durch. Erst muß man die Provos zum Urheber der Unruhen machen (und gleichzeitig politische Hintergründe wegwischen), schon muß man über die Schwäche der Provos sich lustig machen (FR 27. 2. 1967): „Unsinn der Provokation".

„Man kann ihnen wegen ihrer Dummheiten gar nicht böse sein, denn sie sind ja meist arm im Geiste und können getrost auf mildernde Umstände vertrauen." (FR 27. 2. 1967 über die Provos). Hoffentlich können auch die auf mildernde Umstände rechnen, die die Provos zu Urhebern von Studentenaktionen machten, die im Kontext zu den Demonstrationssorgen in allen deutschen Universitätsstädten zu sehen sind.

Studenten begehen Unruhen. So klingt der Tenor der Presse und so sitzt es im allgemeinen Bewußtsein. Die, die die Ruhe zu ihrem Gesetz erhoben haben, können nicht begreifen, daß die Demonstrierenden die Ruhe als schwarzen Vorhang betrachten, hinter dem die Herrschenden sich den Kuchen teilen. Die Unterprivilegierten gehen auf die Straßen, Studenten, Ausländer, Jugendliche.

Der kluge Kopf, der folgenden Leserbrief in der FAZ (21. 2. 1967) schrieb, kann so etwas nicht verstehen: „Was hat das junge Volk von Studenten und Studentinnen überhaupt dauernd auf den Straßen zu demonstrieren? Sie sollten sich erst mal auf ihre vier Buchstaben setzen und etwas lernen. Wenn sie statt dessen lieber auf der Straße toben wollen, müssen sie eben in Kauf nehmen, wenn sie mal in der Hecke landen. Mehr Disziplin und Autorität tut dringend Not in unserer Demokratie."

Noch einmal: Knüppel aus dem Sack. Bastian schreibt weiter (FR 27. 2. 1967): „Wenn sie (die Provos) allerdings ihre Ungezogenheiten und Dummheiten gegenüber Gästen der Stadt demonstrieren wollen und diese dabei belästigen oder ihr Eigentum beschädigen, dann müssen sie sich nicht wundern, wenn es hie und da Hiebe setzt." Hie und da wird man sich auch nicht wundern, wenn auch ein linker Student mal eine Kopfnuß verpaßt kriegt, denn jede politische Aktion von dieser schwammigen Begrifflichkeit aufsaugen zu lassen, ist ein leichtes.

Der Rektor, seine Magnifizenz, muß sich äußern. Und zwar nachzulesen in FAZ (25. 2. 1967), wie schon erwähnt. Der Rektor bedauert, die Universität sei diskreditiert (durch die Störung der StVO oder durch Linksradikalinskis?). Aber vorgehen, so heißt es weiter, könne man gegen die Störenfriede noch nicht, da sie noch keine Diebstähle begangen hätten. Diese komischen Kombinationen können am Verfasser des Artikels gelegen haben, der den Rektor der Frankfurter Universität nur einmal wörtlich zitiert, sonst nur konjunktivisch berichtet. Der Rektor hat sich sicher klarer ausgedrückt.

Berlin und Frankfurt umarmen einander,, Universitätsverwalter, POlizisten, Springerblätter, FAZ und FR. Die Harmonie darf nicht gestört werden; denn Frankfurt z. B. läßt sich nicht von einer kleinen (sic) Minderheit terrorisieren, wie man in der Zeitung lesen kann.

Doch es geht noch weiter: Ausländischen Demonstranten droht man nicht nur mit Ausweisung, man weist sie sogar aus (vgl. Hamburger Abendblatt 24. 2. 1967). In Hamburg oder auch in Frankfurt lernt man dazu. Am 4. März 1967 (vgl. FR 6. 3. 1967) muß man bei einer Straßendemonstration gegen die faschistischen Repressionen in Spanien schon wieder um ausländische politisch Oppositionelle fürchten.

Die Objektivität, mit der sich jetzt die unparteiischen Journalisten schmücken, ist schon als parteiisch enthüllt. Wiederum Marcuse, er schrieb 1965: „Die in solcher Unparteilichkeit ausgedrückte Toleranz dient dazu, die herrschende Intoleranz und Unterdrückung möglichst klein darzustellen oder gar freizusprechen." Die POlizei freut sich (und nicht nur sie!): die Presse hat sich formiert. Und die Demonstranten?

Es wird nicht mehr lange dauern. Deren Gesicht noch nicht platt ist, denen wird es eingeschlagen. Aber nicht mehr so einfach, wie es früher war. Die schmutzigen Ausländer sollen im Ausland gesäubert werden, und deutsche Schmutzfinken kommen in die Schublade. Schon hörte ich von einem Vortrag in einer „humanitären Organisation", die auch schon vor Saigon schwimmt, wo es hieß: „Wenn wir erst die Notstandsgesetze haben, wie können wir dann gut arbeiten!"

Diejenigen, die klagen, Studentendemonstrationen gingen ihrer akademischen Würde verlustig, wollen nicht merken, daß die Würde einer unwürdigen Ordnung nur den Knüppel verdeckt, der noch im Sack steckt. Wenn die ruhig werden, die heute noch Unruhe machen, dürfen alle bald ruhig sein.

Die Vögelein schweigen im Walde. Warte nur, balde ruhest du auch. Deutsches Nachtlied.

Harry R. Starr

Unabhängige

In Frankfurt blieb alles beim alten: die Unabhängigen, mit Abstand geführt von der Liste 4, AS, gewannen die ‚Schlacht'.

Es wurde viel gesprochen von neuem Wahlmodus und zunehmender Politisierung der Studentenschaft und manches geschrieben, davor und danach. Das neue Wahlsystem solle „Für die Studentenschaft das unverbrauchte Potential der politischen Hochschulgruppen neu erschließen, (sie) war eine der Hauptintentionen der Satzungsreform" so H. J. Steffen, einer der Väter der neuen Satzung, im DISKUS Nr. 2/67. Doch „haben sie durch die Listenwahl zunächst nur eine Politisierung der schon bestehenden Gruppierungen erreicht" schreibt hierzu C. R. Roth in ‚die tat'. Die Regierungsgewalt bleibt bei den unpolitischen Listen, in ‚alten' Händen also, wenn diese auch „als Dekor ein paar jüngere Semester benutzen" (Roth, ‚die tat', 4. 3. 1967). Die Wahlbeteiligung steht mit 33,6 % auf der Höhe der früheren Persönlichkeitswahlen. Dies bestätigte keineswegs die Vorstellungen und Wünsche der Satzungsväter, sie bestätigte vielmehr die Erfahrung aus den letzten Jahren, daß stets ‚Unabhängige' gewählt wurden und dazu mit großem Vorsprung.

Man ging in diese Listenwahl mit einem wahren Sturm von Kandidaten auf einer Vielzahl von Listen von ‚radikal links' bis ‚extrem rechts'. Aber ihnen stand ein nicht politisiertes sondern ein nach wie vor uninteressiertes Wählerpotential gegenüber. Der löblichen Initiative der ‚Politischen' erteilte man eine herbe Absage.

Da überschreibt ‚die tat' ihren Artikel mit „Frankfurter Studenten stärken die Linke". Ein objektiv gesehen — reines Zweckdenken, das in der Betrachtung von C. R. Roth gipfelt „. . ., der SDS, errang drei Sitze. Er wird der Führer der Opposition sein, wenn es ihm nicht gar gelingt, die AS zu stürzen". Eine wahrhaft starke Opposition, der man während der Koalitionsgespräche schon nachflüsterte, eine ‚Volksfront' zu sein. Und mit welchen Gemeinsamkeiten gar erst!

Eine Opposition, zusammengesucht aus einer Menge von Einzelstimmen vereint durch die Art der im Wahlkampf verwandten Methoden und weniger durch ideologische Bande verknüpft. Ihre Augenscheinlichste Gemeinsamkeit sind emotionellgeladene Ressentiments, vom Wähler notabene nicht honoriert. Die Rechnung der Reformer ist nicht aufgegangen, und es wäre Selbstbetrug, wollte man das Wahlergebnis als ein Phänomen des Übergangs noch den alten Krankheiten zurechnen. Es trat das ein, was H. J. Steffen in DISKUS 2/67 schon beschrieb „dennoch erwiesen die Gruppenegoismen sich als stärker, die Gemeinschaftsliste (eine auf breiter Basis stehende Mitte-Links-Koalition) scheiterte, und von den ersatzweise vorgelegten drei Listen hat keine eine reale Chance aktionsfähige Mehrheiten zu erringen" und weiter „vielleicht werden sie sich auf den harten Bänken der Opposition ‚zusammenraufen'". Eine solch ‚breitgebildete' Opposition hatte nicht nur der Schreiber nicht voraussehen können.

Die Studentenschaft gab in ihrer überwiegenden Mehrheit einer unpolitischen, pragmatisch taktierenden Interessenvertretung den Vorzug. Dieses studentische Bewußtsein, in Grundstrukturen der gesamten Wohlstandsgesellschaft wurzelnd, ist durch gutgemeinte interne Organisationsformen offensichtlich nicht zu ändern. Selbst bei einer Wahlbeteiligung von nur einem Drittel der Studenten erhielten die ‚Unabhängigen' die Mehrheit. Man darf dabei ruhig unterstellen, daß die Engagierten bestimmt gewählt haben. Bedingt durch die Stimmenzersplitterung begünstigte das Hondtsche System die Stärksten und nahm den Linken einen sicheren Sitz.

Heraus kam lediglich die unheilige Allianz der Linken mit der extremen Rechten, sie zerbarst freilich schon während der ersten Parlamentssitzung.

Die nächste Wahl sie kommt bestimmt, doch was bleibt der Regierungsbank bis dahin zu tun?

Will sie nicht nur „in Zeiten des Umbruchs und des Übergangs als Element der Stabilität und Kontinuität wirksam sein" (H. J. Steffen, DISKUS 2/67) so hätte sich der AStA in der Tat nicht nur um die unmittelbaren Belange der Studenten zu kümmern, nicht nur die Lösung konkreter studentischer Probleme . . . im Keller des Studentenhauses auszuspielen" (‚die tat'), sondern vielmehr die Mittelbaren, im besonderen die Ausarbeitung hochschulpolitischer Konzeptionen, die bislang nur in Händen der Bonner Studentenschaftslobby lag, selbst zu übernehmen.

G.

FAHRSCHULE
FRANKFURT/M.
Bockenheimer Landstraße 95
Telefon 77 91 40
Grundgebühr: DM 50,—
Fahrstunde: DM 12,50

POHL
seit Jahren
die Fahrschule
der Studenten

theater

neue bühne — vorträge

1. Grass, plebejisch

Dr. Stolzenberg, Chefdramaturg der Volksbühne Berlin, sprach über das Grass-Stück „Die Plebejer proben den Aufstand". Ursprünglich habe Grass ein ganz anderes Stück geplant als das, das er später auf die Bühne gebracht habe. In dem geplanten Stück sollte 1. Brecht am 17. Juni weiterproben, 2. am Aufstand nur ästhetisch interessiert sein, 3. nach dem Aufstand sich unversehrt zurückziehen. Dies Stück wäre, wenn es geschrieben worden wäre, politischer Rufmord gewesen, aber Grass habe das Stück vom miesen Ästheten nie geschrieben. Was hat er nun geschrieben? Die Proben am Koriolan gehen weiter — Brecht hat die Probe des Strittmatterstücks „Katzgraben" am 17. Juni 1953 abgebrochen. Jedoch, „aus der von Grass konzipierten ungebrochenen Figur, die nur ästhetisch am Aufstand interessiert war, ist eine tragische Figur geworden, die im Widerspruch steht, zwischen der ästhetischen Absicht und der Realität". Der „Chef", der sich den Aufstand erhofft habe, sei zu der Einsicht gekommen, daß ein Aufstand nicht stattfinde. So schicke er die Arbeiter wieder nach Hause. Das Stück wäre damit aus, blieben die Arbeiter nicht aus lauter Sturheit auf der Bühne. Da sie nicht nach Hause gehen, wird der Aufstand geprobt. Dieser Fortgang „kostet Grass den dramaturgischen Zusammenhalt des Stückes".

Brechts revolutionäres Ereignis sei der „Spartakusaufstand" gewesen, er habe die Revolution durch seine Stücke herbeiführen wollen, habe gezeigt, daß man sie proben, planen muß. Der Schluß des Stückes zeige den „Chef" daher auch in Gewissensqualen. Er, der den Aufstand gewollt habe, müsse zusehen, wie planlos er verlaufe. Den Aufruf schreibe er schließlich nur, damit die „Aufständischen" überleben können. Grass habe keinen Beitrag zur Brecht-Biographie leisten, sondern seine eigene und Brechts Situation darstellen wollen. Grass habe den Intellektuellen im Angesicht der römischen Situation auf der Bühne und der realen Situation in Berlin zeigen wollen, daraus sei ein „Kunststück" geworden.

Mit der Forderung nach Licht führe der Chef die politische Diskussion zurück in die ästhetische, solange, bis die politische und ästhetische Situation übereinstimmten. Er wisse aber, daß dies nur auf dem Theater möglich sei, Kunst auf der Straße sei unmöglich. Grass habe ein „deutsches Trauerspiel" auf die Bühne gebracht, die Situation der Intellektuellen, ihr Scheitern an der Wirklichkeit. Es sei offen, ob Grass damit nicht den Anfang eines neuen Theaters nach Brecht gemacht habe, daß er Brecht als Thema erkannt habe, sei das Verdienst von Grass. Dramatische Situationen seien heute nicht mehr möglich, sagte der Referent in der Diskussion. Das Drama lebe von der Gegenhandlung, der Konfrontation von Ideen und Emotionen, während das epische Theater von der Vielfältigkeit und Widersprüchlichkeit von Situationen lebe.

In der Diskussion wurde auf die Unzulässigkeit des Grass'schen Vorgehens hingewiesen, der seine eigene Situation in der Bundesrepublik habe darstellen wollen, nämlich die politische Wirkungslosigkeit der Intellektuellen, und diese Situation in die Geschehnisse des 17. Juni eingebaut habe. Hier werden zwei vollkommen verschiedene Tatbestände vermischt. Dort, in der DDR haben gesellschaftliche Veränderungen bereits stattgefunden, die hier noch ausstehen. Brecht hat den Aufstand in Berlin nicht gewollt. Er setzte sich beim Staatsrat dafür ein, aus den Geschehnissen kein Blutvergießen zu machen; vergeblich, wie wir wissen. Dann hat er sich zurückgezogen. Als Marxist konnte er den Aufstand nicht unterstützen. Der Vorwurf Grass' an Brecht sei auch, sagte der Referent dazu, daß er, Brecht, sich jenseits seines tiefen Engagements als Marxist richtig verhalten habe. Es sei der Vorwurf eines Sozialdemokraten gegen einen Marxisten.

2. Handke, Beschimpfen

Peter Handke sprach im Theaterseminar der neuen bühne. Er verlas einen noch unveröffentlichten Aufsatz über das Engagement in der Literatur. Das Engagement gebe nicht ein Weltbild, sondern eine Wunschvorstellung, wie es sein soll oder nicht sein soll. Engagierte Schriftsteller würden nur schreiben, was sie eigentlich sprechen wollten, die literarische Form aber hebe das Engagement auf. „Engagierte Literatur gibt es nicht". Engagement in literarische Form gebracht werde selbst zur Form und damit wirkungslos. Die künstlerische Form verfremde das Engagement und formalisiere die Wörter. Das poetisierte kommunistische Manifest sei nur noch ein Poem, kein Manifest.

Was solle der Gebrauchswert in dem Kunstwerk? „Durch die literarische Formalisierung wird der Gebrauchswert aufgehoben, wird Metapher." Weil die Kunst unwirklich, unrealistisch sei, werde jedes Engagement durch die literarische Form entwirklicht. „Engagieren kann man sich nur mit Wörtern (gesprochenen)." Selbst Gesprochenes, sofern nicht danach gefragt wurde, bleibe formal, ohne Engagement. Eine engagierte Literatur müßte alles Formale aus der Literatur entfernen, müßte eine neue Literatur schaffen.

Am Beginn seines Vortrages bezeichnete sich Handke als einen nichtengagierten Autor, „in welchem Sinne auch immer". Auf die „Publikumsbeschimpfung" angesprochen sagte er: „Mein Stück ist die Verneinung einer Form (des Theaters) nicht eines gesellschaftlichen Zustandes. Mein Wille ist nicht, die Gesellschaft zu verändern". Der erste Beatlefilm habe eine direkte Wirkung auf ihn gehabt. Auf der Bühne wollte er eine ähnliche Wirkung erreichen. Welche Wirkung? „Eine Art Außer-sich-sein." Warum? „Damit die Leute sensibler werden." Warum sensibler? „Damit ich besser mit ihnen reden kann."

Die Leute hätten nicht verstanden, daß er sich auf der Bühne über Wörter lustig machen wollte. Handke hält sein Stück für „ein Spiel, das seinen Sinn in sich selbst hat". Er wollte die theatralische Form einer beat-show auf die Bühne bringen, „weil sie dorthin gehört". Ob er sein Stück nicht für die theatralisierte Form der Brechtschen Theorie vom Theater halte? „Mein Stück ist ein Lehrstück, aber ein unernstes. Es lehrt und sagt gleichzeitig, daß das Gelehrte falsch ist." Warum denn Lehre? „Damit die Leute sensibler werden . . ." Was immer Handke selbst von seinem Theater halten mag, die „Publikumsbeschimpfung" war eine große show. Sie war aber auch ein Versuch, über Brecht hinauszukommen. Solche Versuche sind nötig, nicht weil Brecht schlecht ist — das Gegenteil ist der Fall —, sondern weil auf Brecht aufbauend eine Theaterform gefunden werden muß, eine adäquate Ausdrucksweise. Sie ist um so mehr nötig, als hier wieder Kräfte am Werk sind, die Brecht unerbittlich bekämpft hat.
Ob Handke glaube, daß sein Theater zukunftsweisend für das Theater sei, wurde am Schluß gefragt. „Ja." Je nun.

3. Brock, positiv

Vorträge, sagte Bazon Brock, pflege er oft mit einem Kopfstand einzuleiten, unter Hinweis auf die Sentenz: „Wenn Jesus mehr Sport getrieben hätte, wäre ihm am Kreuz nicht so schnell die Luft ausgegangen." Diese positive Einstellung zum Sport darf als ein Teil seiner „affirmativen" Haltung gegenüber den bestehenden Verhältnissen angesehen werden. Er bezieht eine Position der Zustimmung, um dadurch das Bestehende zu unterlaufen. Denn, so sagt er, der Satz „Diese Welt ist die beste aller möglichen Welten" sei eine viel größere Zumutung als die radikalste Kritik unserer Gesellschaftsordnung. Die Gedanken einer Gesellschaft konsequent zu Ende zu denken und so ihre Falschheit aufzuzeigen, halte er für wirkungsvoller, als ihr eine entgegengesetzte Auffassung entgegenzustellen. Er geht davon aus, daß die Kritik am kapitalistischen System von den Herrschenden nicht nur geduldet, sondern in gewissem Maße sogar gewünscht wird.
Daher ist sein „Theater der Position" folgerichtig ein „Theater der Affirmation". Eine identische Übertragung bestehender gesellschaftlicher Verhältnisse auf das Theater scheint Brock nicht möglich. Denn: „Die richtige Konstatierung gesellschaftlicher Antagonismen wird durch die herrschende Technik verfälscht und damit wirkungslos." Nichtidentische Übertragung, für die er eintritt, verzichtet daher konsequent auf Hinweise gesellschaftlicher Zusammenhänge, auf Kritik. Konsum, als ein Grundgesetz des kapitalistischen Systems, wird verherrlicht. Der sorglos-fröhliche Konsument, das glückliche Leben des Verbrauchers erhalten überschwenglichen Beifall. Brock, der seine Zuschauer lieber im Warenhaus als im Theater sehen möchte, macht die Bühne zum Verkaufsstand. Das, was dem Zuschauer täglich als wünschenswert offeriert wird, setzt er ihm auch auf dem Theater vor. Er bejaht das Leben, bejaht den Konsum. Die Zuschauer sollen sehen, wie sehr sie Objekte der Werbeindustrie und des Marktes geworden sind, wie sehr sie von ihren eigenen Produkten beherrscht, wie sie Waren unter Waren sind. Der Umschlag von Quantität in Qualität soll eintreten. Das Moment der Kritik ist diesem Vorgehen immanent.

Auf „Kunst" im herkömmlichen Sinne verzichtet Brock, muß er verzichten. In einer Zeit, da „Kunstübungen schon lange nichts mehr mit der Vermittlung von Freude und Erheiterung zu tun haben" gilt es, „das Machwerk gegenüber dem Kunstwerk wieder zu Ehren zu bringen". Dem „Machwerk", der oberflächlich und leicht dahinplätschernden Unterhaltung, die den „Kulturkonsumenten" täglich serviert wird, teilt er die Aufgabe zu, sich selbst und ihre Herrschaft über den Verbraucher zu entlarven. „Weil es gilt, die Kultur in den materiellen Lebensprozeß zurückzunehmen, sollte diese Zurücknahme nicht länger als Sünde wider den Geist betrachtet werden. Denn die Reproduktion des Lebens und die der Kultur müssen zusammenfallen, wenn nicht immer nur uns die Sehnsüchte wachhalten, sondern deren Erfüllung erzwungen werden soll." Die Funktion, die das Kunstwerk außerhalb des Produktionsprozesses nicht erfüllen konnte — es war wohl nie ganz außerhalb —, soll nun das „Machwerk" als Teil des Produktionsablaufs einnehmen.

Trotz dieses „negativen" Erfolges der Brockschen Arbeit ist die Frage zu stellen, ob er jemals die Quantität auf das Theater bringen kann, die zu einem Umschlag in Qualität erforderlich ist. Es besteht die Gefahr, daß er mit seinem Vorhaben bloß Formalen verhaftet bleibt, da ein Theater eben kein Warenhaus ist. Aber die Produktion auf dem Theater wird wohl noch eine Theaterproduktion bleiben, die der Gefahr unterliegt, durch ihre „Technik verfälscht und damit wirkungslos" zu werden.

Josef Wiest

Galerien & Galerien

Wenn behauptet worden ist, die Kunst habe in Frankfurt kein Zuhause, dann mußten sich alle die getroffen fühlen, die Kunst genug zuhause haben oder Gegenstände ihr eigen nennen, vielleicht sogar produzieren, die mit Zivilcourage auch Kunst zu nennen wären; die wenigen Galerien sind zu sehr, zum besseren Teil mindestens, mit Kunst beschäftigt, um protestieren zu können. Die Künstler, die Bürgersinn wenig genug haben, also noch arbeiten und ausstellen wollen, legen Geld und Courage dazu. Ganz unverbesserliche Kreise wie um die ehemalige galerie d, nunmehr e. V., sind sogar nicht mehr nur mit Ästhetik, sondern schon mit exakter Ästhetik befaßt, publizieren gar eine Zeitschrift dazu.
Vor kurzem gab ein ebenso unverbesserlicher Kreis über ein Wochenende hin bekannt, daß unter Umständen die Verbesserung auch andere gesellschaftliche Kreise betreffe. Adam Seide verzichtete zugunsten der Kunst auf sein angebliches Privatleben und überließ Peter Roehr Raum für eine öffentliche Veranstaltung, in der die Öffentlichkeit vor schwarzen Vierecken sich selbst betrachten konnte. Peter Roehr hatte zur Tarnung einige Vierecke geschickt an den weißen Wänden angebracht; es stellte sich heraus, daß Kunst keine unterhaltende Funktion hat oder daß ein angebliches Privatleben auch in Angaben über Kunst und Öffentlichkeit bestehen kann. A. Seide veröffentlicht über sich selbst eine Zeitschrift.

Ganz anders hob in anderen Räumen man das Privatleben zugunsten einer Kunstausstellung auf. Erst ließ man sogar das Berufsleben zurücktreten, um Julio le Parc Platz zu machen, einen Tag lang. Dann genügte ein weiterer Tag, um den Preisgewinner in der Privatgalerie Lichter sehen zu lassen. Eine sich drängende Öffentlichkeit nahm Kunst von Haus zu Haus. Dann ging das private Kunstleben weiter. Privatgaleriebesitzer haben genug Kunst zuhaus. um wieder auf Öffentlichkeit verzichten zu können. Auch hier genügte ein Wochenende.

Die meisten Ausstellungen und die meiste Öffentlichkeit sahen allerdings Privatleute, die nicht so sehr das Neueste oder das Unverbeserlichste zu zeigen trachteten. In der Nordweststadt wohnen Fischer-Steinhardts jetzt in einer Galerie; früher sah sie wahrscheinlich wie eine Wohnung aus, jetzt ist das nicht so zu unterscheiden. Wenn in Frankfurt solche Galerien möglich sind, steht es nicht ganz schlecht um Kunst und Künstler. Degenhardt, Frech und A. Ploog wurden bisher ausgestellt, was offenbar nicht programmatisch gemeint war. Zur Ploog-Ausstellung „Notstand unser" drängten sich unheilig viel Leute, die die neuesten Kunst-Maßnahmen kennenlernen wollten. Gleichzeitig konnte man ganz privat ein Buch (zur Ausstellung) kaufen. Demnächst werden „modernere" (was aber ist „moderner" als Notstand?) Arbeiten zu sehen sein. Dem Beispiel dieser „Privaten" nah, wird in Frankfurt vermutlich die Öffentlichkeit rapide abnehmen, die Kunstinteressierten zu. Wer sich demnächst in die Öffentlichkeit wagt ohne deutliche Insignien künstlerischer Absichten, wird in den Verdacht geraten, auch privat keine Kunstinteressen zu haben.

Das zuständige Amt in der Stadt hat die Zeichen der Zeit erkannt. Vom Rath trat zurück (nicht ganz allerdings) und machte im Amt Platz für die Zimmergalerie Franke. Ein Franke hatte einst einen bedeutenden Anteil daran, die Künstler aus dem Privaten ins Öffentliche gebracht zu haben, jetzt wird im Amt ganz öffentlich ausgestellt, öffentlicher geht es kaum (aber künstlerischer).

D. H. Wittenberg

Bekanntmachungen

„Das Ermittlungsverfahren gegen die verantwortlichen Redakteure und Herausgeber der Frankfurter Studentenzeitung DISKUS wegen Verdachts der Religionsbeschimpfung (§ 166 StGB) wird gemäß § 170 Abs. II StPO eingestellt." Mit diesem Beschluß legte die Frankfurter Staatsanwaltschaft die Anzeige zweier Kommilitonen, die sich durch die Titelmontage von DISKUS 1/1967 in ihren religiösen Gefühlen verletzt fühlten, zu den Akten.

Das Titelbild hatte eine Reihe von Leserbriefen und Telefonaten ausgelöst, in denen dem DISKUS in toto die Absicht unterstellt wurde, die religiösen Gefühle katholischer Gläubiger bewußt und planvoll beleidigen zu wollen. Und von dieser blindlings für wahr gesetzten Absicht (die kein Redakteur haben konnte, weil keiner die Verkennung der Titelmontage als „Beleidigung vermutete), wurde das Recht zu absichtlichen Verbalinjurien hergeleitet, die oft einen nicht gerade schmeichelhaften Einblick in den übrigen Gefühlshaushalt hieß etwa: Ferkel — gemeine Schweine — dreckige Säue. Mindestens zwei Kommilitonen machten eine rühmliche Ausnahme: sie erstatteten Anzeige und suchten (und fanden nach einigen Mißverständnissen auch) die Gelegenheit zu klärenden Gesprächen, die zu zwei Erkenntnissen führten, nämlich daß Katholiken das Titelbild als die beleidigende Darstellung einer zentralen Kulthandlung interpretieren konnten, und daß der DISKUS eine solche Auffassung nicht beabsichtigt, aber auch nicht vorausgesehen hatte.

Um unseren Lesern einen Einblick in Argumentation und Motive der beiden Kommilitonen, die die Anzeige unterschrieben, zu geben, drucken wir an dieser Stelle — außerhalb der Leserbriefe — eine Stellungnahme von Gero B. Friedel. Da die Strafsache durch die Entscheidung der Staatsanwaltschaft erledigt ist, steht die Fragwürdigkeit des § 166 StGB („Gotteslästerungsparagraph") hier nicht zur Debatte; das andere Problem freilich, ob für Studentenzeitungen eine spezielle Pressefreiheit gelte, und welche besonderen Freiheiten und Beschränkungen aus der „innerstudentischen" Toleranzpflicht einer subventionierten Studentenzeitschrift folgen — dieses Problem ist von dem Autor wieder einmal nicht gelöst worden.

●

Der Stein des Anstoßes war das Titelblatt der Januar-Nummer des DISKUS. Den größten Teil der Fläche nahm eine Fotomontage ein. Hände eines Geistlichen halten einen Kelch, in dem — an einer Stelle wo sich sonst das Brot befindet — zwei nackte Mädchen hineinmontiert sind. Umrahmt wird das Titelbild durch kleinere Originalanzeigen pornographischen Inhalts aus amerikanischen Zeitschriften.

Eine große Anzahl katholischer und evangelischer Studenten fühlte sich durch diese Darstellung verletzt, nicht ein möglicherweise vorhandener **Inhalt** wurde dabei moniert, sondern die **Form** der Darstellung. Als mögliche Aussage wurde eine Anprangerung des amerikanischen Sexkultes, der schon zu einer Art Ersatzreligion geworden sei, vermutet. Dagegen war nichts einzuwenden. Anders verhielt es sich aber mit der Form: Eine eindeutig kultische Handlung — aus der Kelch- und Handhaltung des Geistlichen ist für einen gläubigen Christen ein bestimmter Höhepunkt während des Gottesdienstes erkennbar — wurde mit der profanen Darstellung zweier nackter Mädchen verbunden. Diese Kombination wirkte für jeden religiösen Beschauer abstoßend, widerlich und verletzend.

Angreifbar scheint mir die Ansicht, daß eine Studentenzeitung wie der DISKUS, solange sie sich innerhalb des straf- und presserechtlich Erlaubten bewegt, uneingeschränkte Freiheit genießen solle. Diese Skepsis erscheint mir Ansatzpunkt für einige kritische Überlegungen, die für die Lösung der konkreten Frage von Bedeutung sind. An diesem Punkt werden nämlich für den Fall einer Studentenzeitung immer wieder zwei grundverschiedene Meinungen ins Feld geführt. Die eine besagt, daß aufgrund des höheren Bildungsniveaus der Studentenschaft gegenüber Lesergruppen anderer Zeitungen, von den studentischen Lesern eine gewisse großzügigere Betrachtungsweise gegenüber ausgefallenen, avantgardistischen oder gewagten Berichten, Darstellungen oder ähnlichem verlangt werden kann.
Die Gegenmeinung vertritt die Auffassung, daß eine Studentenzeitung — da sie über die Universitätskasse von jedem Studenten Pflichtbeiträge einkassiert — ein Spiegelbild der Studentenschaft im ganzen und ihrer einzelnen Gruppen sein sollte. Ich glaube, daß eine „Repräsentationstheorie" am wenigsten stichhaltig ist. Aus der Praxis weiß ich, daß dies zu einer Einengung und Schablonisierung des Redaktionsprogramms führen müßte, was dann in keiner Weise dem Niveau einer Studentenzeitung gerecht würde. Jedes fortschrittliche Redaktionsprogramm müßte in den Papierkorb geworfen werden, nur weil es noch kein „Spiegelbild" der Studentenschaft wäre. Eine absurde wie gleichsam „reaktionäre" Idee.

Damit komme ich zur ersten Ansicht zurück, die besagt, daß hinsichtlich des besonderen Niveaus der studentischen Leserschaft eine Avantgarde weitergehende Möglichkeiten haben müsse, als bei Lesern mit einem begrenzteren Blickkreis. Dies ist zweifellos richtig, doch zwingt diese Feststellung zu einer Folgerung: Wenn die Studentenzeitung einen weiteren Blick für ihr sehr spezielles Redaktionsprogramm verlangt, dann muß auch der Student von der Studentenzeitung einen weitreichenderen Blick für seine persönliche Sphäre verlangen können. Gehen wir davon aus, daß der DISKUS so manchem fähigen, jungen Literaten das erste Sprungbrett war. Die Eigenwilligkeit und Sensibilität der jungen Künstler haben wir mit viel Toleranz respektiert und durch unseren Pflichtbeitrag finanziell gefördert. Das kann von dem Durschnittsleser einer anderen Zeitung nicht verlangt werden. Von uns Studenten kann das aber mit Recht aufgrund der konkreten innerstudentischen Lage gefordert werden, nämlich durch die Einsichtsfähigkeit, daß nur auf diese Weise eine künstlerisch anspruchsvolle Studentenzeitung entstehen kann.

Dieser gesteigerte Respekt, den wir Studenten dem künstlerischen Schaffen sensibler Literaten — die durch ihr Schaffen notwendigerweise in eine gewisse Isolation gegenüber dem Durchschnitt der Studentenschaft geraten — entgegenbringen, fordert auf der anderen Seite vom Redaktionsstab ebenso eine gesteigerte Rücksichtnahme gegenüber dem studentischen Leser. Er hat es da vielfach nicht mit dem abgeflachten Durchschnittsleser zu tun, der aufgrund seiner Lauheit gegenüber den Massenmedien so abgestumpft ist, daß ihm weitherzige Maßstäbe bei der Beurteilung von Fehltritten und Geschmacklosigkeiten einer Zeitung untergeschoben werden können. Damit ist folgendes gesagt: Wie der Leser im innerstudentischen Raum eine innerstudentische Toleranz praktizieren muß, so muß es auch die Redaktion einer Studentenzeitung tun. Anders wie vermutet, kann sie nicht aufgrund ihrer niveaumäßig gehobeneren Leserschaft an ihre Weitherzigkeit appellieren, sondern sie muß vielmehr aufgrund der niveaubedingten Sensibilität ihrer Leserschaft sich eine Einschränkung der Freiheiten gefallen lassen. Dies entspricht innerstudentischer Toleranz. Gesteigerte Rücksicht gegen gesteigerte Rücksicht!
Die bei einer Abgrenzung der Studentensphäre und der Sphäre der Studentenzeitung zu berücksichtigenden Punkte sind hier nicht erschöpfend dargestellt. Sie lassen jedoch folgendes erkennen:

1. Innerstudentische Toleranz verlangt von einer Studentenschaft unter Umständen Förderung und Respektierung einer avantgardistischen Studentenzeitung. Dies wird von einem Durchschnittsleser einer Durchschnittszeitung nicht verlangt.
2. Innerstudentische Toleranz kann unter Umständen von einer Studentenzeitung eine höhere (als die normale) Rücksichtnahme gegenüber der Sphäre des Lesers verlangen. Dies wird von einem Durchschnittsleser gegenüber seiner Durchschnittszeitung verlangt.

Wie ich ausführte kann man nun nicht folgern: . . . Aber in einer Studentenzeitung ist das etwas anderes, sondern es muß heißen: . . . **Erst recht** wenn das in einer Studentenzeitung steht, muß das als verletzende Darstellung angesehen werden.
Deswegen mißbillige ich das Titelblatt.

Gero B. Friedel

buchkritik

Schwarze Freiheit

Leroi Jones: Dantes System der Hölle. Melzer Verlag, Darmstadt 1966. 184 Seiten. DM 16,80.

Die Emanzipationsbewegung der Neger formiert sich allmählich mit wachsender Solidarität: In Martin Luther King fand sie ihren friedlichen, in Frantz Fanon ihren aggressiv-kämpferischen Wortführer. In Dichtern wie James Baldwin oder Leroi Jones findet sie ihre künstlerische Artikulation.

In „Dantes System der Hölle" übernimmt Leroi Jones die Daten von Dantes Inferno, überträgt den Mythos auf die moderne Hölle der Negerslums von Newark im Staate New Jersey, wo Jones aufwuchs. Es ist eine „recherche du temps" — aber nicht „perdu"; vielmehr die Suche nach einer Höllenzeit, die nicht nur „unter die Haut" ging, sondern diese schwarze, von so vielen gehaßte Haut zu schmerzhaft verletzte, als daß sie vergessen werden könnte. Die Erinnerung an diese Zeit verläuft nicht geradlinig und Jones unternimmt nicht den künstlichen Versuch — Kunstgriff aller klassischen Erzählkunst — die Erinnerung für die Leser kausallogisch-konsumgerecht zuzubereiten; dem Leser bleiben nur zwei Möglichkeiten: Entweder er legt das Buch verärgert fort, weil den Impressionen der rote Handlungsfaden fehlt, oder er läßt sich aktivieren, läßt es sich gefallen, daß ihn diese häßlichen, schmutzigen, undelikaten, schönen, grellen zarten Erinnerungsmomente überfallen, wie sie Jones überfallen, ohne Kausallogik. Jones ist gegen sich nicht weniger aggressiv als gegen den Leser: „Kehr zurück. Dreh dich um. Die Tür wird sich zur Sonne hin öffnen . . . Ich bringe alles um . . . Bringe es fertig. Dies ist dies. Ich habe nichts als meine kleinen Worte . . . gegen den Tag. Gegen dich. Gegen. Mich selbst." Er stellt sich und die Exaktheit seiner Erinnerung ständig in Frage:

Mein Großvater war in einem Lagerschuppen voller Wahlmaschinen gestorben. Heißt das, daß es Herbst gewesen sei? Oder, daß ich Wahlplaketten trug oder es mit Aubry in Belmar trieb. Welche Aubry? Sie bringen es alle zu etwas. Ich wengistens. Wie das so geht. Wer?

Syntaktische Verweisungen wie „aber", „und", „weil", „so daß" etc. stellen nur scheinbar inhaltliche Bezüge her, in Wirklichkeit machen sie den Verlust aller Beziehungen nur bewußter, isolieren die ohnehin isolierten Assoziationen, die willkürlicher aneinander gereiht sind als z. B. im „nouveau roman", in dem immerhin noch eine Assoziationslogik entwickelt wird. Auch darauf verzichtet Jones. Der einzige Bezugspunkt ist sein Bewußtsein. Dieses Bewußtsein ordnet nicht disparate Eindrücke, sondern notiert sie, zufällig, wie sie das Bewußtsein anspringen, — eine Technik der Beat-Bewegung, der Jones durchaus nahesteht.

Klassischer Erzählstil wird stellenweise parodiert, wenn z. B. das erzählende Ich scheinbar seiner Pflicht zum genauen Nacherzählen nachkommen will: „Noch nicht erwähnt ist Becky, die stets mit dem Bus fuhr." Aber Becky steht beziehungslos zwischen den sie umgebenden Assoziationen (50 Seiten später taucht sie dann auf). Manchmal wird der Leser vertraulich angesprochen, als sei er in die unausgesprochenen Geschichten eingeweiht. In einem dramatischen Einschub klingen programmatisch die Worte des Erzählers, die sich gegen das Erzählen richten:

Der Geist ist seltsam. Alles muß sinnvoll sein, muß irgendwie etwas bedeuten. Egal welche Lüge wir auch zurechtmachen. Welchen Sinn wir schließlich errichten . . . egal wie weit entfernt von allen Tatsachen. Eine Verbindung ist geschaffen. Eine leere Geste im Gegenlicht.

Selten sind inzwischen den disparaten Impressionen zusammenhängende Episoden eingestreut, die von jenen sprechen, die das Inferno bevölkern: den Ketzern, den Verrätern, den Verschwendern, den Lüsternen — der grausame Bericht einer Vergewaltigung, Verführungsversuche von Homosexuellen, Szenen auf und nach einer Party, Beschreibung eines Zimmers in den Armenvierteln — Schaben, braunes Spülwasser, Schweißgeruch —; und der Impotenzangst angesichts dieser Kulisse, Szenen, wie ein Neger verprügelt wird, Szenen der Armut der schwarzen Minderheiten, Szenen des Hasses auf sie; getragen aber sind die Szenen vom erwachenden Selbstbewußtsein dieser Minderheiten: Wie Fanon weiß Leroi Jones, daß ihre Emanzipationsbewegung wohl zu verzögern, jedoch nicht aufzuhalten ist. Jones demonstriert dieses Selbstbewußtsein: Er hat in New York ein Haus eröffnet, zu dem nur Schwarze Zugang haben.

Gisela Dischner

Freude an Jakov

Leid an Lind

Jakov Lind: Eine bessere Welt. In fünfzehn Kapiteln. Roman. Verlag Klaus Wagenbach, Berlin 1966. 168 Seiten. DM 9,80.

„Es waren einmal zwei Freunde aus demselben ‚österreichischen, auch deutschen Geist', nun miteinander verfeindet: Der braune Roman Wacholder und der rote Ossias Würz." Wacholder wie Würz wollen an einer besseren Welt bauen. Von dieser Absicht aber lenkt sie ihr Haß und ihre Angst, die sie voreinander haben, ab. Ihre Existenzen bleiben korrelativ, sie leben nicht für sich, sondern gegeneinander. Wacholder haust im Papierberg des zerfallenen Zollamts acht. Seine beiden Adoptivsöhne, der Dichter Aslan und der Philosoph Leo helfen ihm seine Existenz zu verteidigen, bzw. was gleich gilt, Würz zu vernichten. Im Gegensatz zu Wacholder lebt Würz in Familie. Hinter einer sechs Meter hohen Mauer wohnt er in der Melchiorstraße 9 (Fenster aus lärm- und kugelsicherem Glas), zusammen mit seiner Frau Rita, einem „Pelzweibchen das man lieben muß . . ., große Brüste, breite Schenkel . . ., Augen einer schwangeren Katze . . .". Ernährt werden die beiden von Ritas minderjährigen Söhnen, die auf den Strich gehen. Der sich steigernden Paranoia von Würz aber wird auch die eigene Familie verdächtig. Der Haussegen hängt schief, schon lange wird nicht mehr zusammen onaniert. Würz jagt Bazillen in Planquadraten und reinigt potentiell verseuchte Luft mit Kampfer und Terpentin. Seine Befürchtungen sind nur allzu berechtigt, denn mit Hilfe von Aslans „Nervenbrause" und Leos „plazentaler Existenztheorie" wird Wacholder der Würzschen Existenz immer gefährlicher.

In 15 Kapiteln seines Romans demonstriert Jakov Lind, wie seine Figuren versuchen, eine bessere Welt zu errichten. Was er an diesen Figuren personalisiert, wird politisch deutbar. Dennoch ist es nicht nur vordergründig aktuell zu fixieren. Grundsätzliche psychologische Strukturen werden sichtbar, etwa in der Wechselwirkung von Angst und Aggressivität. Durch die Personalisierung des „kalten Krieges" zwischen BRD und DDR ist die Spiegelung zweier Ebenen möglich: die des triebbezogenen Ichs und der daraus im Ganzen sich manifestierenden gesellschaftlichen Perversität, die sich hinter Konvention birgt. Schockierend bleibt Lind immer deshalb, weil er ans Politische, Philosophische und Religiöse Sexuell-Orgiastisches assoziiert, so etwa in der Beschreibung der Konferenz des Kuratoriums „Wacholderwürz", die sich, zunächst Orgie des Sinnlich-Exaltierten, in die der phraeologischen Selbstbestätigung eigener Weltanschauung wandelt und zur vernichtungswilligen Kollektiv - Aggressivität wird, um eben jene hedonistischen Vorteile zu rechtfertigen und zu erhalten, die Lind im Grob-Sinnlichen paraphrasiert. So verstanden werden muß auch Obszönes der Sprache, das Pochen aufs Libidinöse. Die geradezu monomane Abwertung ins Vulgär-Erotische zeigt die Anstrengung eines Pathos, das aus der Enttäuschung am Sinn der Welt letztlich nur Protest in radikalster Form akzeptieren kann. Kompromißlos schärft sich Linds Intellekt an jenen Dingen, die man gemeinhin als kulturelle Werte bezeichnet („Die ganze abendländische Philosophie schien ihm eine Hautkrankheit"). Er ist einer jener Autoren, denen gewisse Leute vorwerfen, daß sie in der Mülltonne wühlen. Lind macht Ernst mit rückhaltloser Gesellschaftskritik. Seine Sprache scheut keine Tabus. Er deutet nicht an, er spricht aus und geht ins Detail. Dennoch wird sein Erzählen Poesie dort, wo es sich auf den schmalen Grat des noch Erzählbaren vor dem Abgrund der Sinnlosigkeit wagt („. . . daß es sich nur lohnt Irrsinn zu schreiben, da, wie man weiß, Sinn keinen Sinn haben kann. Sinn also keinen hat"). Lind leistet das Äußerste, um „Unsinn" mitteilbar zu machen. Seine ganze Verzweiflung an einer sinnentleerten Welt spricht aus den letzten Zeilen seines Romans, in welchem die Helden aneinander zugrunde gehen, als Wacholder sich, von Leo angestachelt, selbst begräbt: „und (Wacholder) starb nur, damit die anderen was zu lachen hatten. Aber die anderen lachten nicht."

Man sollte diesen Roman ernst nehmen und dem mutigen Verleger für diese Edition dankbar sein.

Werner Bruno Koch

In 15 Kapiteln seines Romans demonstriert Jakov Lind, warum eine bessere Welt nicht zustande kommt. Den Vorwurf, nicht zu wissen, was in der Welt der Literatur en vogue ist, kann man Lind nicht machen. Da wird alles moderner Ausdruck, was uns Progressive thematisch affiziert. Linds „Erfolgs"-Rezept setzt sich etwa folgendermaßen zusammen: Zunächst wird eine absurde Existenzgrundlage konstruiert (die unsrige Welt spiegelnd). Bereichert wird diese durchs Sexuelle, als da wären: Phallusterie, Sodomie, Analerotik, Masturbation, Homoerotik . . . Das dritte wichtige Moment des kritischen Bewußtseins liegt im Bereich des Politischen, also rot und braun, unbewältigte Vergangenheit und BRD contra DDR. Spannung wird erzeugt, weil man bis zum Ende nicht weiß, ob auch wirklich das gemeint ist, was man herausliest. Sprachlich gibt sich Lind unbestimmt, aber männlich-vital. Wortspiele, über die er stolpert, nimmt er dankbar auf. Es verbrüdert sich der Zufall mit dem Effekt. — Was Lind vorgibt, ist, gegen Tabus und Konvention zu marschieren. Aber gerade hier liegt das Dilemma: sein Protest ist unreflektiert, in der Undifferenziertheit liegt wieder die Gefahr des Klischees. Thematik, die der Reflektion dringend bedürfte — Faschismus, Vergesellschaftung und Unfreiheit — erledigt Lind in Genital-Hysterie: Zeugnis eines schlecht verdauten Freud. In der Mülltonne wühlend, trennt ihn vom reinen Ästhetizismus des Vulgären schließlich nur die Pose des Engagements und schlechter Stil. Gerade jene von Lind angedeuteten Probleme scheinen nicht geeignet, in literarischer Koketterie zu posieren, um sich dann mit Augenzwinkern und dem Hinweis auf den unsinnigen Zustand der Welt vor der Aussage zu drücken. Man täusche sich nicht: auch Absurdität kann zu einer üblen Art von Realismus werden, der über anheimelnde Resignation zur Affirmation wird. Dieser Tatsache fällt auch Lind zum Opfer. In seiner Absicht, verkehrte Welt bewußt zu machen, landet er bei der absurden Attitüde, schließlich insgesamt im Unkontrollierbaren und Nebulösen — genau dort, wogegen sich seine Entrüstung mobilisierte. Verbindliches könnte hier Abhilfe schaffen. Eigentümlich, auf wen beziehen sich diese Worte Aslans: „. . . mein buch macht man nicht indem man den dreck der bei uns liegt, . . . mit schönen Worten abstrahiert. das ist regressiv herr doktor wenn man sich modern und progressiv gebärdet wie leo."

Das Interessanteste an Linds Roman ist, warum ein Verleger wie Klaus Wagenbach ihn herausgebracht hat.

Werner Bruno Koch

Gehöht und gefestigt

Werner Reinert: halte den tag an das ohr. Gedichte. Piper-Verlag, München 1966. 87 Seiten, DM 12,80.

Nach *Knaut* legt Werner Reinert jetzt seinen ersten Gedichtband vor. Der Titel, das gegenständliche Handhaben eines ungegenständlichen Objekts im Imperativ, verweist auf die Fünfziger-Jahre mit ihren landschaftlich individuell erfahrbaren Bezügen und gibt den Verdacht einer nachzügelnden Publikation. Inwieweit Reinert dem verfällt, bevor er ins Bewußtsein der Leser gedrungen ist, bleibt an seinen Versen nachzuprüfen.

Zunächst fällt die straffe Organisation der Gedichte unter dem summierenden Bild der Wolke auf: *die wolke ist ein Kinderspiel — die wolke ist ein mädchen — die wolke ist ein totenkopf — die wolke ist ein schiff nach niemehr und immer.* So wie hier in den einzelnen Titeln die Wolke als gemeinsames Bild die Texte verbindet, so beherrscht die Anapher auch weite Teile der Texte selbst. Hinzutreten Katachrese, Oxymoron und ein beinahe barocker Komplex von Verschiebungen. Die Versaufgänge sind überwiegend hart trochäisch. Wo sie jambisch auftreten, greifen sie dem daktylischen Pochen vor: Durchgehend metrisch gegliederte Strophen finden sich kaum. Die Verknüpfung von Bild und rhytmischem Feld liefert die Struktur. Das Wortmaterial wird der traditionellen Landschaftslyrik entnommen und gehört den „gehöhten" Worten an, deren Semantik auf rein sinnliche und zunächst wertfreie Bereiche verweist, dann aber durch den Kontext und durch nicht-ausgeführte Motivierung einem individuell verschiedenen Wortfeld zugeordnet und zur Chiffre ausgebaut wird: Sand, Mohn, Birke, Taube, Flügel, Horn, Lippe, Zunge, Auge. In der letzten Gruppe des Gedichtbandes werden mehr und mehr Fakten aus der technisierten Alltagswelt übernommen, ganze Sätze als Zitat montiert.

Wo sich Reinert auf den rhetorischen Index verläßt, auf sein Funktionieren, ohne durchgebaute gedichtsinterne Bezüge, geraten die Verse ins Willkürliche:

sand blitz
meine lippe
sandverweht
meine hand
gekentert

Das ist ein verstümmelter Prosasatz. Mit der Klärung der Bezüge erschöpft sich das Gebilde. Was bleibt, ist allenfalls eine nicht sehr gelückte Übung. Dem ließen sich weitere 15 bis 20 der 66 Gedichte zureihen. Gegenüber steht dann eine Anzahl von Gedichten, die mehr bieten; so:

traum
ich habe geträumt
mein traum war ein schneeweißes pferd
es sprang durch die felder
mit hufen aus glas
da sangen die steine
die erde sang
auf einmal hatte es flügel
es flog in den mittag
da sangen die wolken
ein schneeweißes lied
sein echo liegt noch
auf dem stoppelfeld.

Ein Gedicht, das zum „Wie ist es gemacht?" geradezu einlädt. Der gehöhte Wortschatz verliert seine Preziosität und geht ein in die Funktion der Bilder, eine strenge Ökonomie, die sich widerspiegelt in den Vokalreihen. Das ist kein Einzelfall, auch in den historisch-gesellschaftlichen orientierten Versen lassen sich ähnliche Strukturen nachweisen: *jugend: als ich achtzehn war / sah ich / einen leutnant / die hand mit der null acht / gegen den nacken / eines alten mannes / der alte mann / griff in die luft / . . .* Das an exponierter Stelle stehende u löst abrupt die a-Reihe ab und wird neun Verse später durch „blut" wieder aufgenommen.

Der von der „Lyrik" noch nicht verschlissene Wortschatz, der Technik, Jargon und Kinderspiel miteinbezieht, verbindet sich bei Reinert mit dem gehöhten Wortschatz der fünfziger Jahre. So kann die *kinderschaukel* ganz konsequent zur *bogerschaukel* werden. Zielte noch z. B. das Gedicht der Bachmann nostalgisch auf den Hintergrund Hölderlin, so zielt Reinert in seinen guten Gedichten auf den dämonisch-verfremdeten Expressionismus eines Georg Heym (z. B. *der blutrichter, angriff derkäfer*). Reinert zeigt, wie die lyrische Anonymität im Schlepptau der fünfziger Jahre dort aufgehoben wird, wo sie mit der notwendigen Brutalität und Ökonomie gehandhabt wird.

Klaus Vorpahl

MYTHISCH MENSCHLICH MÖRDERISCH

Wert der Kritik

Tolja hat viele Bekannte; vornehmlich Künstler. Der klügste unter ihnen ist Dichter. Der schreibt seine Gedichte gern auf die abgefallenen Blätter des herbstlichen Waldes. In dem trockenen Rascheln, das der Wind unter den aufgewirbelten Blättern erzeugt, glaubt er die Stimmen seiner Kritiker zu erkennen und freut sich über den Erfolg seiner Werke.

Harald K. Hülsmann

Luise Pollinger

Papier · Bürobedarf · Drucksachen · Schreibmaschinen und Schreibmaschinen - Reparaturen
Füllhalter - Reparaturen innerhalb 24 Stunden in eigener Werkstatt · Selbstbedienung:
Bockenheimer Landstraße 133 · Fernruf 77 63 77

Kollegbedarf
Füllhalter
Feinpapiere
Geschenke
Büro-, Zeichen-, Schulartikel

Frankfurt am Main · Bockenheimer Landstraße 131 · Fernruf 77 55 89

Peter Naacher

Buchhandlung für Universitätswissenschaften
Bockenheimer Landstr. 133
Zentrale: Steinweg 3 Ruf *28 76 41
Taschenbuchladen: Jügelstraße 1

Bücher für Ihr Studium · Literatur unserer Zeit
Wesentliche Veröffentlichungen des In- und Auslandes

Heinz Ludwig Arnold

Mythen, Mütter und Medea

Bemerkungen zu Hans Henny Jahnn

Soll man sich erinnern? Als Hans Henny Jahnns erstes dramatisches Stück, das er publizierte – zahlreiche Etüden, meist mißlungen bis zum Exzeß, gingen voraus –, als der *Pastor Ephraim Magnus* im S. Fischer-Verlag im Jahre 1919 erschienen war, als das Stück schließlich fast vier Jahre später, inszeniert von Brecht und Bronnen, auf der Berliner Bühne *Das Theater* (23. 8. 1923) auch gespielt wurde – nach einer Woche wurde es verboten, obwohl bis dato die Aufführung nur Subskribenten zugänglich gewesen war –, als nämlich Hans Henny Jahnn in die Literatur eintrat, begründete die damalige literarische Kritik Ressentiment und Kolportage gegenüber diesem und um diesen Autor, die sich bis auf den Tag nicht aus einer tabuisierten Ablehnung gelöst haben. Was sie unternahm, war schlichte Verleumdung. So schrieb Victor Klages, der den Jahnn für dieses Stück zugesprochenen Kleist-Preis sich erhofft hatte, zum *Pastor Ephraim Magnus*, er sei ein „Abgrund, angefüllt mit Komposthaufen, die Geruch des Kampfes um Gott ausströmen wollen, doch in Wahrheit nur den faden Gestank von Genitalien ausdünsten". Paul Fechter sprach vom „hilflosen Gestammel einer peinlich kranken Seele", Edgar Groß von dem „masochistisch-sadistischen Produkt eines sich genial gerierenden, in Wahrheit von schwächlicher Perversivität gebannten unschöpferischen Geistes". Man bescheinigt Jahnn eine „penetrante Neigung zur Koprolalie" – so Fechter. Es waren, wie Loerke schrieb, „pharisäische, fanatische und denunziatorisch überhebliche, medizinische oder sonstwie bagatellisierende Betrachtungsweisen". Sie begleiteten den Autor bis an sein Lebensende, ja darüber hinaus. Soll man sich also erinnern? Oder genügt ein Hinweis auf den Literaturkritiker Günter Blökker, der am 15. 11. 1958 in der FAZ über Hans Henny Jahnn und sein Werk schrieb: „So gewiß Jahnn eine große Sprachpotenz (!) ist, so gewiß ihm Wortketten (!) von leuchtender Schönheit und Sätze von exorbitanter (!) Schlagkraft (!) gelingen . . . so gewiß ist es auf die Dauer ein degoutantes Schauspiel (!), diesem verbalen Muskelspiel (!) zuzusehen. Sprache, die geistig nicht gebunden ist, ergeht sich in Catcher-Posen (!), in einem literarischen Athletentum für die Schaubude (!)." – genügt dieser Hinweis als Nachweis für eine Literaturkritik, die arrogant all das zu verleumden bereit ist, was sich nicht in ihre Kategorien einpaßt und außerhalb ihrer beschränkten Vorstellung besteht? Ich meine wohl. Und jede Erinnerung an Hans Henny Jahnn wird die Erinnerung an ähnliche Schmähungen mittragen: Geistfeindlichkeit und Pansexualität – es sind ihre mißverstandenen Attribute.

Daß Hans Henny Jahnn, der 1894 in Stellingen bei Hamburg geboren wurde, im Sommer 1915 mit dem Freunde Gottlieb Harms nach Norwegen emigrierte, um dem Wehrdienst zu entgehen, daß er auch vor 1933 emigrierte, daß er schließlich gegen die Atombewaffnung der Bundesrepublik sich engagierte – das alles sind Ereignisse, die ihn dem deutschen Publikum nicht näher bringen. Sie, wie sein literarisches Werk insgesamt, können es nur befremden, und die Kluft, die sich spannt, scheint unüberbrückbar. Wäre er nur Rationalist oder nur Irrationalist, so käme man hierzulande sicherlich besser mit ihm aus; daß sein Werk eine Symbiose aus beidem eingegangen ist, die mehr als jeder ihrer Faktoren allein, und vor allem anders ist, das verstört Rationalisten wie Metaphysiker. Auch sein Liebesbegriff, den die Kritiker immer wieder sexuell orgiastisch mißzuverstehen allzu bereit sind, ist mehr als Sexus oder Eros oder Agape, ist aber nicht nur Addition, sondern Potenzierung ihrer Inhalte. So auch sein Kompositionsprinzip, im späten expressionistischen Roman *Perrudja* (1929) wie im späten Werk *Fluß ohne Ufer* (1949–1950): aus architektonischen und musikalischen Kompositionsprinzipien, die er in langen Studien erprobte, zog Jahnn die ihm eigene epische Architektonik. Die inneren Stimmen und Motive des epischen Personals werden überwölbt von den Strängen des Schicksals, vom welthaften Kuppelbau: „Es ist, wie es ist, und es ist fürchterlich." Und dieses Sein muß im Zugriff erworben werden, muß verwandelt werden im Tode. Die Toten bleiben allen Figuren Jahnns bewußt, ja sie erreichen erst durch Ihren Tod ein Überleben, in der Erinnerung: die Figuren der Dramen sind durch Todessehnsucht ausgewiesen. Für Jahnn ist Tod die Bewältigung der morbiden Welt. Auflösung des befallenen Körpers in eine bleibende Erinnerung: Jakob und Ephraim Magnus, letzterer durch alle erdenklichen Leiden, gehen diesen Weg ebenso wie Hans Heinrich und Anne in *Hans Heinrich* (1922), wie Frau Menke, Karl und Ulrich in *Der Arzt, sein Weib, sein Sohn* (1922), wie Leander, Leonhard und Wendelin in *Der gestohlene Gott* (1924), wie schließlich auch die Söhne Medeas in Jahnns letztem und reifstem Jugenddrama *Medea* (1926).

Todessehnsucht und mythischer Hintergrund, Melancholie und Erinnerung prägen Figuren und Landschaft des Jahnnschen Werkes. Das „Es ist, wie es ist, und es ist fürchterlich" muß überwunden werden in seiner Bewältigung; nichts wird verdrängt – diese Ausflucht jeden zivilisatorischen Prozesses verbietet sich Jahnn. Hans Wolffheim hat nachgewiesen, wie sehr im Werk Jahnns zwei Mythen verwurzelt wurden: die Zwillingsbrüderschaft – im ganzen Werk anwesend – rührt her vom Gilgamesch-Mythos, auf das Jahnn selbst verschiedentlich hingewiesen hat; das Inzest-Motiv leitet auf den alten Isis-Osiris-Mythos und trägt naturmythische Züge. Jahnn bleibt in der Gestaltung der Mythen mit Absicht ohne jede kunstvolle Objektivierung: Objektivierung bedeutet ihm Verdinglichung der Figuren, also der Menschen, bedeutet in weiterer Konsequenz Versteinung und schließlich Konventionalisierung, bedeutet einen erlöschenlassenden zivilisatorischen Prozeß, der den ‚Mord an Gott' auslöst und dem Menschen nur noch die Schöpfung als das Abbild Gottes zurückläßt. In dieser Situation sieht er sich selbst. „Alle, Christen wie Humanisten, haben den Geist der Liebe verraten. Nihilismus ist die Konsequenz, das Fazit aus beiden, und zwar darum, weil Geist und Liebe, die beide zwar immer als höchste Werte intendierten, von beiden in fixierte Wertsysteme gespalten und aufgefächert, gleichsam dingfest auskonstruiert wurden." (Wilhelm Emrich)

Und dennoch war Hans Henny Jahnn kein vollblütiger Dramatiker; das Feld, auf dem sein Genius sich ausbreiten konnte, war und blieb die Prosa, das lang ausgezogene epische Werk,

Foto: Europäische Verlagsanstalt

das schließlich einmündete in einen *Fluß ohne Ufer*, jenes umfangreiche Romanwerk, das bei aller Größe ein Fragment geblieben ist. Doch auch der *Perrudja* blieb nicht abgeschlossen; der Nachlaß brachte neue Einsätze zu Tage. Dieser *Perrudja* war unzweifelhaft ein Werk des Expressionismus. Seine Sprache wirkt wie ein Rausch; seine Grammatik ist zerbrochen; er ist angehäuft mit assoziativen Effekten und utopischen Visionen. Auflösend-aufgelöst wird mit dem wir uns einigermaßen vertraut gemacht haben. Von ihr, der Zeit, haben wir keine Vorstellung. Wir wissen, daß große Entfernungen ihre Gegendimension, fast ihr Gegenteil sind, man könnte geradezu von *negativer Zeit* sprechen, *die etwas durchaus anderes als Vergangenheit ist* . . . Wir sind von allem Anfang an in den Raum hineingepreßt, der für uns freigelassen ist, und es ist die Frage, ob die Zeit nicht genauso eine Höhlung ist, die von Anfang bis Ende unveränderbar, daß also das Wort Schicksal den Begriff der totalen Lebenszeit enthalten könnte." Die Zeiten sind allgemein und gegenwärtig; deshalb ruhen die Toten nicht im Vergessen, und auch deshalb ist der Tod in Jahnns Werk kein Ende, sondern ein läuternder Beginn. Medea tötet ihre Söhne, und ihr Wort, das sie Jason entgegenschleudert, heißt: „So hat denn endlich Liebe triumphiert und nicht die Brunst". Der Sexus ist erdverhaftet und ist menschlich ausgebeutet worden. Brunst zeigt Jason, sie gilt als geistentleerte Geilheit, ist nicht jene Identität von Liebe und Geist, die Jahnn dem Komplex von Sexus, Agape und Eros zumißt. Und Jason ist schuldig geworden, weil er sich dem einen Teil des Gesamten ausgeliefert hat, das nur in seiner Gesamtheit wirksam werden und die Unordnung der menschlichen Wirrsale in einem Totalen auflösen kann. Jason ist schuldig geworden, weil, wie er demonstriert, ihn lediglich Geilheit besessen hat: Medea hatte ihm für Kreusa, Jasons Geliebte, ein Kleid mitgegeben, das sie verderben sollte. Die Scheußlichkeit des menschlichen Verfalls wird von Jahnn in deutlichen Bildern gemalt; Jason berichtet:

Auf seines Weibes
junge Schönheit stürzte Jason sich.
Bei Ihren goldnen Fesseln, Meuchelwaffen,
packte er sie. Ein Schrei der Lust,
und gleich darauf Gejammer. Gejammer nicht,
pechklebrig Ächzen schlimmsten Leidens wurde,
Verwandlung wurde augenblicks.
Verdammnis übergoß uns. Grau erlosch
des Weibes Farbe. Nicht einer Negerin gleich –:
Wie Asche, verwünschter Boden, stinkend, runzlich,
voll dicker Maden, feucht dann, dörr dann,
und feucht und dörr gleichzeitig. Ausbrachen Knochen
widerlich aus ihrem Sitz,
einfiel der Leib. Und wo die Spangen saßen,
aufzüngelte ein spratzend Feuer.
All diese Pein aus einem Mund
goß sich zu Klagen, daß die benachbarten,
mit Krusten überzognen Augen
sich um sich selber wendeten
und dann ausfielen ihrem Sitz,
daß sie nicht länger sähen die
Verwandlung. Dann plötzlich, sterbend, blähten
Bauch und Brüste sich, die ganz verborkten,
blähten rissig sich und platzten
zu eklem Schleim und Blutgerinnsel.
So wandelte in Kot vor meinen Blicken
das junge Weib Medea, eh' Ich genossen,
und schlürfte ein mit innrer Wollust,
wie ich entsetzt aufriß die Augen erst,
mein Mund sich dann zum Heulen wölbte,
mein Leib zu zittern in den Sehnen
entkräftet anhub.

Eine Darstellung, wohl kaum schlimmer als Bilder aus einer kriegsvollen Gegenwart, aber Anlaß, Jahnn der Neigung zur Koprolalie zu bezichtigen. Immerhin, hier hat Medea die symbolische Antwort auf Jasons Bericht, wenn sie sagt:

Abgewandt' der Feige sich.
Sein Weib nicht länger küßte er.
Dem Anspruchsvollen war Medea
schon widerlich; um wieviel mehr
ein stinkend Aas ihm. Hättst du vermocht,
zu küssen die Verwandelte,
gesundet wieder wäre sie
in deinen jungen Armen.

Und Jason entgegnet:

Du zwingst
so tief mich, wie die Welten reichen.

An den Wurzeln der Welt kommt es eben darauf an, das Leid zu übernehmen, es zu ertragen. Nur so sind wir der Wandlung fähig. Die Liebe muß durchdringend sein, sie muß die Scheußlichkeiten beherrschen können, muß bis in den Tod eindringen, um sich zu bewähren und den Tod samt seinen Vorboten zu überwinden. Das gibt dem Jahnnschen Werk jenen Anschein von Gewalttätigkeit, wie ihn die Kritiker bis heute bei Jahnn sehen; aber sie übersehen, daß die Welt nicht in künstlerischer Objektivierung symbolisiert vertreten sein soll, um nicht abzulenken von ihrem Wesen. Wesen und Erscheinungsbild fallen in der Dichtung durch den Deformierungsprozeß der Gestaltung auseinander. Jahnn will nicht auf den Traditionen der Literatur aufbauen, um seine Weltsicht zu vertreten, sondern er sucht sich allenfalls die alten, genannten, Mythen aus, die in dieser Gegenwart die Wirklichkeit am Grunde erfassen und benennen. Da ist Gewalttat, Inhumanität, archaische Scheußlichkeit. Ernst Kreuder hat einmal mit Recht betont: „Wer sich, vom Werk abgesehen, mit seinen (Jahnns) Schriften beschäftigt, etwa über Klopstock oder Lessing, wird sehen, daß hier nicht gescheit gedacht wird, auch nicht brillant, sondern daß hier ein Alleingänger – wenn wir einmal die Worte ‚tief' oder ‚wesentlich' beiseite lassen – zum Kern der Dinge vordringt, unbeeindruckt, unbeeinflußt von dem bis dahin herkömmlich erarbeiteten und zur Verfügung stehenden sogenannten Wissen über Leben und Werk solcher bedeutenden Autoren. Jahnn fängt noch einmal von vorn an, sein Blick wird nicht durch Vorurteile abgelenkt, durch das übliche ‚was sich schickt' oder ‚was sich gehört', er ist nicht davon abzubringen, die Wahrheit zu finden und sie ohne Furcht und meist zu seinem persönlichen Schaden auszusprechen, was auch in Anbetracht unserer geschäftstüchtigen Konventionen als rücksichtslos gilt, und oft genug als schamlos." Kreuder begreift Jahnns künstlerische Position, er begreift auch die des Werkes, obgleich er es aus seinen Überlegungen heraushalten will. Die Unbedingtheit, auf den Grund vorzustoßen, läßt Jahnn die gesellschaftlichen Formeln übersehen, weil er meint, sie behinderten den uneingeschränkten Blick, den er sich wünscht. Man sieht, daß dem so ist. Daß die literarische Kritik, zahm und gebändigt von den legalisierten Begriffen bürgerlicher Moral, eingelullt in eine Begrifflichkeit, die ihren Hintergrund schon einmal verloren hat, weil Wirklichkeit und Erfahrung des Schreckens ganze Nomenklaturen zerstörten, – daß diese literarische Kritik angesichts solch unbeirrt durchdrungener, ihre Begrifflichkeit wie ein

MYTHISCH MENSCHLICH MÖRDERISCH

alles, was zerbrochen wurde, in einem Phantasieplan neu gesammelt und ertragreich mit Ideen aufgeladen. Der Plan mißlingt zwar, aber die Auflösung des Petrifizierten hat dennoch ihren Sinn. In der Erkenntnis verhärteter Konventionen und verkrusteter Ideologien liegt für Jahnn bereits ihre Zertrümmerung, und aus den Trümmern steigt eine reine, geläuterte Humanität, die nicht dozierbar, nicht in Wertsystemen zu fixieren ist: sie kann nicht dingfest gemacht und nicht konstruiert werden, in ihrer Ursprünglichkeit reicht sie hinab zu den genannten Mythen. Diese Humanität ist verpflichtend für das gesamte Werk: sie erinnert in ihrer Unbedingtheit an die Unbedingtheit der heidnischen, aber tief frommen Medea, der Tod nicht Untergang, sondern Auflösung in ständige Erinnerung und somit Erneuerung bedeutet.

Fluß ohne Ufer ist mythisch fundiert in der liebenden Freundschaft zwischen Gilgamesch und Engidu. Gustav Anias Horn und Tutein, im präludierenden Roman *Das Holzschiff* (1949) durch den Mord Tuteins an Horns Verlobter Ellena auf alle Zeiten hin aneinander gebunden, figurieren wie Gilgamesch und sein Freund. Sie sind durch das Schicksal aneinander gekettet, doch ihr Einstehen füreinander trägt sie über die schicksalshafte Tötung hinaus: der Tod wird eben nicht als ein Ende begriffen, und die Tötung nicht als Mord. Auch hierin, das ist die Konsequenz des Entzugs jeglicher Systematik, steht Jahnn eher im Mythos als in der geteilten Zeit. Ellena lebt weiterhin in Horns Gedankenwelt, sie bleibt, wie die Toten, präsent. Hans Henny Jahnn hat dazu am 22. 12. 1942 an seinen Freund Ludwig Voß geschrieben: „Das Menschliche ist nicht das Wichtigste. Ich glaube oft, daß ich kurz vor der Vollendung erlahme, weil ich zu dem ungeheuerlichen Mittel greifen muß, um das Unsinnige und Unausweichliche zu erklären: die *Zeit umzukehren*, rückläufig zu machen, sie ganz als Dimension einzufügen in den Raum,

Centaur am 1. April 1967

der centaur knessos
trottet am mittag
durch frankfurt.
er will zur hauptwache.
er will u-bahn fahren.

Anmerkung: Am 1. April 1967 war die Hauptwache bereits abgelagert, auch fuhr noch keine U-Bahn. **Heinz-Rudi Brunner**

Nichts zur Seite fegender Literatur sich mokiert und zur Diffamierung gerät, ist so selbstverständlich wie die Tatsache, daß ein Staat die seine Verfassung bedrohenden Kräfte verfolgt. Es ist eine leidige Tatsache, die lediglich das eine verrät: daß diese gängige Literatur sich aus dem Zirkel ihres Systems nicht zu befreien imstande ist. Daß die Literaturkritik mehr Macht hat als die Literatur. Bedacht wird nicht: daß ebenso, wie literarische Formen in steter Provokation und Replik von Tradition, Sozialität, gesellschaftlicher Wirklichkeit und sprachlicher Erneuerung sich wandeln, verändern, erweitern, also in progressiver Bewegung sind, sich die Maßstäbe der Literaturkritik selbst mit jedem bedeutenden Stück Literatur, das entsteht, differenzieren. In der Rezeption des Werkes von Hans Henny Jahnn hat sich diese progressive Entwicklung nicht gezeigt. Er bleibt einfach draußen.

„Der Anfang des Geistes war auch der Anfang des Betruges", heißt es im zweiten Teil der *Niederschrift des Gustav Anias Horn* in *Fluß ohne Ufer*; es ist sicherlich einer jener Sätze, die ihm das Urteil der Geistfeindlichkeit einbrachten. In dem Vortrag *Aufgabe des Dichters in unserer Zeit* steht, was damit gemeint ist, und Zustimmung ist dem nicht zu versagen: „Täuschen wir uns nicht, eine neue Symbolkraft muß unserer Sprache beigegeben werden, wenn nicht unsere Kultur und die Wirkung unseres Tuns zerfallen sollen. Die Worte, die wir in dieser Zeit gebrauchen, sind zu allermeist ausgekleidet und zerfetzt. Mit ihrer Hilfe kann alles bewiesen, alles zerwiesen werden. Unrecht können sie in Weisheit und Staatskunst verwandeln, Unmenschlichkeit mit Heldentum bekleiden. Die Weisheit der Lächerlichkeit preisgeben. Fluch den Maschinen können sie brüllen und Segnungen technischer Ordnungen und Disziplinen verkünden."

Die Lüge als eine Tochter des Geistes – ist das so falsch gesehen? Einseitigkeit wirft man Jahnn vor, wo er differenziert denkt und das Beklagenswerte beim Namen nennt. Geist? In der Symbiose von Rationalismus und Irrationalismus sieht Jahnn den Garanten der Geistigkeit, von den Mythen bis in die erfahrene Gegenwart. „In dieser Zeit hat die Kunst, und die das Wort gebrauchende Dichtkunst vor allem, nur die eine Aufgabe, an der Zusammenfassung, am Blick auf das Ganze und in die Tiefe zu arbeiten, überall dort einzugreifen, wo die bisher von der Masse Mensch und Ihren Bürokratien Hinausgestellten versagt haben. Und sie haben versagt, um es zu wiederholen, vor der Natur, vor dem Tier, vor der fremden Rasse, vor dem Makrokosmos, vor dem Mikrokosmos, vor sich selbst . . . Es ist ihnen kein Leitfaden aus der Vergangenheit für die Zukunft geblieben."

Verstehen sie Jahnn nicht? Oder hätten sie ihn zu fürchten? Sein Weg ist nicht leicht gewesen, der, den er weist, ist es ebenfalls nicht. Zurück zur *Medea*: Bei Jahnn wird sie signifikant für das Schicksal, das alle betrifft – damit steht er von allen Gestaltern dieses Stoffes am nächsten bei Euripides. Im Schicksal ist auch sie eingesponnen in den fatalistischen Ablauf: „Das Schicksal *erfüllt* sich, das schwärzeste"; und Jason sagt: „Ach, ganz verwoben ineinander / ist aller Untergang." Die Bestimmung liegt nicht in Medea allein, sie ist mehr als nur eine mythische Figur; sie ist absolut repräsentativ für die Unerträglichkeit der Ungerechtigkeit. Darin ist sie bei Jahnn von schauerlicher heidnischer Größe. Den Boten, der die Unglücksnachricht bringt, läßt sie blenden:

Reißt sie Ihm aus (die Augen)! Und wären sie
der Wahrheit Künder. Erblinden muß,
wer Jasons Ehebruch erschaut.

Das ist eine unfaßliche, eine maßlose Gerechtigkeit. Aber die absolute Gerechtigkeit hat kein Maß.

Das Unheil zeugte uns Medea:
Am Oberstelgerten
und Unnatürlichen klebt Fluch.

Es ist ein gewaltiges Modell: die Söhne, von Medea getötet, überleben jenseits des Todes; Jason lebt den Tod. Eine solche Gestalt, ein solcher Stoff haben Jahnns Bewunderung gefunden: für ihn wie für Medea ist der Tod keine Grenze, vor der die Möglichkeiten enden *zu sein*. Die Demonstration der Unerträglichkeit im Diesseits, wie sie in der *Medea* auffällig Platz hat, endet, wo der Mord an den Kindern Sühne und Lösung aus der Unerträglichkeit sein kann. Es ist eine Sühne, es ist eine Lösung, deren Abglanz noch in Lessings *Emilia Galotti* zu verspüren ist; der alte Mythos von einer Gerechtigkeit schaffenden und Gerechtigkeit selbst vollziehenden Gestalt wird Hans Henny Jahnn zum Symbol seiner konsequenten Humanität, die einmalig und beispiellos, aber Modell einer Haltung ist.

Erste Vorstellung einiger Haupt- und Nebenpersonen des unvollendeten Romans „Die Insel - Erzählungen auf dem Bärenauge“ von PETER O. CHOTJEWITZ anhand dessen, was das ist, was gewesen ist, letzten Samstag auf dem Bärenauge, wie es zu lesen stand in den Zeitungen, die in Berlin überall ausliegen.

Rottenkopf ist eine geradezu lächerlich kleine Minderheit roter, pseudoakademischer Radikalinskis.
Thunfisch und Nagel sind eine mehr oder minder rötlich angehauchte Minderheit.
Beryll organisiert Krawalle und beschließt selbstherrlich Demonstrationen.
Bettina, Rath und Franziska terrorisieren politisch Andersgläubige.
Der Autor dieses Buches macht Schlagzeilen in der Presse und beschwört eine Krisis nach der anderen herauf.
Jene Gastwirtschaft außerhalb jedweden Ortes aus einem der ersten Abschnitte dieses Buches ist ein Tummelplatz linksradikaler Ostkontaktsucher, DDR-Anerkenner und anderer trojanischer Pferde Pankows und Moskaus.
Der Autor dieses Buches ist ein ganz und gar roter Provo. Mike, John, Paul und Edward sind linksradikale Abarten politischer Gammler.
Die Wirtin des vorerwähnten Lokals terrorisiert nicht nur die Stätten der wissenschaftlichen Lehre und Forschung, sondern auch die vorweihnachtlichen Spaziergänger auf dem Ku-Damm.
Bettina ist ein cleverer Treppenterrier mit starkem Linksdrall.
Frau Hübscher, Frau Geringer und Franz Bausch reagieren mit jämmerlicher Feigheit auf die unverschämten Provokationen prokommunistischer Einpeitscher.
Philipp Gerlacher, Uwe Schmidt und Herr Goethe sind Flegel, Randalierer und rote Rowdies.
Die Bewohner auf dem Bärenauge lassen sich von roten Provos und Anarchisten terrorisieren.
Rottenkopf ist ein nützlicher Idiot Moskaus.
Auf dem Bärenauge wütet der rote Bolschewistenterror.
Nagel ist ein vaterlandsloser Morgenthau-Boy.
Schlagfertige Marktfrauen, sprichwörtlich unerschütterliche Taxifahrer und der bekannte ortsansässige Dichter vermögen zu diesem Thema mit wichtigen Äußerungen aufzuwarten.
Thunfisch ist eine Schande für das Bärenauge.
Ein solches Schreckensbild wäre unseren Gründern nicht einmal in ihren schwersten Alpträumen eingefallen.

Hilde Domin

Ecce Homo

Weniger als die Hoffnung auf ihn

Das ist der Mensch
einarmig
immer

Nur der gekreuzigte
beide Arme
weit offen
der Hier-Bin-Ich.

Kurt Sigel

Kinnergebet zur gude Nacht

Lieber Gott mei Herz iss rein
Marlenche hat mei Ei gegesse
Marlenche soll de beese Wolf
heut nacht im Bettche fresse

Liewer Godd sei du de Hänsel
ich will die Gretel sei
un schmeiß die aale Knusperhex
dief in de Ofe rei

Ich bin klaa mei Herz is rei
ach liewer Godd laß dich net lumpe
duh glei mei Oma un mei Dande
ins Feuer mit reistumpe

Neues Söldnerlied

Besensilie Zwiebelkraut
gibts nicht alle Tage
feste in die Schnauze haut
den Kerls in die Visage

Eigner Herd ist Prügel wert
üb immer redlich Morden
aus Teufelshuf und Wasserpferd
ist nie ein Vöglein worden

Ehrlich Gut gedeiht nicht gut
am meisten glaub den Lügen
Leisetret und Duck-mich-Hut
die sind nicht satt zu kriegen

Treue Frauen soll man schlagen
Lug mit Trug vergelten
so nur ist sie zu ertragen
die beste aller Welten

Fitzgerald Kusz

Draculas Heimkehr

die blutverschmierte brust hat
bereits genügend federn gelassen
gelassen stapfen ihre krähen-
füße durch den dicksten kot
aus ihrem haupthaar schlängeln
räkeln sich gierig schäkernde
schlangen. eine einzige narbe
ist ihr verkrustetes antlitz
und ihre beiden augenringe
senden unaufhörlich todesstrahlen
in jedwedes sterbliches herz
doch keine angst: medea
hält die zügel in der hand

Symbiose

mein schutzengel
ißt die würmer, die
man mir fast stündlich
aus der nase zieht.

mein schutzengel
(ein faß ohne boden ist er,
aber mit nahkampfflügeln)
verlangt nach mehr, mehr.

auch die bären, die man
mir mitunter aufbindet,
läßt er sich niemals
durch die lappen gehn.

Werner Reinert

wer fürchtet sich vorm schwarzen mann?

ich nicht
ich nicht
ich
warum
fürchtest du dich
vor dem schwarzen mann?
weil er schwarze hände hat
weil er schwarze zähne hat
weil er schwarze kinder hat
warum
fürchtest du dich
vor dem schwarzen mann?
weil alles schwarz wird
was er angreift
alle bäume werden schwarz
alle häuser werden schwarz
die weißen sterne werden schwarz
ich werde schwarz
du wirst schwarz
mein kleiner papa wird schwarz
meine tote mama wird schwarz
die kinder aus meiner klasse
werden kohlrabenschwarz
darum
fürchte ich mich
vor dem schwarzen mann

Chris Bezzel

steinwurf be
sudelt und
hetzten wie
zunder schlug
schwarz durch die
nacht schlug und
glasstücke
axt
meine zähne
fiel
galläpfel
stunde stand
nass
doch mit
knüppeln
und schiefer
und blut

●

keil ein
windhimmel
abschlug ge
drittelt biest
fortreibt her
vorspringt es
trinken als
narbe in den
hals biß
buschwerk vier
kehlen ge
brüll quetscht
quer spritzt
hoch doch zer
säbelt die
beulen im
wind

Fitzgerald Kusz

Waidmannsheil

ich schreie
in den wald hinein –

vielleicht
hört's ein schwein.

Martin Jürgens

Besitz

was du erwartest –
was kommt –
teil gestern durch heute
der rest gehört dir

Günther Guben

Totem

Er hat es gewußt. Er ist tot. Seine Augen sind nur halb geschlossen. Es scheint als könne er noch sehen. Wie sie ihn umstehen und sich verstohlen anblicken, wie sie die Fäuste ballen hinter den Rücken, wie sie das Tuch der Schürzen und Hosen, der Jacken und Kleider knüllen. Raunen. Bemerkungen austauschen durch Blicke. Böse Blicke. Betroffene Blicke. Solche mit der Spur von Triumph. Wie sie wechselnd zur Seite treten und nach hinten, nach vorn kommen, schieben, stoßen und den Ring aus Leibern in eine kreisförmige Bewegung bringen.
Alles dreht sich. Er vermag die Einzelheiten nicht mehr zu erkennen. Er bleibt mit dieser Beobachtung allein. Sie sind fortgegangen. Es ist unangenehm. Das Pflaster läuft schräg nach hinten. Sein Kopf schmerzt. Blut trocknet zwischen den Haaren. Ein Hund kommt herüber.
Sie haben sich am Flußufer versammelt. Es ist schon dämmrig. Daher sieht man zunächst nicht was geschieht.
Sie kämmen ihr die Haare. Sie muß es geschehen lassen. Man hält sie fest. Er kann ihr nicht helfen. Sie halten ihn fest und haben seinen Kopf derart gedreht, daß ers sehen muß. Würde er die Augen schließen, risse man sie ihm auf. Sie steht und ist ruhig. Sie weiß alles. Sie hat es einmal miterlebt. Er weiß es. Sie steht, und sie nehmen ihre Füße, von denen man Schuhe und Strümpfe gestreift hat, und ziehen die Beine auseinander. Beine und Boden bilden ein gleichseitiges Dreieck. Seine Augen sind nur halb geschlossen. Es scheint als könne er noch sehen.
Zwei Pfähle reichen, haben sie gesagt. Das Holz ist fast weiß. Man hat gute Stämme ausgesucht. Sie weiß es.
Sein Kopf schmerzt. Der Hund entfernt sich.

Zur Soziologie des Belen

Das Belen ist ein seltsames Tier. – Es besitzt drei Beine, ein Auge, davon eines blind, einen Nabel, an den sich die Welt klammert, vier volle, runde, spitzmauskopfförmige, feste Brüste in rosé, mit denen es wechselweise den Golfstrom, die Milchstraße und den nächtlichen Mond nährt, Lenden, an denen Atlas anliegt, wenn wechselvolle Geschäfte ihn für die Dauer der Iden des März entlassen, ein schuppiges Fell, zwei sechste Sinne, eineinhalb Herzen, die rotes und blaues Blut je nach Können und Laune durchpulst, einen Schoß, den zu beschreiben ob seiner Schönheit schwer fällt, eine Stimme, heller als tausend Sonnen und tiefer als der afrikanische Busch, ist verbreitet über alle Märchenländer der Welt, hat seine Wohnstatt im undurchdringlichen Dunkel der Tiefsee und unterhalb der Leiste einen Rüssel wachsen, trägt Bart und Brille, beide aus Horn, von diesen zwei und Schlitzohren in der Größe derer afrikanische Elephanten, spricht Esperanto, denkt global, fühlt sich wohl in allen Lebenslagen, pflegt für gewöhnlich um die Mittagszeit zu schlafen unter dem Band des Äquators, raucht kaum und wenn am Vesuv, ernährt sich von dem, was so Jahr für Jahr an Schiffen untergeht und lacht wohl von Zeit zu Zeit, nämlich dann, wenn Seebeben die Weltmeere unruhig machen.
Das Belen ist sozusagen also ein ganz normales Tier, aber es nimmt dennoch eine Sonderstellung ein: es entspricht nicht dieser Beschreibung.

Norbert Krause

Schlachtengemälde

Seestück
Man nenne das zusammengeflossene Wasser Meer. Uns kommt ein Schiff gefahren. Der Sturm bricht los. Hilf uns, ewiger Vater, die Trojaner bedrohen unsere Schiffe. Sie haben den Graben überschritten, um an die Mauern des Lagers zu pochen. Wo Hektor kämpft, dringen wir bis auf die Schiffe vor. Laßt uns zum anderen Ufer hinüberfahren. Der Mensch wütet voll Grimm, Schaum vor dem Mund und düsteres Funkeln in den Augen. Wer ist dieser, dem Wasser und Sturm gehorchen? Er ersticht alle Trojaner, die sich mit dem Schiffe nähern. Sie werfen das Los über seinen Mantel.

Vaterbild
Der Krieg ist der Vater aller Dinge. Ich töte Löwen und Bären, wenn sie Schafe aus der Herde meines Vaters rauben. Der Vater ist immer der erste unter den Kämpfern, und dazu ermahnt er den Sohn. Vater, Vater, warum hast du mich verlassen? Vater, Vater, gib mir meine Legionen zurück.

Flieg, Vater, flieg,
jetzt spielen wir mal Krieg.

Nachtstück
In den Reihen bricht die Nacht herein. O Vater laß Abend werden oder die Weiber kommen. Der Morgen bricht an. Die Wachfeuer lodern von Wällen und Gräben, der Vater bereitet das Abendmahl. Es sollen Lichter werden am Himmel und schlaflos sei die Nacht. Grauen befällt den Vater: die Nacht kommt und macht dem Kämpfen ein Ende.

Menschenbild
Wir machen einen Menschen nach unserm Ebenbild. Unser großes Unglück führt uns zu ihm. Der Mensch flieht vor dem Schrecklichen. Das hebt die Niedergeschlagenheit des Mutlosen. Der Mensch tritt vor ihn hin im Namen des Vaters. Er ergreift seinen Stab und fünf Kiesel vom Bach. So entsteht ein furchtbares Gemetzel. Ich will sein Fleisch den Vögeln des Himmels und den Tieren der Erde zu fressen geben. Der Mensch entspringt dem Kopf seines Vaters in voller Kriegsrüstung. Er steht im Kampfwagen und hat ein frohes Lied auf den Lippen. Er ist zehn Ellen hoch und trägt eiserne Schienen an den Beinen. (Wo die Not am größten ist, wachsen die Riesen auch.) Der Vater ist mit ihm, so sehr sitzt ihm der Haß gegen Agamemnon im Herzen.
So wahr der Vater lebt, er soll getötet werden; ich will den Kampf aufnehmen. Weil du mit einem Stecken zu mir kommst, bin ich ein Hund. Menschen zu Fuß und Menschen im Kampfwagen rücken vor. Sie spielen den totalen Krieg. Wenn sie den Vater getötet haben, verteilen sie seine Kleider. Ein entsetzliches Morden entsteht. Wer ist der Feind, der die Heerscharen des Vaters verhöhnt? Wir wollen die Beleidigung rächen. Inzwischen sind alle Menschen bis an die Mauern vorgedrungen. Die ganze Welt erkennt, daß sie einen Vater haben.

Den Ger
wirft er
ins Gegnerheer –
was wollt ihr mehr?

Einig im Geiste, gleiche Waffen in die Hand. Erhebt ein Kriegsgeschrei und rückt im Kampfwagen vor. Räder rollen für den Sieg: Und will der Feind es wagen, uns zwingen zum Gefecht . . .

Weiblicher Akt
Nach dem Siege gebe ich ihm meine Tochter zum Weibe. Der Vater verschenkt sieben lesbische Weiber und fünf Streitrösser. Die Weiber werden zu Hyänen. In ihrer Not fliehen sie auf die Schiffe. Es erzählt die Geschichte, daß die Weiber häufig wankende Reihen der Kämpfer zum Stehen bringen. Wenn du zum Weibe gehst, vergiß die Peitsche nicht.

M M M

Robert L. Peters:

A suite of Pop Poems:

Based on Mark Hovell, Rats and How to Destroy Them (London 1924).

1.

Rats in the cow-house
frequently lie under the managers.

Rats in the stable
keep the horses from resting.

When rats are found in a
fowl-house measure must be taken.

Rats in the pigsty
fatten on pig's food.

2.

It is a waste of time and
money
to pour tar
down rat-holes.

3.

If a rat's feet
are wet
varnish
will not
stick to them.

4.

Rats are made of
sterner stuff than
Keats — "snuffed out
by an article".

Female rats
have twelve teats,
three pairs on the breast
and three pairs
on the abdomen.

5.

Provision should be made
for plenty of light
while the rats
are being killed,
but if lamps
or candles are used
they must be placed
where they cannot be
knocked over.

6.

You had better not
be in the way
when the children
return
to their mother
or nurse: I have
had disagreeable
moments on such
occasions.

7.

As the law at present stands
a child who is known
to the chemist
or who is introduced
by someone
known to the chemist
can be supplied
with strychnine.

8.

Requisites a day's ratting:
A bag or box for the ferrets.
Ratting spades.
Two or three nets
and the sticks for them.
A line fitted with
coloured threads or
tapes, and a collar.
A stick about 15 in.
long, and the thickness of
a little finger.
A sack for
carrying dead rats.
A bottle of water
and a tin pan
for the ferrets and dogs
to drink from.
Kneeling pads are
useful.

9.

We shall
always have
the rat
with us.

George Hitchcock: Rattentiere

Eines der faszinierenden Rätsel, die sich beim Studium der Laufbahn Dr. Mark Hovells, des bedeutenden britischen Dichterarztes, ergeben, hängt mit dem unbewußten Einfluß zusammen, den Kaiser Friedrich III. auf die Entwicklung der englischen Prosodie ausgeübt haben muß. Auf den ersten Blick scheint diese Beziehung nur sehr lose zu sein, und für viele wird es sicherlich schwierig sein, sich zu erinnern, daß es überhaupt einen Kaiser Friedrich III. gegeben hat, so kurz war seine Regierungszeit. Am 6. März 1888 wurde er zum Kaiser aller deutschen Länder gewählt und starb 99 Tage später, am 15. Juni 1888, an Kehlkopf-Krebs. Es war die kürzeste Regierung, die irgendein neuzeitlicher Monarch je innegehabt hat.

Doch während dieser nacheinander großartigen und tragischen Tage stand ihm ein junger englischer Arzt ständig zur Seite (der spätere Dichter Mark Hovell), der den begehrten Titel eines „Kaiserlichen Leibarztes" erhalten hatte, ohne Zweifel durch den Einfluß der Kaiserin, der Tochter und Namensvetterin Königin Victorias. Hovell hat uns keine Memoiren hinterlassen, die von diesen verhängnisvollen 99 Tagen Nachricht geben könnten, und zeitgenössische Zeugen haben nur wenig über die Rolle, die er beim Sterben des Kaisers spielte, zu berichten, aber wenn wir uns ganz in seine Lage versetzen, können wir ohne weiteres die traumatische Wirkung verstehen, die das Ereignis auf den jungen und sensiblen Poeten gehabt haben muß. Die ersten Wochen war er zweifellos recht verwirrt von all dem Glanz am neuen Hofe und von den eigenen vielversprechenden Aussichten, die sich ihm dort boten. Nur wenige junge Ärzte wären in ihrem frei gewählten Beruf in so kurzer Zeit so weit aufgerückt. Aber dann die nagenden Zweifel und die Vorzeichen von Unheil, persönlich wie beruflich, die ihn befallen haben müssen, als die verhängnisvollen Verknotungen im Kehlkopf seines kaiserlichen Patienten auftraten! Und dann schließlich die Operationen . . . die Beerdigung . . . das eiskalte Grab all seiner Hoffnungen! Sicher wurde in seiner Gegenwart kein Wort des Vorwurfs laut ——— denn alle Betroffenen waren vornehme Damen und Herren ——— doch wir können uns leicht die steigenden Zweifel, die Qual und die Selbstvorwürfe ausmalen, die den jungen Arzt in dieser seiner schmerzvollsten Stunde befallen haben müssen.

Wie auch immer seine Reaktionen auf den katastrophalen Zusammenbruch seiner Hoffnungen ausgesehen haben, Hovell bezwang seinen Stolz und schwieg. Er ging nach England zurück, machte eine gutgehende Praxis in der Harley Street auf und hatte sogar den Mut (manche werden es Unverfrorenheit genannt haben), die Stelle eines Beratenden Chirurgen im Hospital für Kehlkopf-Krankheiten anzunehmen. Und an der Jahrhundertwende tauchte er dann erstmals in der literarischen Welt mit seiner „Abhandlung über Ohrenkrankheiten" auf, die anerkennenden Zuspruch fand und zur Ernennung eines Ohren-Chirurgen im „Britischen Heim für Unheilbare" führte. Er ehelichte die Tochter einer Baronesse, wurde reich, zeugte Kinder und brachte es offenkundig fertig, jene schrecklichen Tage am kaiserlichen Hof zu vergessen.

Nur im Zwielicht seiner illustren Karriere als Arzt war es dann möglich, daß all der Haß, die Bitterkeit und das Verlangen nach Rache — die alle über drei Jahrzehnte in ihm geschlummert hatten — sich schließlich in seinem großartigen Schwanengesang „Rattentiere und die Beseitigung derselben" Bahn brachen. In einem flammenden Preislied auf die Zerstörung enthüllte sich Hovell als der Marquis de Sade der Dichtung im 20. Jahrhundert. „Kein Geheimagent in den höchsten Stellungen des CID", so schrieb S. L. Bensusan in seiner Einleitung der „Rattentiere", „ist Verbrechen jemals mit größerer gedanklicher Konzentration und intensiverer Beobachtung gefolgt als Mr. Mark Hovell bei der Verfolgung des Rattentiers. Jedes Problem hat er zunächst ganz aus der Sicht des Rattentiers heraus betrachtet, und dann, als er das Verhalten des schlauen, hinterlistigen Tieres erkannte, brachte er es mit Hilfe eines Scharfsinns zur Strecke, der den seiner Jagdbeute noch übertraf."

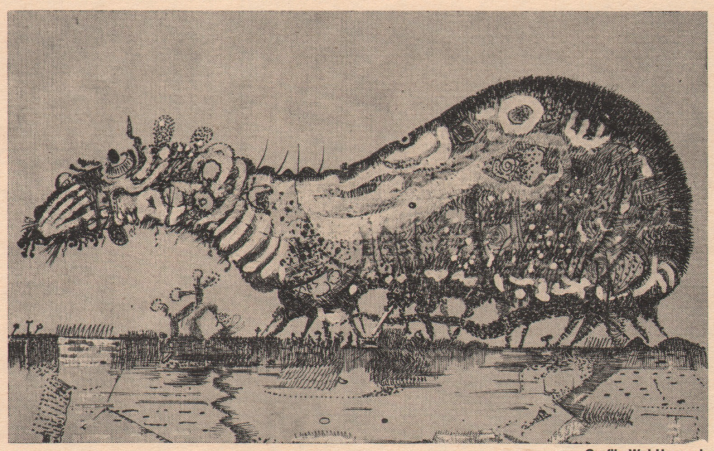
Der autobiographische Charakter der „Rattentiere" wird vom Dichter offen zugegeben. „. . . der Autor hat auf wiederholte Bitten vieler Freunde hin", so bekennt er im Vorwort (S. VII — VIII), „dieses Buch nach persönlichen Notizen und Erfahrungen geschrieben." Als sein Meisterwerk vollendet und in Druck gebracht worden war, starb Hovell ein Jahr später (1925), ohne Zweifel als zufriedener Mensch. Die Demütigung am preußischen Hof hatte sich endlich gerächt.

Um die revolutionäre Wirkung der „Rattentiere" auf die britische Lyrik ganz zu verstehen, muß man sie mit den seichten und konventionellen Lyrizismen solcher Poeten wie Masefield, de la Mare und Bridges vergleichen, die damals die gekrönten Häupter waren, als die „Rattentiere" erstmals erschienen. Hovell, mit seinem Pragmatismus, der sich manchmal bis zur Monomanie steigert, wischt mit einem Schlage die lauwarmen Georgianischen Manierismen seiner Tage vom Tisch und dringt unmittelbar zum Herzen seines Themas vor, in sauberer, heimischer und frischer angelsächsischer Redeweise. Tatsächlich ist der einzige Dichter, mit dem man ihn gerechterweise vergleichen könnte, seine Kollege im Geiste jenseits des Atlantik, der Arzt Dr. William Carlos Williams. Vermutlich haben sich Hovell und Williams nie getroffen, und es ist sogar unwahrscheinlich, daß sie miteinander korrespondierten (eine definitive Antwort darauf muß bis zur Veröffentlichung von Hovells gesammelten Briefen offenbleiben), aber schon eine flüchtige Untersuchung des Metrums zeigt ihre ins Auge fallende Verwandtschaft. 1921 schrieb Williams in seinem Band „Saure Trauben" (und wir zitieren das vollständige Gedicht im Original):

COMPLETE DESTRUCTION
It was an icy day.
We buried the cat,
then took her box
and set match to it

in the back yard.
Those fleas that escaped
earth and fire
died by the cold.

Das Metrum in jedem Fall, und selbst das Thema dieses Gedichtes ist unbestreitbar von Hovell. Zur Ehre Dr. Williams muß zugestanden werden, daß die Vernichtung der Katzenflöhe jenseits des Grabes nur wenig markiert ist durch jenen unverhüllten Sadismus, der den britischen Arzt bei seiner unerbittlichen Jagd auf Rattentiere auszeichnete. Aber das Muster für diesen Unterschied der Temperamente kann wohl in dem Gegensatz eines demokratischen und toleranten Amerika (selbst was Flöhe anbetrifft) zu einem frustrierten und offensichtlich verzweifelten Britischen Empire gesehen werden.



Grafik: Wal Hanusch

ROBERT L. PETERS, geb. 1924 in Wisconsin/USA, Professor für Englisch an der University of California in Riverside. Mitglied der American Society for Aesthetics und Mitherausgeber des „Journal of Aesthetics and Art Criticism". Veröffentlichte kritische Arbeiten u. a. über Swinburne. Kürzlich erschien bei Norton, New York sein Gedichtband „Songs for a Son". Gedichte von ihm sind in verschiedenen literarischen Zeitschriften publiziert worden, darunter in „Ante", „The Mad River Review", „The Sixties", „Kayak", „The Prairie Schooner", „Western Humanities Review" und „The Fiddlehead". Whitman-Vortragsreise in Europa. Arbeitet z.Z. an einer neuen kritischen Studie über Swinburne.

GEORGE HITCHCOCK, geb. 1914, früherer Berufsschauspieler und Theaterregisseur, jetzt Lektor für Englisch am San Francisco State College. Veröffentlichte mehrere Gedichtbände. Ehemaliger Herausgeber der „San Francisco Review" und jetziger Herausgeber der Lyrik-Zeitschrift „Kayak", sowie der „Kayak"-Bücher, für die er mit Robert L. Peters, ähnlich wie hier und in breiter Aufmachung, eine POP-Zusammenstellung „Pioneers of Modern Poetry" mit Autoren der unterschiedlichsten Fachrichtungen publiziert. In der gleichen Reihe erscheint eine zweisprachige Lyrik-Anthologie mit amerikanischen und deutschen Autoren, darunter W. H. Fritz und H. C. Artmann.

M M M

Robert L. Peters:

Eine Suite „Pop"-Poeme:

Nach Mark Hovell, Rattentiere und die Beseitigung derselben (London, 1924). Deutsch nachgeschrieben von Sylvia & Ulrich Luetjohann.

1.

Rattentiere im Kuhstall
liegen häufig unter Futterkrippen.

Rattentiere im Pferdestall
hindern die Rosse am Ruhen.

Gegen Rattentiere im Hühnerhof
sind Actionen einzuleiten.

Rattentiere im Schweinestall
bereichern sich an Schweinefutter.

2.

Zeit- und Geldverlust
liegt vor,
gießt man Teer
in Rattentier-Löcher.

3.

Sind die Füße eines
Rattentiers durchnäßt,
Firnis
wird dieselben nicht
zum Haften bringen.

4.

Rattentiere sind aus
anderm Holz geschnitzt als
Keats — „ausgelöscht
durch Schreibertinte".

Rattentierfrauen
haben zwölf Zitzen,
drei Paare am Busen,
drei Paare am Bauch.

5.

Sorge sollte getragen werden
für Fülle des Lichts,
dieweil die Rattentiere
getötet werden,
wenn aber Lampen
oder Kerzen verwendet werden,
müssen sie aufgestellt werden,
wo sie nicht
umgestoßen werden.

6.

Am besten stehe
man nicht im Weg herum,
wenn die Kinder
zu Mutter und Amme
zurückkehren: überaus
mißliche Momente
erlebte ich
bei solchen Occasionen.

7.

Nach dem derzeitigen Stand
des Gesetzes kann einem Kinde,
das dem Apotheker bekannt
oder das durch eine Person,
die dem Apotheker bekannt,
demselben bekanntgemacht,
Strychnin
ausgehändigt werden.

8.

Utensilien eines Rattenfängertages:
Ein Beutel oder Kasten
für die Frettchen,
Rattenfängerspaten,
zwei oder drei Netze
mit dazugehörigen Stecken.
Eine Leine mit
buntfarbenen Fäden
und Zwirnen und ein Halsband.
Ein Stecken der Länge von ungefähr 15 inch und kleinfingerdick.
Ein Sack,
die toten Rattentiere zu befördern.
Ein Krug voll Wasser
und eine Blechbüchse,
die Frettchen und Hunde
zu tränken.
Kniepolster
sind Nutzen bringend.

9.

Wir werden
das Rattentier
ewiglich
bei uns haben.

PAUL WUNDERLICH **FRAU MIT HOCHFRISUR**